

Streifzüge

Nummer 31 / Juli 2004

4,- Euro

Franz Schandl hat Vorstellungen * Lothar Galow-Bergemann betreibt Nachstellungen * Ernst Lohoff am Markt * Lorenz Glatz im Labyrinth * Andreas Exner & Ernst Schriebl im Finanzamt * Maria Wölflingseder im Zirkus * Alfred Noll im Copyright * Roger Behrens philosophiert über Pop

IMPRESSUM

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER

Kritischer Kreis – Verein für
gesellschaftliche Transformationskunde,
Margaretenstraße 71–73/23, 1050 Wien.
E-Mail: streifzuege@chello.at
Website: <http://www.streifzuege.org>

DRUCK

H. Schmitz, Leystraße 43, 1200 Wien

COPYLEFT

Alle Artikel der *Streifzüge* unterliegen,
sofern nicht anders gekennzeichnet,
dem Copyleft-Prinzip: Sie dürfen frei
verwendet, kopiert und weiterverbreitet
werden unter Angabe von Autor/in,
Titel und Quelle des Originals sowie
Erhalt des Copylefts.

OFFENLEGUNG

Der Medieninhaber ist zu 100 Prozent
Eigentümer der *Streifzüge* und an kei-
nem anderen Medienunternehmen be-
teiligt.

Grundlegende Richtung: Kritik.

REDAKTION

(zugleich Mitglieder des Leitungsorgans
des Medieninhabers): Christoph Adam,
Heinz Blaha, Andreas Exner, Lorenz
Glatz, Stephanie Grohmann, Franz
Schandl, Gerold Wallner und Maria
Wölflingseder.

KONTEN

Konto für Österreich: PSK, BLZ 60000,
Kontonummer 93 038 948.

Konto für Deutschland: Franz Schandl,
Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85,
Kontonummer 405 952 854.

Konto für Abos in anderen EU-Staaten:
Verein Kritischer Kreis,
BIC: OPSKATWW, IBAN:
AT87600000093038948.

ABONNEMENTS UND BESTELLUNGEN

Aborichtpreise Österreich: 1 Jahr 12 Euro,
2 Jahre 22 Euro, 3 Jahre 30 Euro.

Aborichtpreise Rest der Welt: 1 Jahr 13
Euro, 2 Jahre 24 Euro, 3 Jahre 33 Euro.

Erstbezieher bitten wir um schriftli-
che Bestellung, da seitens des grandio-
sen Bankservices den Kontoauszügen
nicht immer die vollständige Adresse zu
entnehmen ist.

Nachbesteller bitten wir um die An-
führung der Postleitzahl.

INHALTSVERZEICHNIS

Franz Schandl:

Imagine!

Beitrag zur Debatte „Utopie konkret“ der Wochenzeitung „Freitag“ 3

Lothar Galow-Bergemann:

G und W – Eine vertrackte Beziehungskiste.

Überarbeitete Fassung eines Diskussionsbeitrags auf dem

„Krisis“-Seminar im Mai 2004 5

Ernst Lohoff:

Out Of Area – Out Of Control. Warengesellschaft und

Widerstand im Zeitalter von Deregulierung und Entstaatlichung.

1. Teil: Der fatale Endsieg der Ware 8

Lorenz Glatz:

Wo bitte geht's hier raus? Anlässlich der Oekonux-Konferenz 13

Franz Schandl:

Was zu haben ist, ist zu haben. Reichtum jenseits der Ware 17

Alfred Noll:

Copyleft ante portas?

Antikritisches zum Urheberrecht und Kritisches zu Stefan Meretz 20

Roger Behrens:

Schwierigkeiten einer Philosophie der Popkultur. Arroganz und

Ignoranz zwischen Kulturphilosophie und der Massenkultur,

die keine mehr ist 22

Andreas Exner & Ernst Schriefl:

Nachhaltiger Kapitalismus? 3. Teil: Die ökologische Steuerreform 28

Maria Wölflingseder:

Sie schlafen nicht im Zombie-Zirkus. Ein bemerkenswertes Buch

von Kathrin Röggl über die ProtagonistInnen der New Economy 35

Kolumnen:

Immaterial World von Stefan Meretz 19

Rückkopplungen von Roger Behrens 26

Dead Men Working von Ernst Lohoff 37

Unumgänglich von Franz Schandl 40

Rubrik 2000 Zeichen abwärts:

Maria Wölflingseder (M.W.) 7, 11, 15, 31

Imagine!

BEITRAG ZUR DEBATTE „UTOPIE KONKRET“ DER WOCHENZEITUNG „FREITAG“

von Franz Schandl

Wenn nichts mehr geht, ist eine entscheidende Frage die, was nicht mehr geht. Um welche Krise es sich also gegenwärtig handelt. Meine Antwort ist die, dass wir es mit einer fundamentalen Krise der Verwertung zu tun haben, die nach radikalen Lösungen heischt. Kein Herumdoktern wird mehr helfen. Bei den bisherigen Beiträgen hingegen hat man den Eindruck, dass es schon so weiterginge, würde man nur die richtigen politischen Maßnahmen setzen und das Geld anders positionieren.

Hans Thie etwa spricht zwar im Vorspann seines Beitrags (*Freitag 21*) von der Notwendigkeit einer Revolution, verfällt dann aber im ersten Absatz seines Artikels sofort in Rechenbeispiele, was ja nur bedeutet, dass er die Kategorie Geld (und mit ihr Verwertung und Arbeit) nicht in Frage stellen will. Wäre nur richtig verteilt, dann könnte es wieder voran gehen, so die Frohbotschaft. Aber ist dem so? Was kann alternative Politik, oder allgemeiner gefragt, Politik überhaupt noch ausrichten?

Politik (und mit ihr Demokratie und Staat) sind groß geworden an der Seite des aufsteigenden Kapitals. Sie sind ehern an es gebunden, keine Prinzipien, die irgendwo über seine Möglichkeiten hinausreichen. Schon dass Politik sich des ökonomischen Mediums, d.h. des Geldes, bedienen muss, zeigt deutlich, dass sie ohne gelingende Akkumulation und deren Besteuerung gar nichts ist. Politik ist das auf Geld aufbauende und angewiesene Regulationssystem eines Staates. Alles andere sind linke Einbildungen. Politik ist stets eine abhängige Größe gewesen, nicht die, die die Welt bewegte. Die große Zeit der Politik wird nicht erst kommen, sie ist schon vorbei. Die fordistische Hochzeit eines regulierten Kapitalismus ist Schnee von gestern.

Mehr als eine Verwaltung der ehernen Gesetze der Marktwirtschaft, gemeinhin Sachzwänge genannt, ist auf politischer Ebene nicht drinnen. Wohin wir auch blicken, überall wird, was die substanziellen Vorhaben betrifft, gegenwärtig die gleiche Politik betreiben. Was trennt Blair von Thatcher? Lula von Cardoso? Japan von den USA? Polen von Spanien? Was unter-

scheidet schwarz-blau in Österreich von rot-grün in Deutschland? Die Richtung ist dieselbe. Was den Kahlschlag betrifft, geht die rechtskonservative Regierung in Österreich sogar behutsamer vor als die ökosozialdemokratische in Deutschland. Doch auch das hat objektive Gründe, zeugt nicht von irgendeiner sozialeren Gesinnung, sondern nur von größeren Spielräumen eines Standorts. Aus alledem kann doch nicht folgen, dass die Politiker allesamt Lumpen, Dummköpfe oder gekaufte Opportunisten sind, sondern dass ihre Funktion als Hampelmänner der Verwertung halt nichts anderes erlaubt. Schlicht und einfach.

Geld! Geld!? Geld!

Blanker Zynismus des Marktes liest sich so: „Der Transkapitalismus ist eine Geldwirtschaft. Die Segnungen des Geldes sind zu wichtig, als dass der Bohème darauf verzichten könnte. Denn erst Geld ermöglicht ihm Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Die wahre Emanzipation der Frauen begann, als diese selbst Geld verdienten und sich nicht mehr dem Patriarchen unterordnen mussten. Und auch das bedingungslose (sic!, Anm. F.S.) Ausleben der Neigungen ist nur in einer Geldwirtschaft möglich. Kunst, Geist und Musik blühen nur im Geldstandard, wo kein Staat und auch kein Fürst vorgibt, was er lesen, hören oder gedacht haben möchte. Darüber hinaus werden in keinem System die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen ernster genommen. Dafür sorgt der unschlagbare Preismechanismus der Geldwirtschaft.“ (Niels Boeing et al., *Freitag 22*)

Wenn das keine gefährliche Drohung ist! Nur weil es im Kapitalismus Leuten mit Geld besser geht als Leuten ohne Geld, ist nicht zu folgern, dass Geld unverzichtbar ist, sondern bloß, dass es ein Medium ist, das eben nicht zur sozialen Sicherstellung aller taugt. Der Preismechanismus nimmt Wünsche und Bedürfnisse lediglich wahr, wenn sie vermarktbare sind. Produkte und Leistungen werden nur hergegeben, wenn sie käuflich erworben werden können, sei es direkt oder indirekt

durch Versicherungen. Wer nicht zahlungsfähig ist, ist eine Geldmonade ohne Geld. Also ein *Nichts*. Um in den Genuss der Genüsse zu gelangen, muss eins zahlen. Ansonsten kann eins auch bei voller Schlüssel verhungern. Global läuft ja nichts anderes ab. Geld teilt Menschen in Flüssige und Überflüssige. Der unschlagbare Preismechanismus ist wahrlich einer der größten Totschläger der Geschichte.

Abgesehen davon war der Geschmack von Kulturbürokraten und Fürsten zu meist um vieles besser als der des Marktes: Nie wurde so totalitär nivelliert wie in der freiesten aller Gesellschaften, der einzigen, wo die Unfreiheit den meisten nicht einmal mehr auffällt, weil die Selbstknechte sie selbstbestimmt durch Selbstbeherrschung herstellen. Für den Kapitalismus gilt: Die Leute wollen das haben, was sie kriegen sollen. Da mögen sie sich auch des öfteren etwas anderes einbilden.

Was die Perspektiven der Menschheit betrifft, ist der Kapitalismus am Ende. Außer Krieg und Terror, sozialer Entsicherung und ökologischer Katastrophen hat er wenig zu bieten. Zur Zeit läuft fast alles in die falsche Richtung, vor allem die Leute selbst, die glauben, sie werden schon irgendwie davonkommen. Je länger dieser Zustand perpetuiert wird, desto schlimmer werden sich die Verhältnisse auch in den Zentren des Kapitals gestalten.

Man muss aufhören, die Geschichte des Kapitals als eine Erfolgsstory zu erzählen. Mitnichten. Als diese kann sie nur beschrieben werden, wenn man so ziemlich alles, was die Moderne lieferte, vergisst und verdrängt: von der Hexenverbrennung bis zum Dreißigjährigen Krieg, vom Kolonialismus bis zum Völkermord, von Auschwitz bis Hiroshima; und ebenso selbstverständlich die Abermillionen, die durch Arbeit für die Verwertungsmaschine (vorzeitig) umgekommen sind und die, die tagtäglich verhungern. Das sind keine abgeschmackten Wahrheiten, die der trägen Langeweile überlassen werden dürfen. Das sind nicht bloß Betriebsunfälle, nein, so läuft das Betriebssystem von Fortschritt und Zivilisation, da mag die Benutzeroberfläche noch so bunt erscheinen. Die zivilisatorische Mission des Kapitals, der

auch noch Marx anhing, ist die aufklärerische Illusion schlechthin. Heute wiederholt, kann sie nur noch als gemeingefährliche Behauptung bezeichnet werden. Dieser Erfolg misst sich nicht am guten Leben für alle, sondern an vernutzten Arbeitseinheiten zum Selbstzweck der Verwertung. Die Marktwirtschaft ist die effizienteste Maschine, was die Vernichtung von Mensch und Umwelt angeht.

Direkte Vergesellschaftung

Und was tun? Tja, wenn jemand im Schützengraben liegt und mich fragt, was er machen soll, wenn die feindlichen Truppen ihn zu vernichten drohen, werde ich Zurückschießen empfehlen. Aber mir würde nie einfallen aus dieser Extremsituation auf das gesellschaftliche Konzept des Schießens und Zurückschießens zu schließen. Genau das offenbart sich aber in der Konkurrenz. Hier wird die Notwendigkeit geradezu zum Glaubenssatz, und nicht nur bei den Liberalen. Alle sprechen unreflektiert von Interessensdurchsetzung, was in letzter Konsequenz nur heißen kann: Wie setze ich mich in Wert und wie entwerte ich andere? Sei es solo oder in irgendeinem Kollektiv. Diese Inklusion ist nur durch Exklusion zu haben.

Natürlich ist die Frage berechtigt, was denn jetzt die Leute unmittelbar tun sollen. Darauf kann ich keine besondere Antwort geben. Sie werden halt recht oder

schlecht ihre Interessen vertreten. Wichtig wäre indes, dass sie dabei nicht stehen bleiben. Denn die gegenseitige Konkurrenz wird sich immens verschärfen, bis hin zur tätlichen Auseinandersetzung, ja bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, wo marodierende Banden (privatisierte Gewaltpole) sich ihre Beute holen. Insgesamt geht es darum, die Schützengräben des Kapitals zu verlassen, Leben anders zu definieren und zu gestalten als dies der jetzige Überlebenskampf erzwingt. So gilt es keine Interessen mehr durchzusetzen, sondern sich von den Interessen der aufgezungenen Charaktermasken zu lösen und diese zu überwinden.

Die „Sein oder Nichtsein“-Frage ist aufzuheben, zumindest was deren soziale Seite betrifft. Das ist möglich. Das Leben der Menschen auf diesem Planeten ist von der sozialen Existenzangst zu befreien. Ganz kategorisch hat zu gelten: *Niemand soll unter die Räder kommen*. Es bleiben sowieso noch genug andere Ängste über. Die zentrale Frage ist die ganz schlichte nach dem *guten Leben*. Dieses ist nicht mit der materiellen Absicherung zu verwechseln, aber es ist ohne diese nicht zu haben.

Aufforderungen realistisch, sachlich und konstruktiv zu sein, sind hingegen zu verlachen. Die Linke muss aufhören, „Ja, aber...“ zu sagen. Damit begibt sie sich stets in Geiselschaft und endet gesundbeterisch wie jeder dritte Weg in der Kapitulation vor den Verhältnissen. Das hatten wir zur Genüge. Wir werden um die „große Weigerung“ (Marcuse) und um den Bruch nicht herumkommen. Der Kapitalismus ist abzuschaffen. Es gilt ein kategorisches NEIN.

Selbstverständlich darf man beim NEIN nicht stehen bleiben, die Negation hat eine *bestimmte* zu sein, d.h. sie hat nicht nur zu sagen, was sie nicht will, sondern auch, was sie will. Die Negation ist Voraussetzung, aber eben noch nicht die Bedingung zukünftiger Möglichkeiten. Und man sollte solches Denken auch nicht mit einem Bilderverbot belegen. Die Geschichte lehrt Vorsicht, zweifellos. Aber wer zu vorsichtig ist, kommt auf jeden Fall um, erhöht nur die Zahl verpasster Chancen. „Wenn es wahr ist, dass ein Leben in Freiheit und Glück heute möglich wäre, dann wäre die eine der theoretischen Gestalten der Utopie, für die ich sicher nicht zuständig bin und du, soweit ich es übersehen kann, auch nicht, dass man konkret sagen würde, was bei dem gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte der Menschheit möglich wäre – das lässt sich konkret und das lässt sich ohne Ausmalen und das lässt

sich ohne Willkür sagen. Wenn das nicht gesagt wird, wenn dieses Bild nicht auch, fast möchte ich sagen: handgreiflich erscheint, dann weiß man im Grunde gar nicht, wozu das Ganze eigentlich da ist, wozu die Apparatur in Bewegung gebracht wird. Verzeihe, wenn ich mich in die unerwartete Rolle des Anwalts des Positiven begeben, aber ich glaube, ohne dieses Moment käme man doch in einer Phänomenologie des utopischen Bewusstseins nicht aus.“ Das sagt übrigens ein gewisser Adorno in einem Gespräch mit Ernst Bloch.

Fällig wäre die Eroberung der Fragen, derer wir bedürfen. Wir sind nämlich nicht nur unserer Antworten enteignet, sondern auch der Fragen. Die Frage ist nicht „Wie sind die Renten finanzierbar?“, sondern „Wie können alte Menschen in Wohlversorgtheit und bei möglichst guter Gesundheit ihren Lebensabend verbringen? Was brauchen sie dafür und wie schaffen wir es an?“ Nicht das Geld gilt es aufzustellen, sondern die notwendigen Produkte und Leistungen, Apparaturen und Zusprüche sind aufzutreiben und anzueignen. Und es sage niemand, das sei das Gleiche. Nur im Kapitalismus ist dieser Zusammenhang zwischen Geld und Vermögen als allmächtiger (könnte man auch groß schreiben) bestimmend.

Die ketzerische Frage lautet: *Warum soll man kaufen müssen?* Ich begeben mich hier in die Rolle des hartnäckigen Kindes und will es wissen: Warum? Warum? Warum? Warum soll die freie Entnahme nicht für reelle Produkte ebenso gelten wie für virtuelle? Warum soll Mehl gekauft werden? Und Papier? Und Limonade? Und Mähdrescher? Warum? Wer kann einen wirklich plausiblen Grund nennen? Es ist von alledem genug da bzw. aufbringbar. Mehl muss produziert werden und konsumiert werden, aber zirkuliert werden muss es wahrhaftig nicht. Die Warenzirkulation ist durch eine einfache Distribution von Gütern zu ersetzen. Heute wird Mehl hergestellt, nicht um Kuchen und Brot zu backen, sondern um ein Geschäft zu tätigen. Das ist doch obszön.

Das entscheidende Problem ist also nicht das, wie wir Verwertung und Wachstum wieder in Schwung bringen (das wird sowieso nicht gelingen, auch wenn die Frontpropaganda jeweils für morgen den Aufschwung verspricht), sondern wie wir sie endgültig abstellen. Das bedeutet Stoffwechsel und Kommunikation der Gesellschaft auf ganz neue Beine zu stellen. Reicht denn nicht haben zu wollen, was da ist oder was machbar ist? Entschieden

Vorankündigung

Am **26. Oktober 2004** veranstaltet der Kritische Kreis ein **Workshop** zum Thema **„Fortschritt und Fortschrittskritik“**. Es referieren **Christian Höner (Haina/Thüringen)**, **Ernst Lohoff (Nürnberg)** und **Franz Schandl (Wien)**. Vorge stellt wird auch die neue *Krisis* 28, Diskussionsgrundlage ist der darin enthaltene Beitrag von Christian Höner: „Zur Kritik von Dialektik, Geschichtsteologie und Fortschrittsglaube“. Begonnen wird **um 10 Uhr**, und zwar im **Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien**. Nähere Informationen sind der Homepage zu entnehmen bzw. werden über den Container zugestellt.

ist mit den eingeherrschten gegenwärtigen Tabus zu brechen: Geld kann nicht nicht gedacht werden. Politik kann nicht nicht gedacht werden. – Das ist doch nicht wahr! Sollen wir wie die Lemminge ewig an Politik und Geld glauben und ihnen nachlaufen, selbst noch in Zeiten, wo ihre Ohnmacht betreffend gesellschaftliche Regelungen so offensichtlich sind? – Das Leben ist anderswo. Imagine!

Die Menschen müssen sich direkt aufeinander beziehen, nicht sich, ihre Produkte und Leistungen als abstrakte Arbeitsquanta austauschen. Leute dürfen nicht in Zahlungsfähige und Zahlungsunfähige eingeteilt werden, sondern sind ganz profan Menschen mit sich entwickelnden Bedürfnissen und Wünschen, die direkt zu befriedigen sind, ohne die Dazwischenkunft irgendeiner Verwertungsmaschine. „Wir machen keine Waren, wir machen Geschenke“, wusste noch sinngemäß Bertolt Brecht. Imagine!

Stoffliche Rechnungen statt monetären stehen an. Wenn man nur denkt, was die Umrechnung (jeder Kassenbon demonstriert das) von allem und jedem in Arbeitsquanta (Wert, Geld) an menschlicher Lebenszeit auffrisst, dann ist bereits eine ganze Spezies verrückt geworden. Hierzulande dürften wohl an die 90 Prozent aller Verausgabung von Arbeitszeit direkt oder indirekt dem kapitalistischen Rechnungswesen (Buchhaltung, Verkauf, Auspreisung, Kalkulation, Abrechnung, Werbung, Versicherung, Banken, Mahnwesen, Münzprägung, Gelddruck etc.) geschuldet sein. Emanzipation meint ein ArbeitsentSORGUNGSPROGRAMM ungeheuren Ausmaßes. Dieses Potenzial wird frei und steht anderweitig zur Verfügung. Imagine!

Die Leute müssen aufhören, ideell (und irgendwann auch reell) jene Verhältnisse zu reproduzieren, die sie als Individuen unterschieden bedrohen, sie um das Leben im Leben betrügen. Warum sollen wir uns akkurat nur vorstellen, was uns vorgestellt wird? Es gilt diese eherne Befangenheit zu durchbrechen, Gesellschaftlichkeit bloß in den Kategorien und Formprinzipien des Kapitals zu denken. Die größte Barriere sehe ich zur Zeit in der Trägheit unserer, d.h. der bürgerlichen Köpfe. Sie hindert die Produktivkraft Mensch ihre Energien freizumachen. Mal probieren: die Welt sich vorzustellen ohne Geld und Markt, ohne Arbeit und Wert. Denken wir sie uns weg! Das ist eine Zumutung? Mag sein, nur, wir sollten sie uns wirklich zumuten. Denn alles andere wird schön langsam, nein eigentlich: unschön schnell unzumutbar. Imagine!

G und W – Eine vertrackte Beziehungskiste

ÜBERARBEITETE FASSUNG EINES DISKUSSIONSBEITRAGS
AUF DEM „KRISIS“-SEMINAR IM MAI 2004

von Lothar Galow-Bergemann

Die wertkritische Kritik bewegt sich derzeit auf einem so hohen Allgemeinheitsgrad, dass sie zu einer praktischen Anwendung noch wenig taugt. Aber was nicht ist, kann und sollte noch werden.

Selbstredend kann es nicht darum gehen, eine fertig ausgearbeitete Theorie auf das gesellschaftliche Leben loszulassen, sie „anzuwenden“, womöglich noch „schöpferisch“, womit es nach bekanntem Gescheiterten riechen würde. Trotzdem braucht jede Art Praxis ihre Praktiker. Also keine Unpraktischen. Will heißen: Sollen gesellschaftliche Kämpfe und Bewegungen künftig mehr Anlass zur Hoffnung auf Emanzipation geben, so ist zunächst einmal Kampf und Bewegung in den Köpfen der Akteure angesagt.

Die Wertkritik müsste also ein dringendes Interesse daran haben, den Akteuren sozialer Auseinandersetzungen gewissermaßen den Kopf zu verdrehen. Nun lehrt uns das Leben, dass für solcherlei Vorhaben eine gewisse Attraktivität von unschätzbarem Vorteil ist.

Wagen wir doch mal einen heimlichen Blick und schauen uns an, was da so abgeht zwischen dem Gewerkschafter (wir wollen ihn praktischerweise G nennen) und der Wertkritik (nennen wir sie W).

„Duuu“, flüstert W mit gekonntem Augenaufschlag, „also da ist was, was ich Dir eigentlich schon immer sagen wollte. Du meinst ja bei jeder Gelegenheit, Geld sei genug da und es sei nur falsch verteilt. Mein Lieber, das ist ein bisschen naiv. So einfach ist die Welt nicht.“

G bleibt sonderbar zurückhaltend.

W schaut ihm tief in die Augen und flötet: „Du, da wär' noch was. Deine Auffassung, falsches Management und solche Sachen seien das Problem – also das ist echt voll daneben. Du musst wissen, dass die Wirtschaft im Grunde genommen gar nicht anders kann, als sie tut.“

G brummelt.

W wird mutiger: „Hör mal zu, Dein

Glaube, eine andere Politik sei möglich, ist auf Sand gebaut. Du nimmst die ökonomischen Realitäten einfach nicht zur Kenntnis.“

G rutscht in die andere Sofaecke.

Darauf W mit Schmolle Mund: „Ach, Du bist aber auch so was von realitätsfern. Verstehst Du nicht, dass Vollbeschäftigung und sozialstaatliche Absicherung für alle nichts als Träume von gestern sind?“

G beschließt, sich doch lieber nach einer anderen umzusehen. Einer, die ihm nettere Sachen sagt.

W geht aufs Ganze. Jetzt oder nie. Sie wirft sich ihm an den Hals und haucht ihm ins Ohr: „Mein Süßer, ganz tief in meinem Herzen drin, da sagt es mir: Eigentlich bist Du nichts anderes als ein – Auslaufmodell.“

Keine Liebe auf den ersten Blick

Jeder mag sich selber ausmalen, wie so ein Rendezvous ausgeht.

Die beiden haben Probleme miteinander. Schauen wir uns die mal näher an.

G's Begeisterung über W hält sich verständlicherweise schon deswegen in Grenzen, weil sie ausgerechnet von ihm verlangt, er möge sich selber gefälligst als Auslaufmodell begreifen. Als ob das nicht genug wäre, kommen ihm ihre Botschaften aber auch noch merkwürdig bekannt vor. Genau genommen ist er ihnen permanent ausgesetzt, er hat ständig damit zu tun. So argumentieren nämlich auch seine (immanenten) Gegner: „Geld umverteilen – das ist Unfug. Die Wirtschaft muss sich nach den ökonomischen Notwendigkeiten verhalten. Wer von der sozialen Hängematte träumt, versteht nichts von der Wirtschaft. Die Politik muss sich danach richten. Gewerkschaften sind von gestern.“ Das ist sein täglich Brot.

Die Folge: Statt dass G in rasender Liebe zu W entbrennt, liegt viel eher eine kühle Distanz in der Luft. „Das kenne ich doch alles. Und zwar von denen, die mir übel wollen. Das sind die TINA-Argumente –

There Is No Alternative –, mit denen ich am Kampf gehindert werde.“

W plagen ebenfalls Probleme mit G. Sie kommt ins Grübeln:

Wie schaffe ich es, ihm die Botschaft vom Ende des Keynesianismus überzeugend zu vermitteln? Und wie tue ich dies so, dass diese Botschaft für ihn nicht demotivierend und lähmend wirkt?

Gesetzt den Fall, sie wolle es noch einmal mit ihm versuchen – und sie sollte es tun – so stellen sich ihr mehrere Schwierigkeiten entgegen.

Erstens gibt es, und das bei weitem nicht nur bei unserem G, jede Menge Abwehr gegen die Einsicht, dass das System der Wertverwertung zunehmend an seine Grenzen stößt. Eine vorübergehende Krise ist vorstellbar, eine finale eigentlich nicht wirklich. Dazu kommt, dass G der geborene Skeptiker ist. Im christlichen Abendland ist es nun mal seit jeher ein Markenzeichen von Sekten gewesen, das nahende Ende zu prophezeien. Und W kommt ihm ausgerechnet damit. Nebenbei bemerkt sind es jetzt auch schon 15 bis 20 Jahre, in denen sie bei allen möglichen Anlässen das Ende des Kapitalismus prophezeit hat. Er lebt aber immer noch. Das macht ihre Botschaften nicht attraktiver.

Zweitens wird G's Erkenntnisblockade erheblich dadurch gefördert, dass er sich ein „Leben danach“ nicht wirklich vorstellen kann. Auch W hilft ihm dabei wenig, sie bleibt bekanntlich regelmäßig äußerst schmallippig, wenn's darum geht.

Drittens gibt es für G, und nicht nur für ihn, das unumgängliche Diktat des un-

mittelbaren Alltagsinteresses. Er müsste also um die „monetäre Absicherung“ seiner Klientel kämpfen, selbst wenn ihm hundertprozentig klar wäre, dass dies langfristig eine Sackgasse ist.

Viertens ist G bodenständig. Das muss nicht immer und ausschließlich schlecht sein. Er will Handfestes. Es fehlen ihm überzeugende Beispiele dafür, wie man die Taube vom Dach runterkriegt, weswegen der Spatz in der Hand durchaus einen gewissen Charme für ihn hat. Er kann sich nicht so recht vorstellen, was das sein sollte, eine „zweite Linie“ des Kampfes aufzubauen, eine der „Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums jenseits von Arbeit, Wert und Ware“. Er will nicht *glauben*, dass so etwas geht, er will es *sehen*.

Fünftens hat W ein subjektives Vermittlungsproblem. Geradeheraus gesagt: W könnte sich schlicht und ergreifend auch ein bisschen geschickter an ihn heranzumachen.

Was geliebt werden will, muss sich danach stellen

Und das nun sollte uns besonders interessieren. Eigentlich hat sie nämlich gar nicht so schlechte Karten. Denn sie sieht ihn ja mit vollem Recht in immer mehr Erklärungsnöten. Ihre Aufgabe lautet folglich: Wie *bringt* sie ihn auch *subjektiv* in solche Nöte?

Wie wär's denn, wenn unsere gute W einfach mal ein wenig über ihre Klamotten nachdächte? Nicht, dass ihre Kledage zu verachten wäre. Ganz im Gegenteil. Das bezaubernde Abendkleid der *Krisis* ist wundervoll und auch der flotte Kombi der *Streifzüge* steht ihr einfach ausgezeichnet. Aber vielleicht sollte sie im Falle unseres noch etwas spröden G ein bisschen mehr Mut zeigen und auch mal an was gewagtes Kurzes denken...

Gefragt sind Argumentationsblätter mit beschränkter Seitenzahl und hoher Auflage, praktikable Mail-Aussendungen, die Zugang zum „normalen“ Bewegungsaktivisten finden, in einer Sprache, die er versteht. Sinn und Zweck solcher Publikationen könnte naturgemäß nicht sein, die Wertkritik rauf und runter zu deklinieren. Es ginge vielmehr ums Ankratzen, ums Erschüttern scheinbar unerschütterlicher Gewissheiten, um erste hinführende Gedanken, die den Blick für Neues öffnen könnten.

So wäre z.B. die verbreitete Aufregung um „die Abzocker“ und die damit einhergehende ebenso kreuzgefährliche wie massenhaft verbreitete Gewissheit vom

Kampf der „bösen Raffgier“ gegen die „ehrliche Arbeit“ auf- und anzugreifen. Ferner die in linken Gewerkschafterkreisen recht beliebte Theorie vom so genannten „Shareholderkapitalismus“; ebenso die in jedem gewerkschaftlichen und linken Mainstream-Flyer auftauchende Gebetsmühle vom „Geld, das genug da ist und nur anders verteilt werden muss“. Ein drängendes Vermittlungsproblem stellt sich auch beim Problemkreis „Personalisierung und abstrakte Herrschaft“. Jeder, der praktisch tätig ist, kommt nämlich um ein gewisses Maß an Personalisierung gesellschaftlicher Konflikte nicht umhin; ganz einfach, weil es immer die konkreten Exekutoren gesellschaftlicher Zwänge gibt. Aber bekanntlich birgt die Personalisierung riesige Gefahren, besonders wenn sie sich mit Massenprotestbewegungen verbindet. Ist es zu leisten, solchen Bewegungen Einsichten in die abstrakte, in die subjektlose Herrschaft zu vermitteln? Ich weiß es nicht. Aber versuchen sollten wir es.

Wie funktionieren die Marktgesetze? Warum geht es mit der Arbeit den Bach runter? Warum befinden wir uns nicht in einem vorübergehenden Tal, sondern am Beginn einer schiefen Ebene nach unten? Solche Zusammenhänge sollten jedenfalls auch Menschen vermittelbar sein, die keine Theorieschmöcker wälzen. Es gibt bereits manche Versuche in diese Richtung. Das Bisherige wäre einmal zusammenzutragen und diejenigen, die daran Interesse haben, sollten ihre Kräfte besser bündeln als bisher.

Es geht aber nicht nur darum, die Botschaft besser verstehbar zu machen, sie sollte auch überzeugend werden. Es sollte deutlicher werden, dass die Wertkritik gesellschaftlichen *Tendenzen* auf der Spur ist; dass sie also mitnichten stets und steif behauptet, dass sich bestimmte von ihr entdeckte Entwicklungslinien schon hier und jetzt voll und ganz durchgesetzt und entfaltet hätten und dies möglichst auch gleich noch weltweit bis in den letzten Winkel. Die häufige Beschreibung von Zuständen mit der Formel „dies und jenes *ist nichts weiter als*“ ist möglicherweise Ausdruck für diese immer wieder auftauchende Versuchung. Das Beispiel mit dem allzu flotten Herbeiargumentieren der finalen Krise „hier und jetzt“ wurde bereits genannt.

Happy End?

Es gibt aber nicht nur Schwierigkeiten, sondern auch Chancen. So hätte die

Wer kennt

eine Buchhandlung, wo sich die *Streifzüge* platzieren ließen?

Wer traut sich

dort zu fragen, ob sie *Streifzüge* zum Verkauf übernehmen?

Wer ist bereit

dort *Streifzüge* hinzubringen/abzurechnen

Wer meldet sich

bei uns:
redaktion@streifzuege.org ?

schöne W durchaus die Möglichkeit, dem etwas begriffsstutzigen G näher zu kommen, wenn sie sich ein wenig intensiver dem Thema der *Arbeitszeiten* widmen würde. Genau besehen, ist dieses Thema sogar *die* Chance für sie:

Erstens geht es hier um ihr ureigenstes Thema, nämlich um die Arbeit selbst. Natürlich noch lange nicht um deren grundsätzliche Infragestellung – das wäre von W erst in einen sich möglicherweise entwickelnden „Dialog über gegenseitig interessierende Fragen“ einzubringen. Aber es geht immerhin um Fragen wie diese: Welche Zeit, welchen Stellenwert soll die Arbeit in meinem Leben einnehmen? Welche Perspektive hat die Arbeit? Müssen sich Produktivitätsfortschritte automatisch gegen die Menschen richten oder geht es auch anders?

Zweitens gibt es derzeit kaum ein Thema, an dem der Widersinn der Verhältnisse so plastisch und begreifbar wird wie bei der Frage, wie lange wir arbeiten sollen. Es ist selbst dem durchschnittlichen warenförmigen Bewusstsein kaum noch zu vermitteln, warum ausgerechnet in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit ein Teil der Menschen immer mehr und immer länger schuftet soll, während die anderen als überflüssig abgestempelt werden.

Drittens erleben wir gegenwärtig einen Generalangriff auf die Arbeitszeiten. Mit der fließenden Entgrenzung von Arbeit im Zusammenhang mit neuen Produktions- und Managementmethoden haben wir es schon lange zu tun. Derzeit entwickelt das Thema zusätzlich eine ganz neue Brisanz, denn jetzt findet auch ein offener Angriff auf die *tariflichen* Arbeitszeiten statt, so wie es ihn noch nie gab (zumindest in Deutschland, österreichische Zustände sind mir weniger geläufig), koordiniert zwischen Politik, öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft. Mehr arbeiten für weniger oder bestenfalls das gleiche Geld, so lautet die neueste Zumutung der „besten Wirtschaftsordnung aller Zeiten.“

Viertens gibt es durchaus Ansätze in den Gewerkschaften, den in den 80ern nach dem erfolgreichen Kampf um die 35-Stunden-Woche und dessen „Nachhuterfolgen“ leichtfertig fallen gelassenen Faden der Arbeitszeitverkürzung wieder aufzunehmen. Teile der Gewerkschaftsapparate sind hier übrigens eindeutig weiter als die Basis. So startete die IG Metall im Angestelltenbereich ein Projekt „Meine Zeit ist mein Leben“, wo es darum ging, die Beschäftigten für die Ar-

beitszeitfrage zu sensibilisieren. Ähnliches unternimmt verdi. Eine sehr gut besuchte Betriebsrätekonferenz von verdi Stuttgart zum Thema Arbeitszeit und Arbeitsbelastung drehte sich jüngst um Themen wie diese: „Wer dauerhaft länger arbeitet, ist früher tot.“ „Früher hatte es der Arbeitnehmer mit dem Kapitalisten zu tun, heute mit dem Kapitalismus. Wie können wir verhindern, dass diese Anonymität zu resignativen Antworten führt?“ „Wir haben im Betrieb ein Legitimationsproblem des Einzelnen: Darf ich überhaupt noch über meine Lebensinteressen reden? Wie schaffen wir es, dass die KollegInnen sich wieder mehr darüber bewusst werden, welche Ansprüche sie eigentlich ans Leben haben?“ Eine der beliebtesten Parolen im Kampf um die 35-Stunden-Woche vor 20 Jahren lautete: „Mehr Zeit zum Lachen, Lieben, Leben.“ Solche Ansprüche sind wieder aus der Versenkung zu holen.

Fünftens wäre es ein überaus bedeutsamer Schritt, wenn sich wieder Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung entwickelten. Nach Lage der Dinge würden sich solche Auseinandersetzungen wohl am ehesten an der aktuellen Zumutung von *Arbeitszeitverlängerungen* entzünden. Möglicherweise ergibt sich kommenden Winter im

Zusammenhang mit der Tarifrunde im öffentlichen Dienst eine Chance, diese Kämpfe zu entwickeln und weiterzutreiben.

W könnte sich in solche Auseinandersetzungen einbringen:

Warum wird die Arbeit eigentlich immer weniger? Ist das im Übrigen nicht schön? Warum ist Arbeitszeitverkürzung eine richtige Antwort auf die Zumutungen des Systems und warum ist sie trotzdem keine Lösung? Warum wird sich der Kapitalismus selbst bei partiell erfolgreichen Kämpfen nicht einfach „auf einem erträglicheren Niveau neu einpendeln“?

Wenn sich W dabei geschickt anstellt, wird G möglicherweise anfälliger werden für ihre Reize. Womöglich wird er gar nicht mehr der Alte bleiben. Es wäre folglich denkbar, dass wir zu leibhaftigen Zeugen eines Vorgangs werden, bei dem aus der Begegnung von G und W, aus G-W also, wahrhaftig so etwas wie G-W-G' entsteht.

Hat sie ihm aber erst einmal den Kopf verdreht, so könnte es ihr durchaus widerfahren, dass er sie leidenschaftlich küsst. Sie sollte nicht glauben, dass dies für sie ohne Folgen bleibt. Denn in einem Universum, in dem G-W-G' vorkommt, ist bekanntlich auch mit W-G-W' zu rechnen.

2000 Zeichen

abwärts

Die Arbeitslosen – wie zähl' ma's denn?

Der Unmut über die Art der Berechnung der Arbeitslosenzahl findet schön langsam mediales Echo. Die offizielle Zahl beinhaltet nur jene, die beim AMS als „arbeitsuchend“ gemeldet sind. Das sind meist nur jene, die einen Bezug erhalten. Arbeitslose ohne Bezug sind beim AMS selten gemeldet. Dass die Statistik um jene bereinigt ist, die AMS-Kurse besuchen bzw. in diese zur Minimierung der Arbeitslosenzahl zwangsverpflichtet werden, wird immer öfter kritisiert. Wo aber bleibt die Kritik darüber, dass viele Arbeitslose in gar keiner Statistik aufscheiben? Viele sind trotz Joblosigkeit selten beim AMS gemeldet: Jene, die noch nie ein Jahr lang eine angemeldete Stelle hatten oder Jugendliche, die auf Job- oder Lehrstellensuche sind, Freiberufliche und Mc-Jobbende; die meisten, die keinen Anspruch auf Notstandshilfe (entspricht der Arbeitslosenhilfe in Deutschland) haben, weil der Verdienst des Partners eine gewisse Summe über-

steigt. Viele meiden auch trotz Anspruch das AMS wegen der oft erniedrigenden Behandlung. Dann wären da noch all jene, die notgedrungen von Mc-Jobs leben, besser gesagt, nicht leben können. Auch sie suchen einen Job – einen, von dem sie leben können. Und die vielen im Krankenstand und die, die um Pension angesucht haben und dann abgelehnt werden, und schließlich jene, denen der Bezug gesperrt wurde – sie alle belasten die Statistik auch nicht.

Übrigens wurde für heuer in Wien die Order ausgegeben, die Zahl der Bezugssperren zu verdoppeln. Also werden neue Schikanen ausgelegt, über die man leicht stolpern kann: Wenn ich ein Stellenangebot vom AMS zugeschickt bekomme, muss ich mich bei dieser Firma binnen zwei Tagen melden und binnen 10 Tagen beim AMS persönlich eine Rückmeldung abgeben. Andernfalls wird das Geld für 6 Wochen gesperrt. (PS: Stellenangebote, die ich bekam, waren in der Regel nicht mehr aktuell.)

M. W.

Out of Area – Out of Control

WARENGESELLSCHAFT UND WIDERSTAND IM ZEITALTER VON DEREGULIERUNG UND ENTSTAATLICHUNG

1. TEIL: DER FATALE ENDSIEG DER WARE★

von Ernst Lohoff

I. Die Unselbständigkeit der Politik

1.

Seit den Tagen des Ersten Weltkriegs bis tief in die 70er Jahre hinein galt es als ausgemacht: Zukunft hat nur eine durch Staatseingriffe modifizierte und sozial eingehegte Marktwirtschaft. Insbesondere zur Zeit des Nachkriegsbooms teilten alle tonangebenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte in den Weltmarktzentren diese Perspektive. In den 60er Jahren firmierte dieses Programm hierzulande unter dem Markennamen „Soziale Marktwirtschaft“, in den USA zur gleichen Zeit unter dem Label „Great Society“. Da wie dort stand außer Frage, dass der Staat als Gegengewicht zum freien Spiel der Marktkräfte aufzutreten hat. Insbesondere der Sozialstaat wurde als Synonym von Modernität gefeiert und „Reformpolitik“ bezeichnete an beiden Ufern des Atlantiks nichts anderes als dessen energischen Ausbau.

2.

Mittlerweile hat sich dieses Szenario von Grund auf verändert. Das Leitmotiv des globalisierten Kapitalismus, wie er sich seit den 80er Jahren herausgebildet hat, lautet: „Wo Staat ist soll Markt werden“. Vor allem der Sozialstaat, ehemals Inbegriff des Fortschritts, steht nun für Rückständigkeit und Verknöcherung. Bekanntlich bleibt es auch in den Weltmarktzentren nicht bei der ideologischen Generalmobilmachung. Seit der Jahrtausendwende gehen wie vorher schon in Großbritannien und den USA auch in Kontinentaleuropa mit atemberaubender Geschwindigkeit die sozialen Errungenschaften von Jahrzehnten über Bord.

3.

Die Liquidatoren des Sozialstaats und Fürsprecher von Privatisierung und Deregulierung rechtfertigen ihre Bestrebungen als überfällige Korrektur politisch motivierter Fehlentwicklungen. Die jede Privatinitiative lähmende „Überregulierung“

blockiere zusammen mit dem „sozialstaatlichen Wildwuchs“ den Weg zu Wachstum und Wohlstand. Die Beseitigung all dieser Hindernisse sei dringend geboten, leiern die marktwirtschaftsideologischen Gebetsmühlen.

Die Verteidiger staatlicher Regulation und sozialstaatlicher Umverteilung sehen das anders. Nicht die sozialstaatlichen Errungenschaften seien das Resultat einer falschen, am arbeitgesellschaftlichen Gemeinwohl desinteressierten Politik, sondern deren Beseitigung. Die beiden streitenden Parteien bewerten zwar die laufende Entwicklung diametral entgegengesetzt, ihre Deutungen folgen indes dem gleichen Interpretationsmuster. Die einen wie die anderen behandeln staatliche Regulation stur und ausschließlich als abhängige Variable politischer Kämpfe und Entscheidungen. Die Irrungen und Wirrungen politischer Auseinandersetzungen scheinen letztinstanzlich dafür verantwortlich zu zeichnen, welcher Stellenwert dem Staat bei Produktion und Verteilung des warengesellschaftlichen Reichtums zukommt.

4.

Die linke Variante dieser Argumentationsweise dürfte vertraut sein: Arbeitsschutzgesetze, Arbeitszeitverkürzungen, Tariflöhne, Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherungen sind in harten Klassenkämpfen dem Kapitalismus abgetrotzt worden. Heute nutzt „das Kapital“ die Schwäche der organisierten Arbeiterklasse zur Zurücknahme dieser Zugeständnisse und zur Reinstallierung des alten „Manchesterkapitalismus“.

So viel ist an dieser Sichtweise richtig: Der Prozess sozialstaatlicher Formierung verdankt den Kämpfen der Arbeiterbewegung wesentliche Impulse. Und auch die Abwicklung des Sozialstaats lässt sich kaum ohne die wilde Entschlossenheit seiner neoliberal indoktrinierten Totengräber denken. In die Irre führt diese Interpretation aber insofern, als sie die politischen Richtungsentscheidungen als voraussetzungslose Prima Causa behan-

delt. Damit fällt aber das Wesentliche unter den Tisch. Bei den großen politischen Konzepten handelt es sich bereits um Reaktions- und Verarbeitungsformen auf tieferliegende strukturelle Entwicklungen, die außerhalb der Reichweite politischen Handelns liegen. Die Väter des Sozialstaats konnten nur deshalb dauerhafte Erfolge verzeichnen, weil sie dem System kapitalistischer Reichtumsproduktion etwas für dessen Durchsetzung und Verallgemeinerung Unerlässliches hinzufügten. Und auch beim derzeit laufenden marktideologisch begründeten Abrissunternehmen handelt es sich um mehr als um eine ungünstigen politischen Kräfteverhältnissen geschuldete Verirrung; es entpuppt sich näher besehen als durchaus folgerichtige innerkapitalistische Antwort auf die grundlegende strukturelle Krise von Arbeit und Verwertung. Der politische Paradigmenwechsel verweist auf einen fundamentalen inneren Widerspruch warengesellschaftlicher Reichtumsproduktion; Etatisierung und partielle Deetatisierung lassen sich als die historische Verlaufsform dieses inneren Widerspruchs fassen.

II. Kleine Politische Ökonomie des Staatssektors

1.

Beginnen wir bei der Klärung des widersprüchlichen Verhältnisses zunächst auf einer sehr grundsätzlichen Ebene, bei der Frage nämlich, was in der kapitalistischen Logik überhaupt unter Reichtum zu verstehen ist. Eine Antwort liefert Marx gleich in den ersten beiden Sätzen des „Kapitals“: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als un-

★ Was aus dieser Analyse der laufenden Deregulierungsprozesse für die Neubestimmung einer emanzipativen Perspektive folgt, untersucht der zweite, in der nächsten Ausgabe erscheinende Teil dieses Beitrags.

geheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform.“ Diese Bestimmung lässt sich auch als „historische Mission“ lesen. Die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnet der Drang, einen möglichst großen Teil des gesellschaftlichen Reichtums in Waren zu verwandeln und alle Reichtumsproduzenten in Warenproduzenten. Je konsequenter einer Gesellschaft dies gelingt, desto reiner bildet sich ihr kapitalistischer Charakter aus.

Was die Vernichtung traditioneller nicht-monetärer Reproduktionsformen angeht, hat sich die historische Entwicklung buchstabengetreu an dieses Programm gehalten. Zumindest in den Metropolenländern wurden sie spätestens im 20. Jahrhundert ausgelöscht oder völlig marginalisiert. Parallel dazu machte freilich ein in Sachen Reichtumsproduktion neuer Akteur Karriere: der Staat. Die Expansion der Staatstätigkeit ordnet sich zwar selber in den großen Prozess der Monetarisierung und der Verwandlung aller gesellschaftlich gültigen Tätigkeit in bezahlte Arbeit ein, doch hat er nicht direkt an der Kommodifizierung Teil. Der Staatstätigkeiten entspringende gesellschaftliche Reichtum setzte sich gerade nicht aus zusätzlichen, auf optimale Verkäuflichkeit hin erzeugten Waren zusammen. Wo der Staat Güter bereitstellt oder bei deren Händewechsel die Finger im Spiel hat, hebt er vielmehr den Äquivalententausch, die soziale Beziehungsform von Warenbesitzern, aus. Was jedoch hat die Warengesellschaft dazu animiert, eine von ihrer Idealgestalt abweichende Form von Reichtumserzeugung und -verteilung in die Welt zu setzen?

2.

Die Lösung dieses Rätsels liegt im spezifischen Charakter, den Reichtum durch seine Verwandlung in Waren annimmt. Diese Transformation verbindet in sich zwei widersprüchliche Momente. Die „Elementarform“ des kapitalistischen Reichtums, die einzelne Ware, steht für etwas von Grund auf Paradoxes, nämlich für „ungesellschaftliche Gesellschaftlichkeit“ (Marx).

Einerseits führt der Aufstieg der Ware zur herrschenden Reichtumsform zur Ausbildung eines hochgradig arbeitsteiligen und vergesellschafteten Systems. Zum logischen Fluchtpunkt hat der Vormarsch der Ware den Weltmarkt und damit die Verschmelzung von Produktion und Konsumtion zu einem einzigen planetaren

Zusammenhang. Die Einzelproduzenten und die Warensubjekte agieren als allseitig abhängige Glieder eines gigantischen gesellschaftlichen Aggregats.

Gleichzeitig bedeutet die Reduktion von Reichtum auf Warenreichtum aber gleich in zweifacher Hinsicht eine systematische Entgesellschaftung. Zum einen insofern, als mit der Herrschaft der Warenform gesellschaftliche Beziehungen nur noch als die Beziehung von Sachen existieren. Soweit Gesellschaft ohne direkte soziale Beziehung nicht auskommt, ist für sie nur in einer vom eigentlichen großen gesellschaftlichen Zusammenhang abgespaltenen Sondersphäre Platz. Zum anderen handelt es sich aber auch bei der in Warenbeziehung verwandelten Beziehung zu den materiellen Gütern um einen radikal entgesellschafteten Bezug, und zwar für jeden im unendlichen Warenuniversum vorgesehenen sozialen Ort. Vom Standpunkt des Produzenten erscheinen die sinnlich-stofflichen Qualitäten des Erzeugnisses und damit auch dessen gesellschaftliche Wirkung und Wirklichkeit völlig irrelevant. Von Belang ist allein deren Verkäuflichkeit. Zwischen Giftgas und Gummibärchen, Gewaltvideo und Gardine gibt es dementsprechend aus der Produzentenperspektive keinerlei Unterschied. Der Käufer seinerseits kann immer nur isolierte Endprodukte erwerben, deren Entstehungsbedingungen und damit ihre gesellschaftliche Dimension völlig außerhalb seines Zugriffs liegen. Schließlich bleibt das Warensubjekt allen Waren gegenüber ganz und gar verhältnislos, denen es nicht aktuell als Käufer oder Verkäufer gegenübertritt. Nur zu einem im Nanobereich angesiedelten Bruchteil des Warenkosmos kann das Warensubjekt via Zahlung überhaupt in eine Beziehung treten. Wer im Warenuniversum aus dem Zirkel von Kauf und Verkauf herausfällt, gerät sofort in die unkomfortable Lage eines Fisches auf dem Trockenen und ist in einer hochgradig vergesellschafteten Welt von allem abgeschnitten, was eine menschliche Existenz ausmacht.

3.

Der innere Widerspruch von totaler Vergesellschaftung und radikaler Ungesellschaftlichkeit läuft zu Ende gedacht auf nichts anderes als auf Selbstzerstörung hinaus. Eine Gesellschaft, die ihre Mitglieder tatsächlich bei absolut jeder Lebensäußerung durch das Nadelöhr des Äquivalententauschs treiben wollte, wäre

reproduktionsunfähig. Um der Selbstdemontage zu entgehen, kommt die Warengesellschaft nicht umhin, Teile der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion auszugliedern, um sie der Warenform nicht direkt, sondern nur indirekt zu subsumieren. Das gilt zunächst einmal für die breite Palette häuslicher Tätigkeiten. Sowohl die unerlässliche Nach- und Vorbereitung des privaten Warenkonsums als auch zentrale Aspekte der sozialen Grundversorgung werden ins Reich des Abgespaltenen abgedrängt. Die Warengesellschaft verlässt sich stillschweigend darauf, dass irgendwelche, in der Regel weiblichen Geisterhände außerhalb der warengesellschaftlichen Buchführung Kinder erziehen, sich um Angehörige kümmern und Haushalte führen.

Die Warengesellschaft ist aber nicht allein auf diese Schrumpfform unmittelbarer sozialer Beziehungen angewiesen, für die all diese ohne großes Aggregat leistbaren Tätigkeiten stehen. Um als Warensubjekte agieren zu können, müssen die Menschen gewisse allgemeine infrastrukturelle Voraussetzungen dieser Daseinsweise vorfinden. Kein Individualverkehr ohne von allen Privatfahrzeugen benutzbare Straßen. Keine Arbeitskraft kann auf den Arbeitsmarkt treten, ohne vorher Bildungsinstitutionen zu durchlaufen, die sie auf die notwendigen allgemeinen kulturellen Standards trimmt. Damit diese Voraussetzungen der Existenz als Warensubjekt allen potentiellen Warensubjekten universell zugänglich sind, dürfen sie selber aber nicht die Form der Ware annehmen. Je weiter die Produktivitätsentwicklung voranschreitet, desto tiefer gestaffelt und umfänglicher fällt dieses System infrastruktureller Vorleistungen aus, und nur der Staat ist als abstrakte Allgemeinheit in der Lage für dessen Unterhalt Sorge zu tragen. Der ungesellschaftliche Charakter der Warengesellschaft erzwingt die Herausbildung einer zweiten, abgeleiteten Form warengesellschaftlichen Reichtums. Der Siegeszug des primären Warenreichtums hätte ohne die Entstehung eines umfänglichen Sektors staatlich organisierter Reichtumsproduktion gar nicht vonstatten gehen können.

4.

In der Warengesellschaft erfährt Reichtum immer auf dem gleichen Weg gesellschaftliche Anerkennung, nämlich durch die Verwandlung in Geldverhältnisse. Was sich nicht gegen die Ware aller Waren umsetzt, ist irrelevantes Privatvergnügen. Wo Geld

fließt, da ist gesellschaftliche Bedeutung.

Auch die Ausdehnung des Staatssektors ordnet sich in den großen historischen Monetarisierungsprozess ein. Allerdings unterscheidet sich die etatistische Sekundärvariante entscheidend von der Monetarisierung durch den Vormarsch der Ware. Die Produktion von verkäuflichen Waren vermehrt gesamtgesellschaftlich betrachtet den monetären Reichtum. Die staatlich organisierte Reichtumsproduktion dagegen erscheint gesamtgesellschaftlich vornehmlich als Konsum – als Staatskonsum. Die sekundäre Form warenausgesellschaftlichen Reichtums muss vom primären Warenreichtum alimentiert werden.

Dieser insgesamt defizitäre Charakter ist einer grundlegenden Differenz in der sozialen Vermittlungsform geschuldet. Die Tauschbeziehungen funktionieren streng nach dem Äquivalenzprinzip. Wer eine Ware erhalten will, muss deren Gegenwert an den Verkäufer abtreten und realisiert ihn damit. Im Staatssektor ist dieses Prinzip durchbrochen. Wert tauscht sich nicht gegen Wert. Geben und Bekommen fallen zumindest partiell auseinander. Das eine nimmt die Form administrativ-juristisch festgesetzter Zahlungsverpflichtung (Steuern, Abgaben) an, das andere die Form rechtlich festgeschriebener Ansprüche.

Bei ausschließlich aus Steuern und Abgaben finanzierten Staatstätigkeiten, die allen potentiellen Nutzern kostenlos zur Verfügung stehen, ist diese Entkoppelung vollständig. Aber auch die an Geldleistungen gebundene Nutzung öffentlicher Infrastruktur unterliegt keineswegs dem Äquivalenzprinzip. Das gilt nicht allein für defizitäre, sondern selbst für gewinnbringend arbeitende öffentliche Versorgungsunternehmen. Ihr Infrastrukturcharakter, die Ausrichtung auf eine für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich flächendeckende Versorgung, findet in der allgemeinen Versorgungspflicht ihren juristischen Niederschlag. Die öffentlichen Unternehmen sind gehalten, unabhängig von den jeweiligen besonderen Gesteuerungskosten jedem Bürger ihre Leistung für das gleiche Entgelt anzubieten. An die Stelle des Preises tritt die Gebühr.

5.

Die Warengesellschaft hat die Ware Arbeitskraft zur Basisware. Das System der Wertverwertung ist auf verwertungstaugliches Menschenmaterial angewiesen. Zu den staatlicherseits zu garantierenden allgemeinen Voraussetzungen der Warenpro-

duktion gehört dementsprechend auch die Verfügbarhaltung der Ware Arbeitskraft, und zwar in einer dem erreichten Produktivitätsniveau entsprechenden Qualität.

Partiell fällt diese Aufgabe mit den allgemeinen Infrastrukturleistungen des Staates zusammen. Auch amtierende, künftige und ehemalige Arbeitskraftverkäufer nutzen wie alle anderen Kategorien von Warenbesitzern das Bildungssystem, das Verkehrsnetz und Kultureinrichtungen oder die öffentliche Wasserversorgung. Im gleichen Maß wie der Arbeitskraftbesitzer zur vorherrschenden Kategorie von Warenbesitzer aufstieg, fiel der staatlichen Regulation aber noch eine zusätzliche, dem spezifischen Charakter dieser Ware geschuldete Funktion, zu. Sie obliegt dem Sozialstaat im engeren Sinn.

Der Besitzer der Ware Arbeitskraft erfreut sich doppelter Freiheit. Wie jedes andere Warensujet kann er frei über seine Ware verfügen und darf seine Haut selber zu Markt tragen. Gleichzeitig ist er von allen Reproduktionsmöglichkeiten befreit, die ihm diesen Gang ersparen könnten. Diese zweite Freiheit bedeutet nichts anderes als strukturellen Arbeitszwang.

Der strukturelle Arbeitszwang garantiert indes nicht immer auch die Möglichkeit vom Verkauf der eigenen Arbeitskraft leben zu können. Die Existenz als Arbeitskraftverkäufer ist nämlich mit gewissen biographischen Regelrisiken verbunden. Das Arbeitsvermögen kann zeitweise (Krankheit) oder auf Dauer (Alter, Erwerbsunfähigkeit) verloren gehen oder es findet sich vorübergehend kein Anwender. Der Sozialstaat und seine Zwangsversicherungen organisieren auf den Eintritt solcher Risiken abgestimmte alternative Revenuequellen und verschaffen damit den außer Kurs gesetzten Arbeitskraftbesitzern einen sekundären Ersatz-Zugang zur schönen Warenwelt. Die sozialstaatliche Redistribution hat den strukturellen Arbeitszwang nie prinzipiell außer Kraft gesetzt, im Gegenteil. Zum einen sind die sozialstaatlichen Leistungen in der Regel in Dauer und Umfang an vorab erzielte Lohneinkünfte gekoppelt; zum anderen rückt für alle offiziell Arbeitsfähigen an die Stelle tatsächlicher Arbeit allemal amtlich zu kontrollierende Arbeitsbereitschaft. Wo Arbeitsbereitschaft anfängt und wo sie aufhört, lässt freilich Interpretationsspielräume offen. Eine gewisse Lockerung des rigorosen Zwangs sich zu verkaufen, stellt die kollektive Absicherung gegen die Risiken der Arbeitskraftverkäufereexistenz allemal dar.

III. Der Pyrrhussieg des Marktes

1.

Der Siegeszug der Warengesellschaft im 20. Jahrhundert ging mit dem Vormarsch des Staates einher. Nur auf diesem Weg konnte der schreiende innere Widerspruch „ungesellschaftlicher Gesellschaftlichkeit“ überhaupt eine provisorische Lösung finden. Diese provisorische Lösung hatte allerdings einen Haken. Sie funktioniert nur solange problemlos, solange die Masse der sich in Waren vergegenständlichenden wertproduktiven Arbeit wächst. Spätestens mit der mikroelektronischen Revolution ist aber eine Auszehrung der Arbeitssubstanz in den industriellen Kernsektoren zu verzeichnen. Die Diskrepanz von weiter steigendem Aufwand für den Unterhalt des infrastrukturellen Rahmens und schrumpfendem wertproduktiven Kern führt zu einer strukturellen Finanzierungs Krise des aktiven Staates. Die Warengesellschaft droht von ihren Faux Frais erdrückt zu werden.

2.

Die Krise der Arbeitsgesellschaft macht aber nicht nur die Finanzierung der allgemeinen staatlichen Rahmenleistungen zum Problem. Mit ihr steht zugleich die bisherige Aufgabenbeschreibung staatlicher Tätigkeit zur Disposition. Das betrifft zunächst einmal vornehmlich den eigentlichen Sozialstaat.

Für das Zeitalter der fordistischen Massenarbeit lässt sich die Warengesellschaft als eine Gemeinschaft repressiver Integration beschreiben. Der Sozialstaat machte wie schon angedeutet in diesem Zusammenhang als ein Instrument der Verfügbarmachung und Flexibilisierung von Arbeitskraft Karriere. Sein Ausbau war eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die Individualisierung der Daseinsvorsorge und damit für die Zurückdrängung vorkapitalistischer auf familiäre Selbstversorgung gestützter Reproduktionsformen. Ohne diese Absicherung gegen die Regelrisiken einer Existenz als Arbeitskraftverkäufer hätten sich die Menschen schwerlich vorbehaltlos auf diese Daseinsform einlassen können.

Angesichts der Krise der Arbeitsgesellschaft fällt in wachsendem Umfang im kapitalistischen Sinne überflüssiges Menschenmaterial in den sozialstaatlichen Zuständigkeitsbereich. Mit der Veränderung seiner Klientel beginnen die Integrations- und die Zurichtungsfunktion des Sozial-

staats für das Wertverwertungssystem auseinander zutreten. Die sozialstaatliche Absicherung, bis dato Voraus- und Begleitkosten produktiver Vernutzung, wird zumindest partiell vom gesamtkapitalistischen Standpunkt zur notorischen „Fehlallokation von Ressourcen“. Aus der Perspektive der an die Stelle der Nationalökonomie tretenden Standortgemeinschaft ist es „Luxus“, stets knappe monetäre Mittel in Menschen zu investieren, bei denen schwerlich eine entsprechende Amortisation zu erwarten ist. Die „Großzügigkeit“, mit der bis dato freigesetzte Menschen unter der Prämisse, ihre Freisetzung sei vorübergehend Honoris Causa als potentielle Arbeits- und Warensubjekte mit durchgeschleppt wurden, verliert ihre materielle Grundlage. Der Sozialstaat mutiert zur Selektions- und Exklusionsinstanz, die zwischen verwertbarem und unverwertbarem Menschenmaterial zu scheiden hat. Für Letzteres bleibt, die warenausgesellschaftliche Logik bis zu ihrem bitteren Ende gedacht, nur die Existenz von Geldsubjekten ohne Geld.

3.

Die Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung überspielt in den 80er und 90er Jahre die basale Krise der Arbeitsgesellschaft. Der Vorgriff auf die Vernutzung künftiger Arbeit diente als Ersatztreibstoff für die erlahmende tatsächliche Arbeitsvernutzung und hielt die Wertverwertungsmaschine auf Touren. Stofflicher Träger der kapitalistischen Hoffnungen waren in erster Linie die neuen Kommunikationstechnologien. Eine neue zusätzliche gigantische Infrastruktur entstand in diesem Bereich, diesmal eine, die sich privatwirtschaftlich rechnen sollte.

Der New Economy Crash demonstrierte zweierlei. Erstens das Kunststück noch nicht geförderte Kohle zu verheizen trägt auf Dauer nicht. Zweitens dem Versuch, die erklecklichen Investitionen in die neue Kommunikationsinfrastruktur in verkäufliche Waren umzumünzen, sind Grenzen gesetzt.

Damit endete freilich nicht das Unternehmen Privatisierung der Infrastruktur; gefördert durch die prekäre Finanzlage der öffentlichen Hände verschiebt sich vielmehr nur dessen Schwerpunkt. An die Stelle der Kapitalisierung ungedeckter Zukunftserwartungen tritt zusehends ein anderes handfesteres Heizmaterial. Aus den schon existierenden staatlich organisierten allgemeinen Voraussetzungen gesellschaftlicher Reproduktion sollen ver-

stärkt profitable Waren werden. Sie wandern jetzt als Brennstoff in den Rachen der Profitmaschine und was partout keinen Heizwert freisetzen will, geht als Ballast über Bord.

4.

Der Kapitalismus unserer Tage ebnet die Differenz zwischen infrastruktureller Voraussetzung der Warenproduktion und Warenproduktion im eigentlichen Sinn ein. Ihr Vorbild hat diese Variante kapitalistischer Akkumulation in einer Szene aus Jules Vernes „In 80 Tagen um die Welt“. Auf dem Dampfschiff, das den Helden des Romans Phileas Fogg über den Atlantik zurück nach England bringen sollte, gingen vorzeitig die Kohlevorräte zur Neige. Daraufhin brachte er Kapitän und Besatzung dazu, das Schiff selber Stück um Stück verheizen, um die Kessel weiter unter Dampf zu halten.

Welche Folgen hat die Übernahme von Fogs Methode für die Warengesellschaft?

Die ganz grundsätzliche Antwort liegt nach dem bereits Entwickelten auf der Hand: Die Ware steht für das Paradox ungesellschaftlicher Gesellschaftlichkeit. Damit trotz dieses inneren Widerspruchs die allgemeinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Warengesellschaft sichergestellt werden können, musste

neben die Produktion von Waren eine sekundäre, staatlich organisierte Form von Reichtum treten. Wo Waren den staatlichen Beitrag zur Reichtumsproduktion substituieren, sind sie nicht mehr sicher gestellt. Der Vormarsch der Ware führt zu Entgesellschaftungsschüben. Die Exklusion der Unverwertbaren, die Demontage der sozialstaatlichen Sicherungssysteme, um die Daseinsvorsorge sukzessive dem Markt zu überantworten, erweist sich näher besehen als ein bloßes Teilmoment eines viel umfassenderen allgemeinen Entgesellschaftungsprozesses.

5.

Was Entgesellschaftung im Einzelnen heißt, ist davon abhängig, welche bis dato staatlich organisierte Funktion dem Markt jeweils überantwortet wird. Was die klassischen Infrastrukturunternehmen wie die Bahn, die Strom- und Wasserversorger, die Post usw. angeht stellt sich bei deren Infrastrukturgütern und -leistungen vor allem ein Problem. Reine Marktbeziehungen sind partikuläre Beziehungen getrennter Tauschpartner, keine universellen. Der Warenverkäufer tritt nie mit der Gesamtheit aller Warensubjekte in Beziehung, sondern nur in viele möglichst rentierliche Einzelbeziehungen. Das kollidiert mit dem flächendeckenden allge-

2000 Zeichen

Arbeitslose unter Wohnort-Arrest?

Arbeitslose dürfen bei Bezug einer Unterstützung nicht ins Ausland fahren. Darauf werden sie stets hingewiesen. Wenn sie die Landesgrenzen überschreiten wollen, müssen sie sich abmelden und für diese Zeit auf das Arbeitslosengeld verzichten. Das heißt, WienerInnen dürfen zwar ins 700 km entfernte Vorarlberg fahren, aber nicht ins 60 km entfernte Bratislava oder Sopron. Allerdings fragt sich, wie Arbeitslose überhaupt innerhalb der Landesgrenzen eine Woche zu Verwandten oder Freunden fahren können, wenn sie neuerdings ständig ihrer postalischen Stellenangebote vom AMS harren müssen, um die Frist der Rückmeldung beim AMS nicht zu versäumen, was geradewegs zur Sperre des Bezugs führen würde. (Bei den immer wieder unzuverlässigen und langsamen Postwegen wäre ein Nachsendeauftrag wohl auch nicht das Mittel der Wahl.) Und immer nur übers Wochenende ins

300 km entfernte Salzburg oder wohin auch immer zu fahren, ist wohl ein finanzieller Nonsense.

Bei einem ganztägigen AMS-Info-termin für Arbeitslosen-Neulinge in Niederösterreich wagte jemand die Frage nach dem Tagesausflug nach Bratislava zu stellen. Die Antwort war vage und ausweichend. Jedenfalls: einen Auslandskrankenschein gibt es vom AMS nicht. Wenn einen im Ausland ein Unfall oder eine Krankheit ereilt, müsse man die Kosten für ärztliche Hilfe oder gar für einen Krankenhausaufenthalt wohl selbst berappen.

Auch für die Arbeitssuche im Ausland gibt es kein Pardon. Auch nicht, wenn jemand für immer ins Ausland übersiedelt. Auch der muss sich für jeden Tag außerhalb der Landesgrenzen vom Bezug abmelden. Und einen Lebensgefährten im Ausland darf man demnach auch nicht haben. Und das in glorreichen Zeiten der Europäischen Union!

M. W.

abwärts

meinen Charakter von Infrastruktur. Privatisierung führt unweigerlich zur Rosinenpickerei und zur Konzentration des Angebots auf profitable Kernbereiche. Es liegt in der Falllinie betriebswirtschaftlicher Logik Angebote zu vernachlässigen und herunterzufahren, die sich nicht oder nur bedingt rechnen. Die Koppelung von Privatisierung der Infrastruktur und juristisch festgeschriebener Grundversorgungsauftrag führt im Zeichen der Kostenoptimierung zu einer beständigen Herunterdefinition dessen, was Grundversorgung bedeutet.

Für eine funktionierende Infrastruktur hat Versorgungssicherheit einen sehr hohen Wert. Versorgungssicherheit ist an Reserven gebunden. Die Verwertungsmaschine als Ganze ist darauf angewiesen, dass sich bei Strom, Wasser und Kommunikationsinfrastruktur die potentiellen Kapazitäten von den aktualisierten unterscheiden. Die Aufrechterhaltung einer solchen Differenz schlägt der betriebswirtschaftlichen Logik indes ins Gesicht. Die kennt nur das Gebot der Kostenminimierung pro Einzelware. Profitmaximierung impliziert die Minimierung des Unterschieds zwischen potentieller und aktueller Leistungsfähigkeit von Infrastruktursystemen. Das führt aber notwendig zu Flexibilitätsdefiziten bei Schwankungen und Störungen. Wo der Markt der Infrastruktur seine Logik aufzwingt, sind periodische Zusammenbrüche vorprogrammiert. Die Stromausfälle in den USA im letzten Sommer demonstrieren in dieser Hinsicht recht deutlich den gesellschaftlichen Preis betriebswirtschaftlicher Kostenminimierung bei Infrastrukturunternehmen.

6.

Auch die Nutzung öffentlicher Infrastrukturleistungen kostete und kostet in den meisten Fällen. Wer Wasser und Strom ins Haus bekommt oder Beförderungsleistungen in Anspruch nimmt, hat auch dann zu zahlen, wenn ein öffentliches Unternehmen diese Güter bereitstellt. Die Zahlungsverpflichtung nimmt die Form der Gebühr an. Fällt Infrastruktur dem Markt in die Hände, wechselt die mone-

täre Beziehungsform und an die Stelle der Gebühr tritt der Preis. Was ändert sich damit? Vor dem Versorgungsauftrag des öffentlichen Unternehmens sind alle gleich. Die Gebühr kennt keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Groß- und Kleinverbraucher und sie ist in der Regel über einen längeren Zeitraum konstant. Beim Preis sieht das anders aus. Er präferiert grundsätzlich den Großkunden und zeigt deutliche Schwankungen.

Privatisierung wurde und wird als Entbürokratisierung verkauft. Konkurrenz und Profitorientierung sollen angeblich dafür sorgen, dass sich auf dem Markt schließlich die kundenfreundlichsten Unternehmen mit dem bequemsten Service durchsetzen. Die Konkurrenz der Infrastrukturanbieter nach dem Ende der staatlichen Monopolbetriebe sorgt für ein heilloses Angebots- und Preiswarr. Das Einkaufen von Infrastrukturleistungen wird für den an einem günstigen Preis Interessierten zum Full-Time-Job. Die Ausgliederung von Aufgabenbereiche an Subunternehmen schafft ein Zuständigkeitswarr, das den umstandskrämerischen früheren Staatsbetrieb im Rückblick als Hort von Übersichtlichkeit und Effizienz erscheinen lässt und gelegentlich auch lebensgefährliche Risiken in sich birgt.

7.

Der Kommodifizierungsprozess erfasst auch die Krankenversicherungen und die Altersversorgung. Die Antwort auf die durch die Krise der Arbeitsgesellschaft ausgelöst finanzielle Misere dieser Sozialversicherungen heißt „Eigenverantwortung“, sprich Überantwortung an Marktkräfte. Was zieht diese Zuständigkeitsverlagerung nach sich? Zweierlei liegt auf der Hand. Erstens: wenn aus dem individuellen Arbeitseinkommen bestritten werden soll, was vorher aus Lohnnebenkosten und Steuern finanziert wurde, gehen die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft im Schnitt in die Höhe. Zweitens: viele sind außerstande diese Zusatzausgaben zu tätigen. Das Niveau der Daseinsvorsorge und der akkumulierten Versorgungsansprüche sinkt insbesondere bei der jünge-

ren Generation dramatisch. Nicht nur Arbeitslosigkeit, auch die beiden anderen Regelrisiken der Arbeitskraftverkäufer-Biographie Alter und Krankheit, reimen sich wieder auf Armut.

8.

Dass der Vormarsch des Marktes in den Bereich der Daseinsvorsorge immer mehr Menschen die Teilhabe erschwert, ist vor allem der sukzessiven Veränderung des Zugangsmodus geschuldet. Die Etablierung des Sozialstaats bedeutete die partielle Entkoppelung von individuellem Beitrag und Leistungsanspruch und gleichzeitig die Zusammenfassung von Menschen mit unterschiedlichen Versicherungsrisiken zu monetären Haftungsgemeinschaften. Der Vormarsch des Marktes beseitigt gerade diese beiden unter dem Schlagwort „Solidargemeinschaft“ gefeierten Qualitäten. Zum einen führt er unweigerlich zur Sortierung nach guten und schlechten Risiken. Menschen müssen die höhere biographische Wahrscheinlichkeit, eine Versicherungsleistung auch tatsächlich in Anspruch zu nehmen, mit höheren Beiträgen bezahlen. Zum anderen erlaubt es das Äquivalenzprinzip nicht, die gleichen Versicherungsleistungen bei unterschiedlichen Beiträgen zu gewähren. Die umlagefinanzierten Sozialversicherungen kamen vor allem den unteren Einkommenschichten zugute. Deren Bevorzugung fällt dem Vormarsch des Äquivalenzprinzips zum Opfer.

Am deutlichsten tritt dieser Systemwechsel beim Krankenversicherungswesen zu Tage. In Konkurrenz von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen stehen sich letztendlich zwei entgegengesetzte Interpretationen von Gleichheit gegenüber. Die gesetzlichen Krankenversicherungen vertreten das Prinzip gleichen Zugangs für alle Versicherten. Die „Eigenverantwortung“ im Gesundheitswesen verhilft dem heiligen Äquivalenzprinzip zur Geltung. Gesundheit mutiert von einem allgemein zugänglichen Gut zu einer Ware, die man sich auch leisten können muss. Der Trend, Menschen von Gesundheitsleistungen abzuschneiden mag einige Empörung auslösen; mit der zugrunde liegenden Logik kann man indes hierzulande sogar werben. Bis vor kurzem machte jedenfalls eine große deutsche Versicherung mit folgendem Slogan Reklame: „Einem Karies-Bakterium ist es egal, wie viel Sie verdienen. Einer Krankenzusatzversicherung der Allianz auch.“

Wo bitte geht's hier raus?

von Lorenz Glatz

*Dieser Text geht auf den ersten Teil meines Referats in einem Workshop auf der Oekonux-Konferenz „Reichtum durch Copyleft“ in Wien im Mai 2004 zurück. Er wurde aufgrund der Diskussion und weiterer Überlegung stark umgearbeitet.**

Produktivkraftentwicklung und Kultur

Im Marxismus gilt die aktive menschliche Gestaltung des „Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur“ als der zentrale Punkt für das Geschichtsverständnis. Stefan Meretz spricht darauf aufbauend von einem Dreiecksverhältnis Mensch–Mittel–Natur, aus dem die „Produktivkraftentwicklung der Arbeit“ entspringe (z.B. in „Produktivkraftentwicklung und Aufhebung“ in Streifzüge 2/2001; online: www.streifzuege.org/str_01-2_meretz_keimformhypothese.html). Dieses Verhältnis ist, was Ebene und Reichweite der Elemente angeht, ein wenig wie das Verhältnis Frucht–Stengel–Baum. Denn der Mensch kann sich, da er selbst das Ergebnis natürlicher Entwicklung ist, der Natur nicht entziehen. Er kann nur als Teil von ihr existieren, von ihrer lebendigen Fruchtbarkeit und ihren leblosen Stoffen leben. Die menschliche Gesellschaft folgt zwar einer spezifischen Eigenlogik, diese bleibt aber an natürliche Grundlagen gebunden. Umgekehrt (und hier beginne ich mein Baumexempel zu verlassen) stimmt das jedoch nicht: Natur ohne menschliche Gesellschaft ist gewissermaßen der Normalfall, und die Menschheit tut seit längerer Zeit einiges, um diesen wieder herzustellen.

Die Gestaltung des Stoffwechsels mit der Natur durch menschliche Aktivität, funktioniert auf Dauer nämlich nicht einfach als Produktion im Sinne einer aktiven Herstellung aus passiv gedachtem Stoff, sondern ein solcher Stoffwechsel braucht gelingende Kultur, im Wortsinn

also pfleglichen Umgang mit einer Mitwelt, der ein sorgsames Achten auf große Zusammenhänge und Abhängigkeiten nötig hat (und in diesem Sinn möchte ich das Wort im weiteren verwenden). Andernfalls wird diese Mitwelt im bloß produktiven Akt geschädigt, was über kurz oder lang auch auf eine Selbstschädigung der Gesellschaft hinausläuft.

Soll dieser Stoffwechsel haltbar, nachhaltig sein, muss beachtet werden, dass die Elemente des produktiven Dreiecks auf verschiedenen Ebenen liegen und auch ihre Reichweite höchst verschieden ist. Einseitiges Forcieren der Mittel z.B. oder des menschlichen Bedarfs führt sonst weniger zu einer Höherentwicklung der Produktivkraft als vielmehr zu einer Störung des Gesamtzusammenhangs.

Allerdings meint Kultur im allgemeinen Sprachgebrauch zu Recht keineswegs nur den Stoffwechsel mit der Natur, sondern ganz wesentlich auch den mehr oder weniger Befriedigung oder Not, Glück oder Leid stiftenden geselligen Umgang der Menschen untereinander, sowohl den spontanen wie auch seine institutionelle Seite. Nur insofern der Umgang des Menschen mit der Natur und mit anderen Menschen Gegenstand von Kommunikation und Reflexion sowie von bewussten Lernprozessen wurde, ist es sinnvoll den Menschen vom Tierreich zu scheiden und von Gesellschaft und Kultur zu sprechen. Stoffwechsel mit der umgebenden Natur ist Eigenheit allen Lebens, nur seine kulturelle Gestaltung ist menschlich, wobei die auf den sozialen Umgang bezogenen Tätigkeiten seit alters her den größeren Teil der Aktivitäten ausmachen und Produktion vor dem Kapitalismus stets in diese eingebettet war. Produktivkraftentwicklung als das Primäre und Bestimmende der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft anzusehen (wie es Stefan Meretz a.a.O. tut) projiziert m.E. die kapitalistische Fixierung auf Produktion auf die ganze Menschheitsgeschichte zurück. Ähnliches gilt dann auch für seine Sichtweise, in der die Vergesellschaftungsform als Formseite der Produktivkraftentwicklung als Inhaltsseite gegenübergestellt und von daher eine Betrachtung und Periodisierung der Geschichte als Fort-

schritt der Produktivkraftentwicklung versucht wird.

Auch Reichtum lässt sich wohl sinnvoller im Zusammenhang gelingender Kultur im angedeuteten Sinn verstehen, als wenn ihn eins primär im Zusammenhang gesellschaftlicher Produktivkraftentwicklung der Arbeit betrachtet. Auf jene Weise steht er eher im Kontext mit dem, worauf es m.E. ankommt, mit dem Projekt eines guten Lebens der Menschen in der Gesellschaft nämlich, das nun einmal auch für das Individuum am pfleglichen Umgang in der Gesellschaft und dieser mit der Natur hängt. Erst in der Kommunikation und Auseinandersetzung darüber, was ein gutes Leben ist, lassen sich, so meine ich, sinnvoll Kriterien von Reichtum und Armut, von gesellschaftlichem Fortschritt und gesellschaftlicher Fehlentwicklung gewinnen, Kriterien, denen auch die Produktivkraftentwicklung der Arbeit zu unterziehen ist.

Destruktivität des Kapitalismus

Auch im Umkreis der Diskussionen von Oekonux (auf www.oekonux.de) taucht öfters die seit der Aufklärung weit verbreitete Vorstellung auf, es sei letztlich die Produktivkraftentwicklung der Arbeit gewesen, die den Feudalismus überwunden und den Grund für die neue Vergesellschaftungsform des Kapitalismus gelegt habe. Um ein wenig Skepsis gegen dieses Konzept von Geschichte zu schüren, folgt hier meine kleine Skizze der Stellung des Kapitalismus in der Geschichte.

Er ist die Vergesellschaftungsform, in der die sozialen Beziehungen aus persönlichen zu sachlichen Verhältnissen gemacht, durch Kaufen und (sich)Verkaufen, durch Warenbeziehungen, kurz durch Wert bestimmt werden. Der Kapitalismus ist seiner Natur nach keineswegs eine Höherentwicklung von Kultur im genannten Sinne, sondern ist vielmehr in erster Linie eine spezifische Störung der Beziehungen unter den Menschen und zwischen den Menschen und der Natur.¹ Seine Entstehung ist nicht das Ergebnis eines historischen Fortschritts in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft und entsprechender Beziehungen zwischen den

* Der zweite Teil handelt von „Wissen und Wert“ und wird in der nächsten Nummer erscheinen.

Menschen. Sein Ursprung und sein Sieg entspringt vielmehr der Entwicklung einer großen Destruktivkraft: der Feuerwaffe. Er ist als Feuerwaffenökonomie der frühneuzeitlichen Militärmonarchien über die Welt gekommen, als gesellschaftliche Startrampe für die Kanonen- und Musketenrüstung und für den aufwändigen Schutz vor ihr.² Er setzt eine Gesetzmäßigkeit in Gang, die schließlich erstmals in der menschlichen Geschichte alle gesellschaftlichen Beziehungen³ und schließlich auch das Denken und Fühlen jedes einzelnen Menschen nach den Erfordernissen des Herzstücks dieser Gesellschaftsformation, nach der Ökonomie, auszurichten trachtet.

Die Aufblähung der Waren- und Geldwirtschaft aus einem eng umgrenzten Randphänomen zur herrschenden Form gesellschaftlicher Ordnung überhaupt war keineswegs eine Antwort auf eine vorgängige Entwicklung der Produktivkraft. Schon gar nicht war das ein Sieg aufsteigender bürgerlicher Kräfte im Klassenkampf gegen die Feudalherren. Die umfassende Realisierung des Spruchs, dass Geld die Welt regiert, war vielmehr selber das Werk durchlauchtigster Herren, die in Trial and Error erkannten, dass zum Zwecke kriegerischer Selbstbehauptung und Expansion nicht mehr die herkömmlichen Feudalbeziehungen, sondern die Geldform sozialer Verhältnisse am besten taugten. Mit dieser nämlich konnten am ehesten die Kräfte der Gesellschaft dafür mobilisiert werden, die Heere rund um die neuen Vernichtungstechnologien zu reorganisieren, zu vergrößern und auszurüsten, Ländereien zu erweitern und mit Fortifikation vor den gleichgearteten Absichten der Konkurrenten zu schützen.

Es ist ein Irrglaube, dass die Stadtmauern das Frühbett der neuen Gesellschaft schützten, vielmehr gehörte das Ende der städtischen Autonomie im fürstlichen Absolutismus zu den Voraussetzungen des Wucherns der neuen Giftpflanze.

Die Förderung der Produktion durch den „Principe“ hatte den Genuss von mehr und/oder besseren Produkten durch die hohen Herrschaften genauso wenig zum Ziel, wie es später im goldenen Zeitalter des Fordismus darum gehen sollte, das Leben der arbeitenden Massen zu verbessern. Von allem Anfang an sollte die später so genannte Wirtschaft durch Zentralisierung, ursprünglich oft (staatliche) Monopolisierung der Herstellung und durch die Ausrichtung auf wachsenden Verkauf und Kauf die Abschöpfung von Geld (steuern) aus Marktproduktion ermöglichen. Damit konnte am effektivsten die Sicherung und Ausdehnung der Herrschaft mittels militärischer Destruktions- und Widerstandsfähigkeit finanziert werden.

Diese Entstehung des Kapitalismus aus der Logik des Kanonen- und Festungsbaus hat die moderne Gesellschaft nachhaltig geprägt und tut es weiterhin. Allerdings wird dieser allgegenwärtige Urbestand modernen Lebens einerseits umfassend beschönigt und andererseits auch davon überdeckt, dass sich die ursprünglich auf den persönlichen Herrschaftszweck der Fürsten ausgerichtete Geldvermehrung zu einem umfassenden versachlichten Selbstzweck der kapitalistischen Wirtschaft ausgewachsen hat. So standen in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts vier Fünftel der gesamten naturwissenschaftlichen und technischen Forschung im Dienst des Militärs.⁴ Es ist nicht anzunehmen, dass das heute viel anders ist. Zivile Hi-Tech-Produktion ist fast regelmäßig ein Nebenprodukt von Kriegstechnologie. Auch Internet, Computer, Softwareentwicklung verdanken ihren Ursprung den Erfordernissen des Rüstungswettlaufs und auch heutzutage steht die militärisch inspirierte an der Spitze der Entwicklungsarbeit in der I&C-Branche. Die allerorts zu Tage tretende Destruktivität kapitalistischen Wirtschaftens trägt seit Anbeginn das Kainsmal eines Instruments, das der staatlichen Gewaltmaschine

die nötigen Mittel ihres Unterhalts verschaffen sollte.

Das „Untertan-Machen“ der Erde und anderer Menschen machte mit dem Kapitalismus einen qualitativen Sprung. Es entstand ein Projekt absoluter Herrschaft über Mensch und Natur, ein Projekt der Unterwerfung unter das sachliche Prinzip der schrankenlosen Geldvermehrung, ein Projekt der Neuschöpfung, mindestens aber der Umformung aller Potenzen von Mensch und Natur nach den Erfordernissen dieses Prinzips. Die Herrschaft der Verwertung über die Menschen sollte sich schließlich als Demokratie zur Selbstbeherrschung des Warenmenschen mausern und sich sozusagen in ihrer Selbstverwirklichung unsichtbar machen. Das Mord- und Selbstmord-Monster mit dem Namen „Beherrschung der Natur“ ist bis heute unter dieser Bezeichnung im allgemeinen positiv besetzt.

Kapitalismus als Gegenteil von Kultur

Insofern Kapitalismus von seinem Ursprung her mehr mit Tod als mit Leben zu tun hat, lässt sich in ihm leichter als Zombiefunktionieren denn als Mensch leben. Im Grunde existiert er in einer vom Leben abgespaltenen Sphäre. Das „Nichts“ der „Unendlichen Geschichte“, das sich immer weiter frisst, ist ein adäquates literarisches Bild für sein Verhältnis zum Leben.

Zugleich hat dieses dynamische Nichts, nämlich das Zwangsmotiv Geldbeschaffung für wachsende Teile der gesellschaftlichen Produktion und die Entleerung des Genusses zum Konsum als einer bloßen Vorbedingung des Geldmachens aus der mehrschichtigen und ungleichgewichtigen Beziehung zwischen Natur, Mittel und Mensch ein ebenes, planifiziertes produktives Dreieck gemacht. In dieser Beziehung sind nicht mehr Menschen (auch die herrschenden nicht) der Zweck und die Natur nicht mehr die alles tragende Vorbedingung und Mitwelt, sondern das Ganze und alle seine Teile, Mensch-Mittel-Natur, dienen der Vermehrung von Geld. Kultur hat in dieser Ordnung grundsätzlich keinen Platz. Dem neuen Zweck gegenüber scheinen die Dinge der konkreten Welt nur mehr insofern auf, als sie für diesen Zweck sachdienlich sind, für das heute allen bekannte und von allen gemeinhin akzeptierte Prinzip also, dass investiertes Geld mittels Arbeit vermehrt und wieder in Geld umgesetzt werden muss (und dass das Nicht-Gelingen dieses

Mehrjahresabo der Streifzüge

Inland: 1 Jahr: 12 Euro,
2 Jahre 22 Euro, 3 Jahre 30 Euro

Ausland: 1 Jahr 13 Euro,
2 Jahre: 24 Euro, 3 Jahre 33 Euro.

Prozesses eine gesellschaftliche Katastrophe ist).

Die Verlagerung des „bestimmenden Moments“ der Produktivkraftentwicklung (Meretz) von der Natur auf die Mittel, deren Entwicklung zu Maschinen nämlich, ist von dieser Abstraktion geprägt. Die Maschine wurde nicht entwickelt zur Erleichterung menschlicher Mühe und nicht zum adäquateren Umgang mit der Natur. Das Prinzip der Maschine ist der leere Komparativ, ein Schneller und ein Mehr, dessen Kriterium ein Abstraktum, ein Mehr an Geld, ist. Die Entwicklung der Maschinen als neues bestimmendes Moment der Produktivkraftentwicklung ist im historischen Kontext nicht die Voraussetzung, sondern die Folge der sachlichen Herrschaft der Verwertung.

Die Natur (und der in den Schatten natürlicher Abgeschiedenheit gedrängte Bereich der familiären Reproduktion) wird als passives Rohstofflager imaginiert, eventuell als Terra Incognita, die darauf wartet entdeckt und ausgebeutet zu werden, als ein bloßes Reservoir von Material zur Verwertung, und auch als ein Arbeitsgegenstand, gleich welcher Arbeit, wenn sie nur zu mehr Wert führt. Natur ist potentieller Absatz und wird als so unerschöpflich halluziniert, wie Geld unendlich aufgehäuft werden kann. Selbst da, wo die Grenzen des Malträtments handgreiflich werden, wo der Rohstoff zu versiegen droht, das Klima kippt, Wasser, Luft und Boden vergiftet, die ganze Region verstrahlt ist usw., hat Wirtschaft kein eigentliches Sensorium dafür. Grundsätzlich gilt: Umweltschutz schadet der Wirtschaft, wie es George Bush so treffend formuliert hat.

Das dritte Element, der Mensch, zählt einerseits als Bediener vor und hinter der Maschine, als ihr Arbeiter und Konstrukteur und als leibhaftiges Kapital, Planer und Vollstrecker ihres Zwecks. Und er zählt als Konsument auch des Produkts (nicht als Genießer).

Geplant, konstruiert, erzeugt wird, was mit Gewinn verkaufbar ist, und konsumiert wird, was eins kaufen kann – Marketing wird zur Prosumationswissenschaft sui generis, die vermitteln soll, dass Mensch das konsumieren will, was vom Maschinendenken her am besten zu produzieren ist, dessen Produktion am günstigsten verwertbar ist.

Das logische Ziel dieser Art von Produktivkraftentwicklung ist eine Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, in der soweit möglich die Aufgaben des Funktionärs, Planers, Konstrukteurs, Arbeiters und Konsumenten des Verwertungszu-

sammenhangs von jeder Ich-AG persönlich, selbstbeherrscht, sich selbst verwertend wahrgenommen wird; nicht mehr als Fluch (das wäre in Zeiten der Arbeitsplatzsicherung ein Sakrileg), auch nicht als Pflicht, sondern als Spaß bei der Entfaltung seines Waren-Ichs, nicht mehr aufgeteilt in Arbeitszeit und Freigang, sondern schlicht in dem, was dann noch Leben heißt. Ein solcher Mensch ist dann endlich reif, ein neues bestimmendes Element der Produktivkraftentwicklung zu werden. Als Herr seiner selbst und der Wüste, die sein Reichtum am Ende hinterlässt, der kein Maß mehr hat in dem, was einem Menschen gut tut, wovon er auch gar nichts mehr wüsste.

Denn die moderne Lebensweise ist in paradoxer Weise ideell und zunehmend auch real von der Bindung an menschliche Zwecke, vom Ziel eines guten Lebens abgelöst. Gesellschaftlicher Erfolg ist an die Vermehrung von Geld gebunden, wodurch auch immer diese Zustände gekommen ist. Der menschlichen Tätigkeit wird ihr Sinn danach bemessen, ob sie zu Geld führt oder wenigstens welches spart, was auch immer materiell ihr Ergebnis ist. Wenn dieser Zweck nicht erfüllbar ist,

bleibt der schönste und nützlichste Gegenstand unerzeugt, der beste Dienst ungeleistet. Nicht menschliches Bedürfnis gibt Takt und Inhalt des Wirtschaftens an, sondern das Muss, die Wirtschaft am Wachsen zu halten.

Was ich tue, ist für mich abgeschnitten von seiner Bedeutung, seiner Wichtigkeit oder Belanglosigkeit, von seinen freud- oder leidvollen Auswirkungen auf Gesellschaft und Natur. Ich überblicke nur, was ich unmittelbar vor Augen habe und bescheide mich damit, daran Spaß zu haben, weil mehr sowieso nicht drin ist – eine Situation, in der eine Aussage über die eigene Arbeit wie „Ich bin zufrieden. Sie ernährt ihren Mann und bringt niemand um, zumindest nicht direkt“ bereits ein Ausbund an übergreifender Reflexion ist.

Nicht mangelnde Mobilität hat daher die Welt automobil gemacht, nicht Mängel der Kommunikation haben den Handyboom erzeugt, sondern der Verwertungszwang hat Mensch und Welt so zu richten lassen, dass wir automobil und allorts telefonabel sein müssen – und wollen, ja spaßig finden, was wir müssen. Der Zwang diktiert Bedürfnis und Erfüllung, genau genommen das Surrogat eines

2000 Zeichen

abwärts

Ob wir da mithalten können – mit Glücksgöttinnen und Heiterkeitshormonen?

Eines der wesentlichsten Charakteristiken der Moderne: Der Tod wurde immer mehr verdrängt. Nun wird mittels Bio-Technologien – kostenintensiv – heftigst an der Unsterblichkeit des Menschen gebastelt. Könnte es sein, dass der Zwang zum Positiven Denken, der jegliche Reflexion, ja, jegliche Wahrnehmung der unweigerlichen leidvollen Begleiterscheinungen der herrschenden Verhältnisse fast völlig verhindert, damit in Zusammenhang steht? Traurig, melancholisch, depressiv zu sein, gilt als eines der größten Tabus – dies kritisiert sogar die etablierte Psychologie. – Auch Gustav Mahler glaubte, sich von seiner Depression heilen lassen zu müssen. Sigmund Freud, den er aufsuchte, warnte ihn: er werde danach kaum mehr solch wunderbaren Symphonien komponieren können; worauf Mahler von seinem Vorhaben Abstand nahm.

Heute hat es fast den Anschein, je perverser die Verhältnisse werden, desto ungebrochener die Affirmation. Im

letzten WeiberDiwan, der Rezensionszeitschrift der Wiener Buchhandlung Frauenzimmer, erfahren wir wie's geht: „Das Buch ‚Die magische Kunst, das Glück zu locken‘ erzählt von Ritualen mit Glücksgöttinnen und Heiterkeitshormone anregenden Kräutern, von Glückssymbolen, Träumen und Glückssorakelsprüchen, vom Glück in Märchen und Sagen und wie frau ihr eigenes Glücksnest bauen kann – damit das, was gerufen wird, auch kommt.“ Luisa Francia, seit 20 Jahren vorneweg in der Esoterik-Szene, Seminar-Anbieterin und Autorin unzähliger Bücher, weiß womit sie ihr Geldglück locken kann.

Was rät Frau Guru den Verhungernenden in aller Welt? Millionen von Kindern wissen auch ohne ihre Ratschläge Klebstoff zu schnüffeln.

PS: Wer dennoch glaubt, trauern zu müssen – am besten gegen Geld. Seit einigen Jahren, werden allorts Trauerseminare angeboten. Alle (Trauer) Rituale wurden abgeschafft, um das Trauern nun gegen Geld anzubieten – schön separiert vom Alltag, abgeschottert von der Masse der normierten Happy-Peppy.

M.W.

Bedürfnisses und ein Placebo statt Erfüllung, damit der Kreislauf weitergeht. Die Frage ist schon längst nicht mehr, was uns gut tut, sondern wie wir die Leere füllen, die sich nie füllen lässt. Denn ein Genug wäre das Ende des Systems. Ein Rückgang der Vergiftung ist eine Wirtschaftskatastrophe – wir müssen uns vergiften um mit dieser angeblichen Ordnung weitermachen zu können

Die fulminante Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus hat den Menschen instrumentalisiert. Auf die Spitze getrieben lässt sich sagen: Je länger der Kapitalismus herrscht, desto mehr gilt: Nicht die Warenproduktion ermöglicht und bereichert unser Leben, sondern wir geben unser Leben für sie hin. Wir leben nicht, wir werden gelebt. Depression und Aggression sind endemisch; zu lachen gibt es in Villenvierteln oft nicht mehr als in Elendsquartieren.

Auf der Suche nach dem Jenseits

Ansatzpunkte aus der Misere herauszukommen, sind m.E. in erster Linie nicht sich im Kapitalismus herausbildende, seiner Logik gegenläufige „Keimformen“ eines Neuen, sondern vielmehr das Leid, das diese Ordnung Menschen zufügt, der Ekel, den sie hervorruft, und das Denken und Handeln derer, die sich damit nicht abfinden wollen. Ohne die kapitalistische Zumutung an Mensch und Natur zu thematisieren und der System-Logik, die alles zu durchdringen sucht, nachzuspüren ist ein Ausbruch aus den herrschenden Zuständen nicht gut möglich.

Es kann ein Projekt wie Oekonux m.E.

in seiner Kapitalismuskritik nur stärken, wenn es den (für mich als Nicht-Informatiker nicht überschaubaren) deformierenden Auswirkungen der lebensfeindlichen, destruktiven Herkunft der eigenen technologischen Grundlagen nachgeht.

Auch die Erkenntnis der Kontamination des eigenen Denkens könnte durchaus weiterhelfen. Dieses ist ja keineswegs nur von freier Kooperation und Freigabe der Nutzung ihrer Produkte geprägt, sondern zeigt durchaus die übliche Kurzsichtigkeit kapitalistischer Wahrnehmung – so wenn z.B. „Freude am Autofahren“ als Grundlage eines relativ umfangreichen Projektversuchs (OSCAR) nicht einmal auf einer Oekonux-Konferenz eine Debatte über dessen Sinnhaftigkeit auslöste (was ich übrigens durchaus mir selber als Teilnehmer an dem damaligen Workshop anzukreiden habe).

Ein Überwinden des Verwertungssystems besteht grundsätzlich kaum darin, dass wir nur über schon Erreichtes hinausgehen, die Hüllen einer obsolet gewordenen Form abstreifen müssten. Die Methode besteht viel eher darin, dass eine von Anfang an grundsätzlich destruktive soziale Ordnung als solche erkannt, denunziert und darauf aufbauend destruiert wird. Dies freilich ist nicht zu haben, ohne dass an ihre Stelle Neues gesetzt wird, das aus dem Negativen und dem Leid daran im Experiment zu entwickeln ist.

Nach dieser Sicht gibt es für den Ausbruch aus dem Kapitalismus keinen privilegierten Ort. Ob Informatiker in den globalisierten Hi-Tech-Buden oder indische Bauern gegen die Enteignung gesellschaftlichen Wissens streiten, ob brasilianische Sem Terras Grund und Boden oder in Europa Städter leere Häuser besetzen, ob kenianische Frauen die verordneten Cash Crops roden um Nahrungsmittel anzubauen oder argentinische Arbeiter sich Fabriken aneignen und für angeschlossene Kooperativen produzieren – an jeder Stelle des Systems kann grundsätzlich ein Bruch mit der Verwertungslogik zumindest zu einem Haarriss im Monolithen führen.

Ob sich solche Risse vertiefen lassen, hängt jedoch nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt die Bemühungen zu kombinieren, ob gegenseitige Unterstützung möglich und wirklich wird, ob scheinbar weit auseinander liegende widerständige und aneignende Bestrebungen ihr Tun und ihren Diskurs mit anderen Aufbrüchen in einer generellen Auseinandersetzung um Kultur und gutes Leben gegen die Unverträglichkeiten der Warenwelt, ihrer Märkte und Staatsgewalten sinnvoll zusammenbringen können.

Anmerkungen

- 1 Eine Störung, die, so meine ich, in den historischen Rahmen des Auftretens und der Entwicklung von (pleonastisch: patriarchaler) Herrschaft gehört, den darzustellen m.E. eine essentielle Vertiefung und Fortführung des Themas wäre. Ich versündige mich mit dieser Betrachtungsweise natürlich am immer noch dominanten Gemeinplatz der historischen Höherentwicklung, in dem auch Herrschaft als Fortschritt interpretiert wird, und knüpfe an die seit der Antike bestehende Kritik des herrschaftlichen Eingriffs in Gesellschaft und Natur an. Dazu vielleicht ein andermal mehr.
- 2 Zu den historischen Details siehe die Studie von Geoffrey Parker: *Die militärische Revolution. Die Kriegskunst und der Aufstieg des Westens 1500–1800*, Frankfurt am Main/New York 1990 und zusammenfassend den Aufsatz von Robert Kurz, *Die Diktatur der abstrakten Zeit. Arbeit als Verhaltensstörung der Moderne*, in: *Feierabend. Elf Attacken gegen die Arbeit*, hgg. von Robert Kurz, Ernst Lohoff, Norbert Trenkle, Hamburg 1999; online: www.krisis.org/r-kurz_diktatur-abstrakter-zeit_feierabend.html
- 3 Siehe Karl Polanyi (*The Great Transformation*, Frankfurt am Main 1978), der m.E. jedoch diesen wesentlichen Zug des Kapitalismus als bloß liberales Konzept verkennt.
- 4 Die Zeitschrift *Wissenschaft und Frieden*, Bonn; online: www.uni-muenster.de/Pea-Con/wuf/Default.htm – bietet dafür eine große Menge Beispiele.



in der # 10 - sommer 2004:
zu wallerstein's utopistik
zu postone
soziale bewegungen in
österreich
diskriminierung von
migrantInnen am arbeits-
platz
perspektiven der regula-
tionstheorie u.v.a.m.

grundrisse
zeitschrift für linke theorie & debatte. wien. www.grundrisse.net

Was zu haben ist, ist zu haben

REICHTUM JENSEITS DER WARE

von Franz Schandl

Von besonderer Wichtigkeit sind uns zwei Dinge: erstens, dass Reichtum und Ware nicht als Synonyme gesehen werden, und zweitens, dass es gerade deswegen gilt einen positiven Begriff von „Reichtum“ zu entwickeln. Dazu einige Notizen.

Vorab ist einiges festzuhalten, was nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann: „Der Wert unterscheidet sich also grundsätzlich vom Reichtum, denn der Wert hängt nicht vom Überfluss, sondern von der Schwierigkeit oder Leichtigkeit der Produktion ab.“¹ David Ricardo weiter: „Durch die beständige Erhöhung der Leichtigkeit der Produktion wird der Wert verschiedener bereits früher produzierter Waren fortgesetzt vermindert, obwohl wir auf diesem Wege nicht nur den nationalen Reichtum, sondern auch die Kraft der zukünftigen Produktion erhöhen.“² „Reichtum kann also nicht an dem Quantum Arbeit, das er zu kaufen vermag, gemessen werden“³, (...) „denn der Reichtum hängt immer von der Menge der produzierten Güter ab, ohne Rücksicht auf die Leichtigkeit, mit der die für die Produktion verwendeten Mittel vielleicht beschafft worden sind.“⁴ „Reichtum ist nicht vom Wert abhängig. Jemand ist reich oder arm je nach der Fülle an notwendigen und angenehmen Dingen, über die er verfügen kann.“⁵

Marx stimmt dem zu, korrigiert aber den letzten Punkt: „In anderen Worten sagt Ricardo hier: Reichtum besteht nur aus Gebrauchswerten. Er verwandelt die bürgerliche Produktion in bloße Produktion für den Gebrauchswert, was eine sehr schöne Ansicht einer durch den Tauschwert beherrschten Produktionsweise ist. Die spezifische Form des bürgerlichen Reichtums betrachtet er als etwas nur Formelles, ihren Inhalt nicht Ergreifendes.“⁶ Tritt der Reichtum als Warensammlung auf, dann ist klar, dass die stoffliche Materialisierung der Produkte nicht um ihrer selbst willen erfolgte, sondern zum Zweck der Realisierung des Werts. Marx folgt Ricardo zwar in der Nichtidentifizierung

von Wert mit Reichtum, streitet aber gleichzeitig ab, dass der bürgerliche Reichtum unabhängig vom Tauschwert begriffen werden kann. Der bürgerliche Reichtum ist durch den Wert dimensioniert, ohne mit ihm gleich zu sein.

Reichtum meint nicht nur nicht die Ansammlung von Tauschwerten (=Werten), sondern meint auch nicht die Häufung von Gebrauchswerten. Der Begriff Gebrauchswert macht nur als kapitalistischer, also in der Totalität der Warengesellschaft einen Sinn, nur für diese charakterisiert er dessen stoffliche Seite. Im Kommunismus geht es schlicht und einfach um den Gebrauch von Gütern, nicht um Gebrauchswerte.

Gebrauchswert ist wie Wert bzw. Tauschwert eine Kategorie, die dem Universum der Warenform angehört, und nur in diesem einen entsprechenden Sinn ergibt. Nur die Ware hat Tauschwert UND Gebrauchswert. Verschwindet der Tauschwert, bleibt der Gebrauchswert nicht übrig, sondern geht mit jenem unter. Der Gebrauchswert ist ohne Wert nicht zu denken. In einer Gesellschaft der freien Individuen und der sozialisierten Produktion hätten die Güter weder Gebrauchswert noch Tauschwert. Produkte stünden als Produkte in Gebrauch, nicht als irgendein spezifischer Gebrauchswert. Die abstrakte Vergleichung entfele auch auf dieser Ebene zugunsten einer konkreten Nutzung.

Eine begriffliche Scheidung von Gebrauchswert und Gut erscheint uns also unbedingt notwendig, um hier Unterschiedliches auch auseinander halten zu können. Anders als in den kruden Bemerkungen zum Gebrauchswert im „Kapital“ schreibt Karl Marx in seinem letzten ökonomischen Werk, dass „der Gebrauchswert der Ware selbst einen historisch-spezifischen Charakter“⁷ besitzt.

Die Dimensionierung der Gebrauchswerte unter dem Diktat des Werts geht auch nicht folgenlos an deren Qualität vorbei. Im Kapitalismus gestalten sich viele Produkte und Dienstleistungen unter ihrem technisch machbaren Niveau.

Die Lebensdauer der Waren wird systematisch untergraben. Waren tendieren zur Serie und Serien tendieren so schnell es geht ersetzt zu werden. Nicht umbringbare Traktoren oder Glühbirnen, die fast ewig leuchten, dürfen nicht toleriert werden. Haltbarkeit ist ein Anschlag auf Wertbarkeit.⁸ Guy Debord spricht diesbezüglich in § 47 von „Die Gesellschaft des Spektakels“ vom „tendenziellen Fall des Gebrauchswertes“.⁹

Im Gebrauchswert und seinen Folgen (Krankheit, Müll, schlechte Qualität etc.) offenbart sich die Destruktivität des Kapitals als allseitige Bedrohung. Es gilt nicht nur die Wertform (=Tauschwert) zu überwinden, sondern auch viele Gebrauchswerte loszuwerden: die Wegwerfprodukte, die Butterberge, die Nuklearwaffen, die Atomkraftwerke. Die ökologische Frage ist ja alles andere als erledigt.

Viele, rein marktbedingte Funktionen sind überflüssig: Verkäuferinnen, Versicherungs- und Bankangestellte, Buchhaltungs- und Verrechnungswesen, Mahnabteilungen, Gerichtsvollzieher, Finanzbehörden, Steuerberatungen, Kalkulationsbüros, Geldtransporteure etc. Alles weg? Alles weg! Wahrscheinlich sind vier Fünftel der heutigen Arbeiten auf das monetäre Rechnungswesen bezogen und somit ersatzlos zu streichen.

Emanzipation ist ein Arbeitsentsorgungsprogramm ungeheuren Ausmaßes. Erst damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass bestimmten Tätigkeiten mehr Raum und mehr Zeit gegeben werden kann, z.B. das sich kümmern und Sorgen um andere, die Kindererziehung, die Altenbetreuung, Freundschaften, Sozialdienste, vor allem aber auch die Liebesbeziehungen und Körpererertüchtigungen. Und nicht zu vergessen, das Nichtstun.

Entfaltung und Genuss

Der einfachste Imperativ des Kommunismus ist wohl dieser: *Niemand soll unter die Räder kommen!* Was wegfallen soll, das ist die soziale Bedrohung. Die Angst vor der sozialen Degradation sollte der Vergangenheit angehören. Womit aus dem Imperativ freilich ein Indikativ geworden wäre. Etwas, das keiner besonderen Maßnahmen bedürfte, weil es ganz selbstverständlich ist.

„Der Reichtum besteht, stofflich betrachtet, nur in der Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse“¹⁰, schreibt Marx. Nur, das Bedürfnis ist ja nicht etwas, das sich quasinatürlich ergibt, das Bedürfnis folgt einer gesellschaftlichen Konstellation, die nicht

immer so bestehen muss. Mannigfaltigkeit heißt Entfaltungsmöglichkeit und Genussmöglichkeit. Deren Voraussetzungen sind vorhanden, deren Bedingungen allerdings nicht. Und das ist nicht nur materiell zu verstehen. Reichtum meint mehr als Güterfülle, ist aber ohne diese nicht denkbar. Wobei Güterfülle schon etwas anderes vorstellt als volle Geschäfte, die ihre Waren feilbieten. Güterfülle bedeutet auch Zugänglichkeit der Produkte und Leistungen, nicht bloß deren Vorhandensein. Ersteres ist ohne Letzteres zu haben, Letzteres ohne Ersteres nicht.

Was bedeutet Reisefreiheit, wenn eins es sich nicht leisten kann, was Gedankenfreiheit, wenn eins nicht denken kann? Es ist ja heute geradezu charakteristisch und unhinterfragt, dass aus dem Vorhandensein nicht unbedingt auf Gebrauch oder Konsum geschlossen werden kann. Dasein unter den Kriterien des Werts meint nicht Verfügbarsein, sondern Kaufbarsein. Das bürgerliche Universum stellt also eine Bedingung an die gesellschaftlichen Mitglieder, die eigentlich nicht selbstverständlich ist, auch wenn sie so erscheint. Heute gilt: Was zu haben ist, ist zu kaufen. Gelten aber soll: *Was zu haben ist, ist zu haben.*

Lebensmittel müssen da sein, produziert werden, konsumiert werden, kurzum wirken. Aber müssen sie gehandelt werden? Während die ersten Bestimmungen als Daseinsbestimmungen definiert werden können, ist letztere Bestimmung lediglich eine *Formbestimmung*, eine, die aber heute wichtiger ist als die Erstgenannten, ja diese völlig unter ihre Fittiche genommen hat und sich als unumstößlich verkündet.

Unser derzeitiges Leben ist ein von unseren Machenschaften besetztes Terrain. Die zentrale Frage ist die (letztlich individuelle) nach dem *guten Leben*, nicht die nach dem nackten Leben, wo es nur darum geht, den existenziellen Bestand zu sichern, um zu überleben. Das gute Leben ist jenseits materieller Absicherung nicht machbar, aber es ist auch nicht mit dieser (oder gar einem normierten Lebensstandard) zu verwechseln. Wir haben gut zu essen, wir haben gut zu trinken, wir haben gut zu lesen, wir können verreisen, wir sind von jeder Arbeit befreit und doch eifrig, stehen nicht unter Stress, weil wir uns die Anstrengungen, die wir wollen, selber aussuchen. Man könnte und sollte das weiterspinnen. In etwa: Es gibt erstmals Autos für alle, aber viel weniger Autos und vor allem keinen Automobilismus mehr. Der Individualverkehr läuft besser und zügiger (keine Staus), weil es viel weniger

Straßenverkehr gibt. Die Bedingungen des guten Lebens wollen diskutiert sein.

Im Reich der Sinne

Geistige Armut hat nicht vorrangig mit Wissen zu tun, sie bedeutet vor allem Indifferenz und Ignoranz. Reich sein hieße, differenzieren zu können. Auch und gerade die *Sinne* besser auszuprägen und einzusetzen, was Gehör, Blick, Geschmack, Gefühl betrifft. Genauer, feinsinniger, kenntnisreicher, reflektierter. Denn auch unsere Sinne sind nicht natürlich gegeben, sondern sozial geformt. Ihre biologische Beschaffenheit ist nicht ihre Bestimmung. Was als sinnliche Gewissheit daherkommt, ist meistens nichts als die programmierte Übereinstimmung mit der vorgefundenen Welt.

Wir müssen etwa lernen, gutes Bier vom schlechten Gesöff zu unterscheiden, gutes Essen vom gemeinen Fraß, ein Kunstwerk vom üblen Plagiat, ein niveauvolles Musikstück von einer obligaten Vertonung. Um etwa bestimmte Texte bewältigen zu können, ist mehr notwendig als lesen zu können, dies ist aber erreichbar, weil erlernbar. Und wer es nicht kann, dem entgeht gar einiges. Reichtum heißt aber, dass einem a priori wenig entgehen soll. Dass man nicht ausgeschlossen ist, sondern Möglichkeiten hat. Dazu brauchen wir alles andere als eine Entsinnlichung, sondern vielmehr eine Ausdifferenzierung unserer Sinne. Ja, eine Emanzipation der Sinne, einen transvolutionären Schub gegen die Abstumpfung. Mehr im Sinn zu haben, entsorgt auch die sinnstörende Frage nach einem bestimmten Sinn des Lebens. Es kann erstmals einfach es selber sein.

Es gilt eben nicht aufzugehen in der sinnlichen Gewissheit, sondern wahrzunehmen, was läuft, und es auch begreifen und benennen zu können. Reichtum bedeutet die Gewissheit nicht als Selbstverständlichkeit durchgehen zu lassen, sondern quer zu bürsten. Vor allem heißt das auch, mehr an Sozialtechniken erlernen zu dürfen. Ich habe es immer als großen Mangel empfunden, keine Partituren lesen und auch kein Musikinstrument ordentlich spielen zu können. In Musikstücken nicht erkennen zu können, was erkennbar wäre, wurmt mich. Ähnliches gilt für meine Bildbetrachtung.

Hören meint mehr als zuhören, sehen meint mehr als zusehen. Wichtig ist die allgegenwärtige Zurückdrängung von Ignoranz, Indifferenz und vor allem Affirmation oder wie ihre Ideologen sie nennen: positivem Denken. Erkenntnis- und Kri-

tikfähigkeit meint Reichtum, das sind die Produktivkräfte sondergleichen.

Unsere geistige Potenz ist nur zu einem Bruchteil entwickelt und dieser Teil ist wiederum in vieler Hinsicht vom Geld Beschaffen, vom In-Wert-Setzen geprägt. Wir sind geschult im *Fetischdienst*, unser Leben besteht im Ministrieren, unser Alltag ist der allmächtige Meister unserer Selbstknechtung. Kapitalismus bedeutet eine Zurichtung und Verstümmelung menschlicher Möglichkeiten. Verkaufen, kaufen, Rechtsgeschäfte eingehen, kalkulieren, spekulieren etc.; dazu sind wir *abgerichtet*. Unsere Sinne werden missbraucht zum Götzendienst an Ware und Geld. Wirklicher Reichtum hingegen bedeutet, vielem auf die Spur zu kommen, was wir, die Geldspurer, heute gar nicht spüren können. Frei nach Brecht: Reichtum ist eine einfache Sache, die einfach zu machen wäre, wäre heute nicht alles so kompliziert. Das Herstellen, Weiterreichen und Bekommen von Gütern (materiellen wie ideellen) ist in *formloser Form* zu bewerkstelligen. Das heißt, das Hin und Her hat keine äußeren Zweckbestimmungen, schon gar nicht welche in Wert und Tausch. „Wir machen keine Waren, wir machen Geschenke“, sagte derselbe Dichter. Das Geben und Nehmen ist von jeder fetischistischen Halluzination von Äquivalenten von Arbeitsquanta zu befreien. Vielmehr geht es um ein gemeinsames *Schöpfen*, ein Begriff der beides, geben und nehmen, in einem zusammenfasst. Bruch mit dem Fetischismus als bestimmender Größe des Lebens bedeutet, dass die Selbstschöpfer die Götzendiener als menschlichen Grundtypus ablösen.

Anmerkungen

- 1 David Ricardo, *Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung* (1821), Marburg 1994, S. 231.
- 2 Ebenda, S. 232.
- 3 Ebenda, S. 235.
- 4 Ebenda, S. 236.
- 5 Ebenda, S. 233.
- 6 Karl Marx, *Theorien über den Mehrwert. Dritter Teil*, MEW, Bd. 26.3, S. 49.
- 7 Karl Marx, [Randglossen zu Adolph Wagners „Lehrbuch der politischen Ökonomie“] (1879/1880), MEW, Bd. 19, S. 370.
- 8 Vgl. Franz Schandl, *Dimensionen des Mülls, Krisis* 18 (1996), S. 152.
- 9 Guy Debord, *Die Gesellschaft des Spektakels* (1967), Berlin 1996, S. 38.
- 10 Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* (1857/58), MEW, Bd. 42, S. 433.

Geistiges Eigentum

RECHTSFETISCH SUI GENERIS

Immaterial **World**

von Stefan Meretz

Willkommen zum Streifzug durch die Welt der immaterialen Produktion! In den nächsten Ausgaben dieses Magazins werde ich meine Sicht auf Entwicklungen und Theorien im weiten Feld der immaterialen Produktion vorstellen. Alle Kolumnen erscheinen parallel online bei www.opentheory.org/immaterial_world und können dort diskutiert werden.

Thema der ersten Kolumne ist ein „Unding“ im doppelten Sinn: das geistige Eigentum (engl. Intellectual Property).

Der Begriff „Geistiges Eigentum“ bezeichnet staatlich verliehene Monopolrechte zur Verwertung nichtstofflicher Güter. JuristInnen sprechen vom Immaterialgüterrecht bzw. im englischen Sprachraum auch vom Exklusivrecht – was der Sache am nächsten kommt.

Unter dem Begriff „Geistiges Eigentum“ werden sehr unterschiedliche Rechtsgüter gefasst: So beziehen sich Patente – ursprünglich ausschließlich – auf Erfindungen im Sinne stofflich-technischer Realisationen, während Urheberrecht, Markenrecht etc. den nicht-stofflichen Bereich der Ideen, Literatur, Software etc. abdecken. Auf Seiten des Patents kommt es jedoch zunehmend zu „Übergriffen“ auf den Bereich der „Ideen“ und bloßen „Entdeckungen“: So sollen aktuell Algorithmen, euphemistisch als „computer-implementierte Erfindungen“ bezeichnet, oder Gen-Sequenzen, die man analog wohl „natur-implementierte Erfindungen“ nennen müsste, auch in der EU patentierbar gemacht werden.

Mit dem Begriff „Geistiges Eigentum“ wird das körperliche Sachenrecht auf „Nicht-Körper“ übertragen. „Geistiges Eigentum“ und abgeleitete Begriffe wie „Softwarepiraterie“, „Raubkopie“ etc. sind Kampfbegriffe zur Durchsetzung der Verwertungslogik. Sie werden daher von KritikerInnen auch als „immaterielle Monopolrechte“ bezeichnet.

Das körperliche Eigentum moderner Fassung ist ohne die bürgerliche Rechtsform nicht vorstellbar, doch es entspringt ihr nicht. Das nichtstoffliche Eigentum hingegen ist einzig rechtsförmig konstituiert. Zum Verständnis ist es sinnvoll, sich den Unterschied von Eigentum und Besitz klar zu machen. Besitz ist die rechtsförmige Abstraktion des realen Gebrauchs

einer Sache. Eigentum hingegen ist die rechtsförmige Abstraktion im Verhältnis zum Besitz und sozusagen eine Abstraktion zweiter Ordnung im Verhältnis zur Sache. Während Besitz also begrifflich eine soziale Praxis fasst – der Mieter ist Besitzer des Mietobjekts, der Dieb ist Besitzer des geklauten Guts – meint Eigentum die rechtliche Verfügung über die praktische Verfügung über die Sache: Vermieter des Objekts, Eigentümer des Diebesguts. In Praxi wird zwischen Eigentum und Besitz jedoch kaum unterschieden, weil Eigentum und Besitz im Umgang mit stofflichen Gütern oft zusammenfällt. Dort ist klar: Beim Warenaustausch findet ein Eigentums- und Besitzwechsel statt.

Anders bei nichtstofflichen Gütern, die Waren sind. Hier kommen wichtige Unterschiede zu stofflichen Gütern zum Tragen. Nichtstoffliche Güter verbrauchen sich durch Nutzung oder Weitergabe („Kopie“) nicht. Ökonomisch kommt es zu keinem technischen, sondern nur zu einem „moralischen“ Verschleiß („Veralten des Guts“). Die Natur nichtstofflicher Güter ist von vornherein gesellschaftlich. Nichtstoffliche Güter existieren nur durch Weitergabe, Kommunikation, Nutzung. Jeder kann sie besitzen und da es keine physischen Schranken gibt, kann niemand vom Besitz ausgeschlossen werden, sie sind genuin unknapp. Eigentum als Rechtsform hat also im Unterschied zum körperlichen Ding hier keine „naturale Grundlage“, sondern muss erst juristisch konstruiert werden – ein Rechtsfetisch sui generis.

Das Eigentumsregime nichtstofflicher Güter existiert ausschließlich rechtsförmig. Es dient dazu, künstlich Knappheit zu erzeugen. So fußt die Warenform nichtstofflicher Güter auf der strikten Trennung von Eigentum und Besitz. Damit findet beim Kauf und Verkauf kein Eigentums-, sondern nur ein Besitzwechsel statt, wobei Besitz hier nur die Form einer „Erlaubnis“ (Lizenz) hat, das nichtstoffliche Gut zu nutzen.

Der Fetischcharakter des „Geistigen Eigentums“ ist besonders wirkmächtig. Er beruht auf der Vorstellung eines genialen individuellen Erfinders, der gleichsam aus dem isolierten Privathirn etwas Neues schafft. Diese Vorstellung entspricht der

bürgerlichen Denkform des isolierten Individuums, das erst auf dem Markt mit anderen in Austausch tritt. Diese Denkform ist dabei keine bloße Fiktion, sondern realabstraktive Verallgemeinerung des isolierten Einzelnen in der warenproduzierenden Gesellschaft. In der immaterialen Produktion ist diese Vorstellung jedoch praktisch hinfällig geworden. Kreative Leistungen sind immer Resultat eines sozialen Prozesses, auch wenn es Einzelne geben wird und muss, die den Prozess kondensieren und in ein „Resultat“ transformieren.

Zusammen mit der Denkfigur des genialen Einzelnen wird auch die Wirkmächtigkeit des „Geistigen Eigentums“ brüchig. Genial ist nicht mehr, wer ein gutes Ergebnis produziert, sondern wer Prozesse schafft und befördert, die gute Ergebnisse produzieren. Herausragende Beispiele sind die freie Enzyklopädie Wikipedia und die Freie Software-Bewegung. Individuelle Personen spielen hier eine herausragende Rolle, jedoch nicht als Untergeordnete unter einem abstrakten Sachzwangprozess, als Subjekte im Wortsinne, sondern als Menschen, die genau „ihr Ding“ machen. Ihre Entfaltung ist Voraussetzung für die Entfaltung der anderen und umgekehrt. Der Begriff des „Geistigen Eigentums“ wirkt hier nur lachhaft, aber auch als ernst zu nehmender Angriff zur Einfriedung der freien Produktion.

Weil die nichtstoffliche Ware nur rechtsförmig existiert, ist sie leicht angreifbar – besonders, wenn sie digitaler Form ist. Mit der Loslösung des Inhalts von seinem Träger und in ihrer Existenzweise als Kopie, die identisch mit dem Original ist, kann sie überall „abgegriffen“ werden. Folglich müssen die Verwerter an drei Fronten aufrüsten: der *Ideologie*, die Grundlage des Begriffs „Geistiges Eigentum“ ist und eine Kopie „Raub“ nennt, der *Rechtsform* durch globale Vereinheitlichung des Copyright-Regimes im Rahmen des TRIPS-Abkommens und der *Technik* durch Rückbindung der Inhaltskontrolle an eine stoffliche Form, nämlich der Hardware, dem sog. Digital Rights Management.

Ziel muss es sein, den Begriff „Geistiges Eigentum“ zu destruieren und entwertete Freiräume zu verteidigen.

Copyleft ante portas?

ANTIKRITISCHES ZUM URHEBERRECHT UND KRITISCHES ZU STEFAN MERETZ (IN STREIFZÜGE 30)

von Alfred Noll

Ach wie schön: Endlich haben wir eine Insel gefunden, um uns vom schnöden Verwertungszusammenhang des kapitalistischen Marktes zu lösen, der „Eigenarbeit“ ein Loblied in emanzipatorischer Tonart zu singen und die „Schaffung stofflichen Reichtums jenseits der Wertform“ zu antizipieren. Stefan Meretz setzt auf „Copyleft“-Konzept um „Reichtum zu produzieren, der keine Wertform annehmen muss“, und sieht darin ein Türchen aufgestoßen zu einer „neuen Welt“. – Wo lebt der Mann?

1.

„Copyleft“ setzt auf bürgerliche Recht nicht weniger als „Copyright“. Das durch Copyleft eingeräumte Werknutzungsrecht ist ein limitiertes, also an Bedingungen geknüpftes Nutzungsrecht. Die Einhaltung dieser Bedingung (freie Verwendung unter Angabe von Autor/in, Titel und Quelle des Originals sowie Erhalt des Copylefts) setzt das Vorliegen eines urheberrechtsfähigen Werkes voraus, basiert also prinzipiell auf dem Ausschlussrecht der Autorin bzw. des Autors an seinem Werk – und unterscheidet sich von daher in keiner Weise vom „Konzept“ des Urheberrechts. Einziger Unterschied: Wer Copyleft sagt, will bei entsprechender „Verwertung“ seiner Leistung (Arbeit) kein Geld. Die „Werkschaffenden“ (Urheber) müssen ihre Subsistenz zwar weiterhin wohl irgendwie gewährleisten, aber sie sollen

dies gefälligst tun, ohne dabei vom typischen Produkt ihres Schaffens, nämlich dem „Werk“ als marktfähigem Gut, einen vermögenswerten Vorteil zu ziehen. Das freut Journalistinnen und Übersetzerinnen, Schriftsteller und Regisseure, Komponisten und Kameraleute, Drehbuchautoren und Malerinnen – und alle anderen Künstler und Interpreten! Noch mehr aber freut es die kommerziellen Werknutzer, die sich diese Leistungen aneignen und daran verdienen (werden), ohne jede Verpflichtung einer Beteiligung der unmittelbaren Produzenten.

2.

Damit liegt das Konzept von Copyleft ganz gut im Trend: Es ist ohnedies die Realität des kapitalistischen Verwertungszusammenhangs, dass sich die Protagonisten dieses Spektakels in immer größerem Ausmaß die Produkte menschlicher Arbeit unentgeltlich aneignen, um sie dann (allenfalls in modifizierter, d.h. marktauglicher Form) entgeltlich zu verwerten. Der immerhin mögliche Einwand, das Copyleft müsste doch erhalten bleiben, scheidet an der schnöden Realität: Was werden denn die Copyleft-Apostel machen, wenn dieser Auflage nicht entsprochen wird? Werden sie (so wie bisher auch) den Gang zum bürgerlichen Gericht antreten, dort den Werkcharakter ihrer „Schöpfung“ nachweisen und auf Unterlassung der jeweiligen Werknutzung klagen – gestützt auf Urheberrecht? Oder werden sie es hinnehmen, weil das Urheberrecht ohnedies abgeschafft gehört?

3.

Die unschwer beschreibbare „Entindividualisierung und Vergesellschaftung des Urheberrechts“ (vgl. bloß meine Notiz: Die Vergesellschaftung des Urheberrechts. Anfang und Ende des geistigen Eigentums, in: *Wespennest*, Nr. 108/1997, S. 60–65) vollzieht sich ohnedies. Copyleft gibt dieser quasi naturwüchsigen Tendenz bereitwilligst nach – und beharrt gleichzeitig auf der Angabe von Autor/in und Quelle (und also weiterhin auf Realisie-

rung der Urheberpersönlichkeitsrechte). Richtig: Das Urheberrecht ist – politökonomisch gedacht – nichts anderes als die Einräumung eines Eigentumsrechts für den Produzenten, das andere von der Nutzung „seines Gutes“ ausschließen soll. Darin liegt das Wesen des Eigentumsrechts. Die Copyleft-Bewegung hat das historische Recht auf ihrer Seite, wenn sie die Abschaffung des Eigentums anstrebt – aber warum sollen wir ausgerechnet bei denen anfangen, für die das Urheberrecht als rudimentäre Form eines Arbeits(schutz)rechts zumindest einen gewissen Schutz bietet? Warum steht nicht die Enteignung (oder zumindest Demokratisierung) der Verwertungsmonopole und der großen Verwertungsgesellschaften auf dem Programm? – Wer heute ohne entsprechende gesellschaftliche Konzeption den Kampf gegen „das“ Urheberrecht auf seine Fahnen kritzelt, der leistet einen (durchaus: zyklischen!) Beitrag zum weiteren Abbau rudimentärer Schutzrechte der unmittelbaren Produzenten.

4.

Was an den Bemerkungen von Stefan Meretz so verstört, ist der so ganz und gar nicht thematisierte Widerspruch zwischen der demagogisch nach außen gekehrten Abschiednahme vom konventionellen Urheberrecht und der gleichzeitigen Anbindung an das Urheberrecht. „Copyleft nützt die exklusive Verfügungsmöglichkeiten und verfügt: Alle sollen über das Gut verfügen und niemand soll ausgeschlossen werden“, heißt es. Mit anderen Worten: Gerade das überkommene Ausschließungsrecht des Urhebers soll zementiert werden. Keine Rede davon, dass die längst fällige Neusystematisierung des Urheberrechts in Angriff genommen würde (vgl. für einen Problemaufriss etwa Joost Smiers, Geistiges Eigentum ist Diebstahl. Hat das Urheberrecht ausgedient?, in: *Le Monde diplomatique*, September 2001, S. 11). Es ist nicht wahr, dass es – wie Meretz schreibt – undenkbar schien, „dass das wohlformierte Warensjekt jemals auf die Idee käme, einfach seine Leistungen zu verschenken“. Ganz im Gegenteil: Die ge-

Wer kennt

eine Buchhandlung, wo sich die *Streifzüge* platzieren ließen?

Wer traut sich

dort zu fragen, ob sie *Streifzüge* zum Verkauf übernehmen?

Wer ist bereit

dort *Streifzüge* hinzubringen/abzurechnen

Wer meldet sich

bei uns:
redaktion@streifzuege.org ?

samte „kreative Produktion“ im Kapitalismus basiert darauf, dass geistige Leistungen „verschenkt“ werden (also weit unter dem potentiellen Tauschwert zur Nutzung eingeräumt werden). Die Urheberinnen und Urheber verschenken schon jetzt – und bis auf weiteres. Sie sind bei der „Vermarktung“ ihrer Leistungen auf die Tätigkeit kommerzieller Marktmittler oder auf das Tätigwerden einschlägiger Verwertungsgesellschaften angewiesen. Das Copyleft-Konzept ist nichts anderes als die emanzipatorisch bemäntelte Perpetuierung eines gesellschaftlichen Missstandes; dem Copyleft-Konzept wird der Heiligenschein eines „wahrhaft genialen Hacks“ aufgesetzt, ohne dass sich der theoretisierende Ideologe groß ums Brot der Urheberinnen und Urheber kümmern müsste. Gesellschaftspolitisch wird hier die Schwächung einer Rechtsposition betrieben – nicht deswegen, weil das Urheberrecht und seine Ausschließungsrechte kritisiert würden (dazu gibt es reichlich Anlass), sondern weil der isolierte und von jeder politisch-sozialen Kraftentwicklung abgekoppelte Konzeptvorschlag just jene Positionen schädigt, die es den unmittelbaren Produzenten erlaubt, punktuell Gegenkraft und Widerstand zu entwickeln.

5.

Es ist ein systematischer Irrtum zu glauben, dass der kapitalistische Gesellschaftszusammenhang „individuelle Selbstentfaltung unter wertfreien Bedingungen“ zuließe. Prinzipiell befestigt jede individuelle Handlung (abgesehen vom Selbstmord) die kapitalistische Produktionsweise. Dass aber der kollektive Verzicht der unmittelbaren Produzenten auf ihre (Urheber-)Rechte zu einer sozialen Bewegung sich auswachsen könnte – das ist nicht nur nicht garantiert, sondern ganz und gar unwahrscheinlich. „Stofflicher Reichtum jenseits der Wertform“ ist unter der globalen Herrschaft des Wertgesetzes nicht zu haben. Jede Einräumung von Nutzungsrechten (oder auch nur: deren bloße „Aneignung“) und jeder Transfer von „eigentümlichen geistigen Schöpfungen“ (§ 1 UrhG) unterliegt den Gesetzen des kapitalistischen Verwertungsprozesses – diese aushebeln zu wollen, ohne die gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse insgesamt zu ändern, ist bestenfalls illusorisch, eher aber: eine prozyklische Kampfanleitung zur weiteren gesellschaftlichen Abwertung „lebendiger Arbeit“.

6.

Der von Stefan Meretz notierte Widerspruch zwischen „Allgemeinem Wissen vs. Warenform“ ist nicht umstandslos geeignet, „die Entwicklung“ voranzutreiben. Es ist eine über den bloßen Verdacht nicht weit hinausweisende bloße Behauptung, dass die „Entwertung“ von Originalen schon zu einer sozial und politisch relevanten Verallgemeinerung des darin vergegenständlichten Wissens führen würde. Woher die Zuversicht? Die Dialektik zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung im Kapitalismus lässt sich nicht dadurch aufheben, dass man theoretisierend von den tatsächlichen Verwertungsbedingungen absieht. In vielerlei Fällen ist es (ob wir's kritisieren oder nicht) gerade die Zurichtung des Wissens zur marktgängigen Ware, die die Verbreitung des Wissens unter gegebenen Bedingungen überhaupt erst ermöglicht. Das nimmt der global veranstalteten Enteignung von Wissen, Können, Kultur und Kreativität nichts von ihrer Anrüchigkeit, weist aber darauf hin, dass in vielen Fällen „Reichtum“ erst als solcher erkannt und sozial verträglich genutzt werden kann, wenn er in einem entsprechenden „Transaktionsraum“ positioniert wird. Oder anders: Gibt es nicht einige gute Gründe, etwa die *Streifzüge* zu kaufen, auch wenn man dafür nur Papier erhält (weil der Content ja ohnedies frei und über www.streifzuege.org herunterladbar ist)?

7.

Nota bene: Wenn sich denn die Copyleft-Bewegung schon vom Ausschließungsrecht der Urheber/innen verabschieden will, dann sollte sie die Angst vor der eigenen Courage überwinden und theoretische Stringenz mit politischer Entschlossenheit paaren: Wo soziales, politisches und/oder kulturell bedeutsames Wissen von wirtschaftlich Mächtigen monopolisiert und den Nutzer/innen dadurch vorenthalten wird, sollte der Ruf nach „eigenwilliger Aneignung“ (vulgo: Diebstahl!) dieses Wissens erschallen und gleichzeitig kollektiv dafür gesorgt werden, dass (etwa durch eine entsprechend höhere Besteuerung der kommerziellen Nutzer und zweck- und personengebundenen Transfer dieser Gelder) die unmittelbaren Werkproduzenten für ihre „wertvolle“ Arbeit entsprechend vergütet werden. Alles andere ist nur die wortreich verbrämte Befestigung eines Zustands, der schon jetzt die permanente Enteignung der Werkschaffenden zur Grundlage hat.

UNRAST

Schwierigkeiten einer Philosophie der Popkultur*

ARROGANZ UND IGNORANZ ZWISCHEN KULTURPHILOSOPHIE UND DER MASSENKULTUR, DIE KEINE MEHR IST

von Roger Behrens

Zwischen Theorie und Praxis der Kultur macht sich eine Differenz bemerkbar, die im allgemeinen Widerspruch von Kultur und Gesellschaft fundiert ist: die Dialektik der Krise der bestehenden Ordnung, die einmal die Welt in einem ungeheuren Reichtum und Fortschritt erscheinen lässt, dann aber dieselbe Welt im Zustand regungsloser Starre, im Stillstand. Die kulturelle Praxis der modernen, kapitalistischen Gesellschaft hat in den letzten einhundertfünfzig Jahren Änderungen erfahren, die – je genauer sie untersucht werden – im nächsten Moment schon als Stagnationen erscheinen, als Strukturphänomene, denen gewissermaßen wie in einer sozialen Unschärferelation entweder Wellen- oder Teilcheneigenschaften zugeordnet werden können.

Heute kann sich niemand mehr der Massenkultur entziehen; die Massenmedien und die durch sie verbreiteten Produkte, Informationen, Nachrichten etc. sind mittlerweile so umfassend verbreitet, dass auch die kritische Forschung kaum noch Distanz zur Massenkultur bewahren kann; solche Distanz wäre aber dialektisch zu gewinnen: Wer nur das untersucht, was im Horizont der eigenen popkulturellen Alltagspraxis liegt, geht so leer und blind vorbei, wie derjenige, der sich als Forscher an Phänomene heranwagt, die ihm in seinem kulturellen Alltag fremd, nichts sagend, verborgen bleiben. Der kalte Entzug des analytischen Blicks bleibt dem Material gegenüber so spröde wie der fröhliche Positivismus der Poptheorie. Die Kritik neuerer Kultur richtet sich wesentlich auf die Kritik der alten Gesellschaftsstruktur. Die Massenkultur steht heute für eine kulturelle Totalität und nicht mehr für den Gegenpol, den bloßen niedrigen und niederen Abhub der wahrhaft kultivierten Hochkultur; die Hierarchisierungen der einstigen ideologischen Deutungsmuster haben sich in einem vielschichtigen Feld von Bedeutungsüberlagerungen, aber auch Sinnbeliebigkeiten verflüchtigt. Jede Beschäftigung mit Kultur ist heute selbst schon Teil der

Kultur. Die relative Entfernung des akademisch-universitären Interesses an der neuen Kultur ist nicht mehr zu haben. Bedeutete die kulturtheoretische Beschäftigung mit der Alltagskultur um die Jahrhundertwende zumeist noch einen Annäherungsversuch an eine kulturelle Sphäre, die von den eigenen hoch-kulturellen Alltagsmustern, vor allem auch von den eigenen Bildungswerten, getrennt war, so hat sich dieser Komplex von gebildeter Kultur und kultureller Bildung mittlerweile in der Popkultur aufgelöst.

Dies tangiert den Begriff von Kultur selbst und lässt so manchen gegenwärtigen kulturtheoretischen Ansatz, der im Vertrauen auf einen obsoleten kulturellen Wertekanon Massenkultur noch immer mit dem Gestus des Gebildeten ignoriert, ebenso grotesk und kurios erscheinen wie den Jargon der anderen, die es sich mit popjournalistischen Phrasen immer schon in der Kultur eingerichtet haben wollen. Hinzu kommt, dass Begriffe wie Massenkultur, Alltagskultur, populäre Kultur und dergleichen inzwischen selbst fraglich geworden sind; gerade die Totalität einer globalen Kulturindustrie erlaubt es, Konsumenteninteressen in vollständig inkompatiblen Gruppen zu organisieren, die in ihrer Erscheinungsweise nicht mehr als „Masse“ beschreibbar sind. Gerade wenn es um die Analyse besonderer und konkreter alltagskultureller Phänomene geht, erweist sich die Rede von der Massenkultur als wenig plausibel.

Allein nach Verkaufszahlen lässt sich ein Massenphänomen nicht mehr bestimmen. Selbst wenn heute Millionen an popkulturellen Ereignissen teilnehmen, bleiben von den Massenveranstaltungen fast keine Spuren zurück (jedenfalls nicht im kulturellen Gedächtnis). Längst haben Festivals die Größe von zum Beispiel Woodstock übertroffen; angeblich wichtige Schallplatten sind einmal Bestseller gewesen, heute kennt man nicht einmal mehr die Bands. Die meisten Bands, die gelegentlich die Chance haben in den Charts aufzutreten, bleiben, selbst wenn

sie es auf die besseren Plätze schaffen, Nebensache in den Bilanzen der Kulturindustrie. Und fraglich ist, ob selbst von Millionenerfolgen, die einigen wenigen Produktionen vorbehalten bleiben, Rückschlüsse auf Massenstrukturen und Massenpublikum möglich sind: die hysterische Masse verschwindet in der Belanglosigkeit wie zuvor das Individuum in der Masse – die Love-Parade ist lediglich ökonomisch von Bedeutung, kulturell höchstens Gradmesser der Trostlosigkeit der Popkultur. Die größten Umsätze bleiben der Volksmusik vorbehalten. Aber ist Konsum überhaupt ein verlässlicher Indikator? Es wird immer mehr Musik gehört, obwohl immer weniger Tonträger verkauft werden. Auch betriebswirtschaftlich ist die Kulturindustrie längst in der Krise.

Es handelt sich also um eine Massenkultur, die keine Massenkultur mehr ist; es geht um allgemeine Massenphänomene, die in ihrer Besonderheit jedoch keine Massencharakteristik mehr besitzen. Im Rückblick auf die letzten einhundertfünfzig Jahre lässt sich vielleicht die Massenkultur als doppelter Dissoziationsprozess darstellen, wobei die Masse in derselben Weise in Singularitäten und Randzonen sich verflüchtigt, wie gleichzeitig die Kultur sich in der ökonomischen Verwertungssphäre als Ware universalisiert. Adorno und Horkheimer haben sich schon in den vierziger Jahren gegen den Begriff der Massenkultur aus anderen Gründen entschieden: Sie ersuchten ihn deshalb zu vermeiden, weil er suggeriere, dass es sich um eine Kultur der Massen handelt, letztlich um eine quantitativ und technologisch erweiterte demokratisierte Kunst. Genau dies sei jedoch das leere Versprechen der Massenkultur, ihre Ideologie, die letztendlich die Massen verhöhn-

* Auszug aus: *Diktatur der Angepassten – Texte zur kritischen Theorie der Popkultur*, transcript Verlag, Bielefeld 2003.

nen würde: So fern sie den Massen stehe, so fern stehe sie schließlich auch der Kultur. Mit dem Begriff der Kulturindustrie sollte beschrieben werden, wie im Zuge der Durchkapitalisierung aller sozialen und menschlichen Verhältnisse auch die Kultur zur bloßen Ware wird. „Die Ausbreitung der Kulturindustrie ist ein negativ gewendeter Indikator für das Gemeinsame der Kulturen, von dem im Hinblick auf die humanisierende Intention von Kultur als ganzer die Rede war. Kulturindustrie ist für die kritische Theorie die Fratze der Idee einer universalen Menschheitskultur, also die verhöhnende Karikatur des Programms der Aufklärung, die sie aber selbst mit hervorgebracht hat“, wie Gerhard Schweppenhäuser schreibt.¹ Schließlich wird Massenkultur dem ähnlich, was Adorno und Horkheimer schon als Ende der Kulturindustrie ahnten: Sie geht in Reklame über. Gerade die Universalisierung der Warenlogik, die alle Kultur rückstandslos verwertet, erlaubt es, die Konsumenten nicht länger in uniformen Massen zusammenzuschweißen. Die Menschen werden mit Spielweisen pseudo-individueller Bedürfnisse dafür belohnt, dass sie genügend Abstraktionsvermögen aufbringen, um sich vollständig als Warensjekte zu affirmieren, wonach sie in Lohnarbeit und Geld höchste Befriedigung finden. Politische Meinungen, Wohnungseinrichtungen, Urlaubsziele, Lieblings Speisen, Sternzeichen, Modestile, sexuelle Vorlieben, Lieblingsserien im Fernsehen und so weiter bilden heute das Ensemble individueller Verhältnisse, die aus jedem Menschen eine besondere gesellschaftliche Erscheinung machen.

Es ist nicht alles Pop, was glänzt

Die Verunsicherung über die – nicht nur wissenschaftliche – Brauchbarkeit von Begriffen wie Alltags- oder Massenkultur drückt sich in einem neuen Schlagwort aus, das allmählich seine Spezifik verloren hat und nun zur relativ diffusen und allgemeinen Bezeichnung für verschiedene kulturelle, soziale und ästhetische Komplexe geworden ist: Popkultur, oder kurz „Pop“. Statt die Kultur in Hochkultur und Massenkultur zu unterscheiden, wird nunmehr Pop in Mainstream und Subkultur geschieden. Statt Homogenität der Massenkultur steht die Popkultur unter dem Vorzeichen der Heterogenität. „Pop“ ist dabei als Wort schon freundlicher, die ökonomische Verwertung der Kultur ist in den meisten Fällen zwar nicht begrif-

fen, aber akzeptiert, weil man glaubt, innerhalb der Heterogenität der Popkultur genügend Nischen zu finden, in denen – wie es heißt – „Subversion“ und „Dissidenz“ ihren Ort haben können. Die Popsubkulturen werden so in den Kontext der alten künstlerischen Avantgarden der Hochkultur gebracht.

In den letzten dreißig Jahren haben sich Strategien der Selbstreflexion der Massenkultur etablieren können. Bemerkenswert ist das Theorieverständnis und der Jargon, der hier gesprochen wird, weil sich offenbar ein neues Deutungsmuster von Kultur und Bildung durchzusetzen beginnt, welches vom universitären, hochkulturellen und humanistisch-bürgerlichen Ideal sich absetzt, hinterrücks allerdings den elitäristischen Kulturkonservatismus wieder aufnimmt. Zunächst ist die Theoriefeindlichkeit auffällig. „Kultur“ wird mehr als „Gemeinschaft“ denn „Gesellschaft“ verstanden; während die kritische Theorie Kulturkritik nur in Rückbezug auf Gesellschaftsanalyse für sinnvoll erachtete, gilt hier das Primat der Kultur – als je eigenes soziales Umfeld –, dem die Reflexion auf soziale Großstrukturen nachgeordnet ist. Eine Kulturalisierung, die ihre Affinität zum Vitalismus sowenig leugnet wie die Sympathie für den Kommunitarismus in der spätmodernen Fassung der Biografisierung.

Auch insofern dient der Popdiskurs vorrangig der Selbstlegitimation; sein Hauptaugenmerk scheint darin zu liegen, der Popkultur beständig Phänomene zuzuordnen – alles kann Pop sein (als sei damit für die Gesellschaft und ihre Beschreibung schon etwas Positives gewonnen); und gleichzeitig sind die geschätzten Phänomene dem Pop so fern. Während die einen von Walt-Disney-Freizeitparks, Bon Jovi und Boy-Groups sprechen, meinen andere Atari Teenage Riot, Sleater-Kinney oder The Crass. Im Popbegriff selbst fallen zwei koexistente, fast schon symbiotisch verschmolzene Bedeutungsvarianten von Pop zusammen: die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaft wird durch Pop sowohl in Frage gestellt wie auch bestätigt. Dialektisch: Pop ist Teil des Problems, als dessen Lösung er sich anbietet. Für die Poptheorie gilt aber, dass das, was gemeinhin als Pop akzeptiert ist, im engeren Diskurs gar nicht vorkommt (Die Toten Hosen, Rammstein, Bon Jovi, Phil Collins), mithin das Subversive der Popkultur lediglich in der Beharrlichkeit gründet, mit der es behauptet wird. Das vermeintlich Subversive

bleibt ohnehin in der Regel immer der nachträgliche Diskurs, der sich allein kraft der Stärke seiner Legitimationsstrategie (Sprecherposition, Performanz, Theorieschick und Beleidigungen) zu behaupten vermag.

So vage die politischen Maßstäbe sind, so unklar bleiben auch die Kriterien ästhetischer Beurteilung. Neben der Legitimationsfunktion kommt dem Popdiskurs die Aufgabe zu, für das Konsumverhalten eine politische Kasuistik und Verhaltensregeln aufzustellen, die den Konsum (und damit den positiven Bezug zur Warengesellschaft) als eine gesellschaftlich relevante und bewusst steuerbare Handlung vorführen. Dies geschieht durch den Ausdruckszusammenhang im Zwischenfeld des Warentauschs und der Kulturwerte, etwa vermittelt der Mode. Die Kriterien sind geschmäckerlich und leicht steht jemand im Verdacht des Unzeitgemäßen und Konservativen, wenn eine Mode nicht mitgemacht oder die falsche, etwa „veraltete“ Musik gehört wird. Auf diese Weise haben sich, mitunter quer zur Unterscheidung von Mainstream und Subkultur, auch im Popdiskurs Kriterien etabliert, nach denen „guter Pop“ vom Schund abgegrenzt werden kann. Während in der alten Dichotomie von hoher und niederer Kultur die Massenkultur tendenziell als Schund oder bloßes Entertainment galt, auch wenn gelegentlich ihre demokratische Verfügbarkeit gepriesen wurde, reglementiert der Popdiskurs seine Bewertungen über das Diktum der Geschmacksautonomie.

Die Popkultur hat ihren eigenen, von den klassischen kultur- und gesellschaftswissenschaftlichen Modellen weitgehend unabhängigen Diskurs in den neunziger Jahren entfaltet; dieser Diskurs verfügt nicht nur über eine eigene Sprache, sondern mittlerweile sogar über eine geschichtliche Logik. Auch wenn das theoretische Fundament dieses Popdiskurses, trotz gelegentlicher Anleihen bei poststrukturalen und postmodernen Philosophien, die Arbeit an den Begriffen auspart: Wichtig ist an diesem „popistischen“ Theorie-Praxis-Verhältnis, inwiefern sich spezifische kulturelle Bildungswerte ausdifferenziert haben, die der Popkultur insgesamt eine diskursive Stärke und eine relative soziale Bedeutung verleihen, so dass sie nicht mehr in das klassische Muster von hoher und niederer Kultur passt beziehungsweise mit Mehrdeutigkeiten operiert, wonach dasselbe Pophänomen zugleich als banaler Schund wie auch elaborierte, avancierte Kunst gelten kann, und

auch inhaltlich wie formal entsprechend allegorische Facetten zeigt – und dies ist nicht einfach nur eine Vieldeutigkeit der möglichen Interpretation, sondern bereits Vieldeutbarkeit im Material. Bei aller begrifflichen Unschärfe steht man also vor der Frage, ob die Popkultur bloße Unterhaltungskultur ist (vielleicht sogar die Unterhaltungskultur oder nur ein spielerischer Umgang mit der Unterhaltung), oder ob Pop eine neue Form der Hochkultur darstellt. – Bemerkenswert ist im Übrigen, dass dem Pop überhaupt diese legitimationsproblematische Reichweite zugesprochen wird; in der bürgerlichen Kulturgeschichte gab es das nicht einmal für die Romantik, höchstens für den Neo-klassizismus und gelegentlich für den (Post-)Modernismus. Daran hängt freilich die Frage, ob Pop denn überhaupt ein systematischer Epochenbegriff ist (gibt es Pop auch als überzeitliches Phänomen?). Benjamin hat solchen Effekt für die Kunst der Jahrhundertwende diagnostiziert, bezeichnenderweise für die Literatur. Unterhaltungsliteratur habe es immer schon gegeben, also Kunst, „die keinerlei Verpflichtung der Zeit und den Ideen gegenüber, die sie bewegten, auf sich nahm als höchstens die, solche Ideen in einer angenehmen, modisch konfektionierten Form dem Konsum zuzuführen.“ In der bürgerlichen Kultur hat dies durchaus seine Berechtigung. „Was aber noch nie geschah, in der bürgerlichen sowenig wie in einer anderen Gesellschaftsordnung, ist dass diese reine Konsumtions- und Genuss-Literatur identisch mit der Avantgarde, der technisch und artistisch vorge-schobensten, wurde.“²

War Massenkultur mit ihrer beständigen Abwertung konfrontiert, so drängt die Popkultur zur Aufwertung; sie repräsentiert das Bedürfnis einer neuen Elite, in der sich Besitz und Bildung warenfetischistisch verkettet haben: ihr kulturelles Kapital ist eine Ableitung ihres ökonomischen Eigentums (Generation Golf). – Arnold Hauser hat Anfang der siebziger Jahre diesen Effekt als die Besonderheit der Popkultur festgehalten: „Die Produzenten und Konsumenten der Pop-Art stellen nichtsdestoweniger eine eigene, besonders zusammenfassbare ... Bildungsschicht dar, die mit ihren künstlerischen Bedürfnissen und Wertkriterien einen mittleren, zwischen den Trägern der hohen und dem Anhang der volkstümlichen Kunst befindlichen Rang einnimmt.“³ In dieser Haltung einer neuen Bildungsschicht, die das Erbe der Jugendlichkeit weiterträgt, regt sich nicht nur der Versuch, mit der

Popkultur jenseits von Klassenwidersprüchen einen verbindlich-verbindenden Sinnzusammenhang herzustellen.

Zur Genese der Popkultur

In den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts kam es zu einer Osmose zwischen etablierter Kultur und Subkultur. Während die musikalische Moderne sich zunehmend in einer Expertenkultur isolierte, wurde die populäre Musik zu einer Kunstform, die sich durch vielfältige und breite Öffentlichkeit sowie ständige Präsenz im Alltag auszeichnet. Mit dem Ausbau des Rundfunknetzes, durch das Fernsehen und durch die Filmindustrie wurde immer mehr Musik benötigt, die bestimmte Stimmungen erzeugen konnte, ohne in ihrer Struktur die Hörgewohnheiten zu verunsichern. Auch die Ausweitung des Konsums durch Kaufhäuser, Schnellrestaurants und Supermärkte führte zu einer enormen Ausbreitung einfacher musikalischer Grundmuster (in diesem Fall wie auch bei Behörden, Flughäfen, Fahrstühlen etc. zur Hintergrundbeschallung und Berieselung), die nicht durch harmonische Abweichungen Wiedererkennungswert erlangten, sondern durch eine Vielfalt an Klängen – „Sounds“ –, in denen die simplen Akkordfolgen immer wieder ertönen. Der Vorstoß der populären Musik in den Alltag gelang aber vor allem vermittels neuer Techniken: Wichtig sind hier die Einführung der Langspielplatte Anfang der fünfziger Jahre, die Audiokassette Ende der sechziger Jahre, die Verbesserung der Studio- und Aufnahmetechnik sowie die Entwicklung der Musikelektronik, die zum Beispiel die Beschallung großer Konzerthallen ermöglichte. Hier gab es auch Unterschiede zur Jazzmusik, die als Massenkultur nur rassistisch getrübt erschien: Schallplatten, auf denen Afroamerikaner abgebildet waren, verkauften sich schlechter, Radiostationen verweigerten Jazzmusik zu spielen, die Instrumentierung war selbst für die europäische Tradition populärer Musik ungewöhnlich. Und vor allem war der Jazz eine abgegrenzte Kultur bestimmter Clubs, sehr großstädtisch, und er muss in seiner Leichtigkeit perfekter Beherrschung der Instrumente geradezu als Zynismus empfunden worden sein.

Der Pop- und Rockmusik der sechziger und siebziger Jahre gelang es dann, den Gestus des gebildeten Musikers zu nutzen. In verschiedener Weise wurde versucht, auf Attitüden der bürgerlichen Kunstmusik zurückzugreifen. Rockmusik wurde in

Form von Rockoperen oder sinfonischen Werken geschrieben (The Who: „Tommy“, Yes: „Tales from Topographic Oceans“); Rockmusik arrangierte und adaptierte klassische Werke (The Nice; Emerson, Lake & Palmer), stellte die Musik in den Kontext solcher Werke (um zum Beispiel Konzerte zu eröffnen: Yes, Rolling Stones, Deep Purple) oder berief sich auf den Einfluss der ernsten Musik (Beatles und Stockhausen; Frank Zappa und Strawinsky oder Xenakis). Der Star-kult und seine äußeren Formen – lange Haare, weite Gewänder – hat seinen Ursprung im 19. Jahrhundert und kehrte dann im Art-Rock (Rick Wakeman im silbernen Umgang inmitten seiner Keyboards) oder Glamrock (David Bowie, Roxy Music) wieder; das Virtuositentum mancher Rockmusiker ist durchaus einem Paganini oder Liszt vergleichbar (Jimi Hendrix, Led Zeppelin; Liszt ist in „Liszt-o-Mania“ sogar Thema eines Rockmusicals). Manche Tonträger wurden als programm-musikalische und konzeptuelle Werke angelegt (Pink Floyd: „The Dark Side of The Moon“, Genesis: „The Lamb Lies Down on Broadway“, The Who: „Quadrophenia“) oder als Mischformen von Band- und Orchestermusik arrangiert (Jon Lord: „Concerto for Group and Orchestra“, „Gemini Suite“, „Windows“, Rick Wakeman: „Journey to The Centre of The Earth“ und neuerdings: „The Return to The Centre of The Earth“). Von dieser vermittelten Popularisierung einiger Muster bürgerlicher Kunstmusik profitierte auch die bürgerliche Kunstmusik. Sie konnte nicht nur mit Vereinfachungen Erfolge erzielen (Gorecki, Orff-Euphorie, aber auch: Mahler-Renaissance), sondern fand ebenso in der Massenkultur – etwa als Filmmusik – Verwendung (Ligeti und Strauss in „2001: A Space Odyssey“, Beethovens 9. Sinfonie in „A Clockwork Orange“, das Adagio aus Mahlers 5. Sinfonie in „Tod in Venedig“, Ravels „Bolero“ in „Zen – Die Traumfrau“). Manche klassischen Musiker konnten wiederum Rockattitüden aufgreifen und damit berühmt werden (Nigel Kennedy, Vanessa-Mae, Apocalyptica). Die Öffentlichkeit der Rock- und Popmusik ist, sowohl im Gegensatz zum Jazz und zur Kunstmusik als auch im Gegensatz zu früheren Formen der populären Musik (Musical, Rock'n'Roll, obwohl – wie auch beim Jazz – Übergänge dann fließend sind) dadurch geprägt, dass ein und dasselbe Musikstück auf sehr unterschiedliche Weise rezipiert werden kann und geradezu allegorische Bedeutungsoffenheiten aufweist, die es er-

möglichen, dass Menschen unterschiedlichster Klassen und mit unterschiedlicher Bildung, sowie mit unterschiedlichsten Interessen die Musik rezipieren können. Diese Entwicklung der populären Musik hatte Einfluss auf andere Künste: Andy Warhol kommt hier eine fast paradigmatische Rolle zu, denn er entwarf nicht nur Schallplattencover (Rolling Stones: „Sticky Fingers“), sondern realisierte mit der Band Velvet Underground eine konzeptuelle Künstlerästhetik. Die Musik von Velvet Underground konnte als Tanzmusik konsumiert werden, als Drogenmusik abgelehnt oder befürwortet werden, als Kunstereignis diskutiert werden, als klangliches Arrangement analysiert oder kontemplativ genossen werden und so weiter. Ähnliche Bezüge zwischen bildender Kunst und Musik gibt es auch heute noch, etwa bei Mike Kelley und Sonic Youth oder der Gruppe Laibach und der Neuen Slowenischen Kunst. Man könnte vielleicht sogar sagen, dass die neuere Popmusik strukturell für bildende Künstler sehr attraktiv ist, weil sie viele Möglichkeiten zwischen Konzept- und Gebrauchskunst bietet, vom Plattencover über die Bühnenshow, von der Corporate Identity einer Band bis zur grafischen und typografischen Gestaltung der Popmagazine.

Vermutlich kann auf diese Verbindung und Bezugnahme von bildender Kunst und populärer Musik zurückgeführt werden, dass sich im Verlauf der Siebziger und Achtziger, doch endgültig erst in den Neunzigern eine theoretische Reflexion auf die Popkultur entfaltet hat, die eher ästhetisch, wenn nicht ästhetizistisch ausgerichtet ist. Sie orientiert sich am Authentischen, das sie nicht selten durch einen Positivismus zu überwinden versucht, weniger durch begriffliche Reflexion und praktische Konkretion am Material. Auch deshalb dominiert vermutlich der Bezug auf die somatischen Elemente der Popkultur, auf Formen körperlicher Rituale und Praktiken wie Schmuck, Tanzen oder körperliche Gewalt. Nicht selten schlägt Poptheorie paradox in Theoriefeindlichkeit um, bis hin zu anti-intellektuellen Ressentiments. Das Interesse an Phänomenen der Popkultur bleibt weitgehend kulturell beziehungsweise kulturalistisch begründet, entspricht dem Wunsch nach einer Ästhetisierung als Aufwertung des eigenen Lebens.

Kritische Theorie der Popkultur

Eine kritische Theorie der Popkultur hat sich der Frage zu stellen, warum und wes-

halb sich mit Popkultur beschäftigt wird. Es kann nicht darum gehen, sich in begriffslosen Grabenkämpfen zu verlieren oder geschmäckerliche Überzeugungen zu Momenten popkultureller Dissidenz und Subversion zu verklären. Zum Problem wird, ob überhaupt eine ästhetische Bewertung im Sinne von gut/schlecht oder richtig/falsch heute noch die Gegenstände angemessen zu erfassen vermag, ob sie die Kultur überhaupt berührt. So ist auch das Gegenteil des Geschmäckerlichen, nämlich das objektivistische Pauschalurteil, alle Massenkultur sei Schund und deshalb abzulehnen, Unfug. Das Problem ist eines von Widersprüchen: Einerseits lässt sich mit geschmäckerlichen Attributen, die allenthalben zu lesen sind, kaum eine Musik begreifen, die doch vor allem nach eben solchen Attributen rezipiert wird. Umgekehrt erscheint die moderne Popmusik, vom material-ästhetischen Standpunkt der europäischen Kunstmusiktradition her beurteilt, tatsächlich, bis auf wenige Ausnahmen, aus immer wiederkehrenden Stereotypen zusammengebastelt, mithin gibt es Gründe, hier von Schund zu sprechen. Dies scheint mir allerdings mitnichten ein Grund zu sein, Popmusik zu verurteilen, abzulehnen oder nicht zu mögen – einmal davon abgesehen, dass die Kriterien, nach denen der Pop Schund sein könnte, gleichfalls und allemal für die Reste bürgerlicher Kunstmusik gelten. Die Krise der Popkultur verweist gleichwohl auf eine Krise der bürgerlichen Kultur überhaupt. Was sie zu bieten hat, ist mitnichten „besser“, „gehaltvoller“ oder „schöner“. Wenn überhaupt heute noch etwas sich ereignet an Kunst oder in der Kunst, die auch nur annähernd vermag, die Gegenwart auf den Begriff zu bringen, dann ist es die der Popkultur.

Eine kritische Theorie der Popkultur ist beides, eine notwendige Abstraktion wie eine fällige Konkretion. Sie abstrahiert vom Pop selbst und versucht den Gegenstand an einzelne Tendenzen sozialer Entwicklung rückzubinden: „Wir interpretieren [Kunst] als eine Art von Sprachkode für Prozesse, die in der Gesellschaft ablaufen, als einen Kode, der mit Hilfe der kritischen Analyse zu dechiffrieren ist.“⁴ So war es im Programm des Instituts für Sozialforschung vorgesehen. Es geht also um eine Analyse des Kitts wie um den Sprengstoff, der die Gesellschaft zusammenhält und ebenso ihre Strukturen zu durchbrechen vermag. Erst über diesen Rückbezug auf Gesellschaft erhält eine materialistische Analyse der Popkul-

tur auch eine ästhetische Relevanz, wenn nämlich in der Kunst etwas Bedeutungsvolles für den sozialgeschichtlichen Prozess entschlüsselt werden kann, das durch andere Zeugnisse der Kultur nicht ablesbar wäre – auch für die Popkunst gilt, dass sie nicht einfach nur die menschliche Geschichte kommentierend begleitet, sondern selbst in den geschichtlichen Prozess eingreift; aber, wie gesagt: dies in Tendenzen, in Strömungen, in Segmentierungen innerhalb der sozialen Praxis. Es gibt kein Außen, nirgends; aber es gibt ein Abseits als sicheren Ort. Eine kritische Popkulturtheorie ist Konkretion, insofern sie allgemeine Erscheinungen des Pop und der Kulturindustrie sowohl am ästhetischen Material differenziert wie auch innerhalb der jeweiligen sozialen und kulturellen Felder expliziert.

Die begrifflichen Widersprüche und sprachlichen Ambivalenzen der Popkultur versteht eine kritische Theorie nicht ausschließlich als bloßen Ausdruck kultureller Zerfallslogik, sondern gleichsam als Ansatzpunkt für die mögliche Begründung einer kulturellen Praxis. „Erst wenn man akzeptiert, dass die verschiedenen Niveaus komplementär betreten werden können (sollten), lässt sich ein Weg zur kulturellen Verbesserung der Massenmedien öffnen.“⁵ Und eine kulturelle Verbesserung der Massenmedien entbindet nicht von der Notwendigkeit einer Veränderung der bestehenden sozialen Ordnung; aber die kulturelle Verbesserung der Zustände, birgt sie auch die Gefahr der Ästhetisierung, bietet unter Umständen unterhaltsamere, tanzbarere und lustvollere Möglichkeiten, dieses Leben hier humaner zu gestalten. Man kann den Pop nicht aufheben, ohne ihn zu verwirklichen.

Anmerkungen

- 1 Gerhard Schweppenhäuser, *Theodor W. Adorno zur Einführung*, Hamburg 1996, S. 148 f.
- 2 Benjamin, *Zur Literaturkritik. Programm der literarischen Kritik*, in: *GS Bd. VI-1*, S. 168.
- 3 Arnold Hauser, *Soziologie der Kunst*, München 1983, S. 684.
- 4 *Ten Years on Morningside Heights: A Report on the Institute's History, 1934–1944*, zit. n. Martin Jay, *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*, Frankfurt a. M. 1985, S. 213.
- 5 Umberto Eco, *Apokalyptiker und Integrierte. Zur kritischen Kritik der Massenkultur*, Frankfurt am Main 1986, S. 55.

„Melancholia“

Rückkoppelungen

von Roger Behrens

Pop suggeriert die Unmittelbarkeit einer Welt, deren Zusammenhang nur indirekt zu entschlüsseln ist. Die Ideologie, die sich in der neuesten Popkultur manifestiert, ist selbst ein Resultat höchst vermittelter Mechanismen, wesentlich in musikalischen Figuren geronnene Konkretion einer abstrakt sich und alles durchsetzenden Verwertungslogik. In der Popkultur konvergiert die alte Spannung zwischen dem, was einmal als Basis und Überbau bezeichnet wurde, Produktions-sphäre und Reproduktionssphäre, aber auch die Kultur selber, die als geistiger Entwurf bürgerlichen Selbstbewusstseins im 19. Jahrhundert sich verwirklichte in den Formationen von Hoch- und Massenkultur. Als objektiver Geist etwa im Sinne bürgerlicher Sittlichkeit blieb die Kultur im Rückstand gegenüber ihrer eigenen Materialisierung als Technik – eine Ungleichzeitigkeit, die erst von der fortgeschrittenen Kulturindustrie im 20. Jahrhundert aufgehoben wurde: Geist und Technik, Ideal und Material der bürgerlichen Kultur kulminierten schließlich in der Reklame, in der unbedingten Werbung für die Welt, so wie sie ist. Die alten Etiketten von E und U wurden beibehalten, trotz sinnentstellender, ja sinnentleerer Verzerrung: hinter dem ästhetischen und ästhetisierten Ernst versteckte sich der Ernst der Lage, den die Kunst nur noch als Hintergrund ihrer lächerlichen Selbstthematization nutzte; in der Kulturindustrie indes, in der mit dem Unterhaltungsbedürfnis der Massen argumentiert wurde, ging es weder um Unterhaltung, noch um die Bedürfnisse, noch um die Masse, sondern schlichtweg um die profitable Kalkulation der Produkte. (Dass angeblich die Massen – wer immer das auch ist – den ihnen angedrehten Schund verlangen und dessen tatsächlich bedürfen, ist als Argument so fadenscheinig wie das kongruente über den Bildungsbürger, der seine Vorstellungen von anspruchsvoller Kultur mit abgeschmackter Seriösität, Phrasen und Kitsch untermauert.) Die Popkultur ist als Tendenz zu verstehen, auf die falsche Aufhebung von E und U selbstkritisch zu reflektieren, indem am vermeintlich Ernstesten das Unterhaltende, am durchaus Unterhaltenden das Ernste herausgestellt wird. Was am Pop spannend

ist: dass er in Spannungen sich entwickelte. Mit der Popkultur verhält es sich nicht anders als mit dem postmodernen Kapitalismus, dessen Ausdruckszusammenhang Pop ist, überhaupt: Besser lebt man ohne Popkultur, gleichwohl die Verlockung, dass das Leben mit ihr doch schon gut sei, bleibt. Wer glaubt – und in den Neunzigern war das ja selbst innerhalb der Linken eine recht gängige Position –, dass die Popkultur nicht nur Mittel zum politischen Zweck sein kann, sondern sogar der politische Zweck selbst, die Subversion und Emanzipation in einem, hat sich dieselben Illusionen gemacht, die im Bereich der Politik seit über einem Jahrhundert als Sozialdemokratie bezeichnet werden, nur eben etwas lauter, aufsässiger, jugendlicher. Popkultur war insofern nicht die Kommunikationsverweigerung, sondern das Kommunikationsangebot, elektrisch verstärkte Sozialdemokratie; dass Jürgen Habermas mit Berufung auf Subkulturen zur selben Zeit die kommunikationstheoretische Wende der liberalen Sozialphilosophie einleitete, als diese Subkulturen – Punk und Disco – konsensfähig wurden, mag im Nachhinein als Indikator einer Bewegung verstanden werden, die strukturell schon seit einigen Jahrzehnten die Neue Mitte umkreiste, bis sie dann endlich im Zentrum ankam. Pop heute ist nunmehr die bloße Reklame der Sozialdemokratie, Sozialdemokratie hingegen die Reklame für die Popgesellschaft. Die Popkultur wird zur moralischen Anstalt, zur pädagogischen Schaubühne: Die politische Kultur, die sich im Pop wie im Staat der Neuen Mitte gleichermaßen formiert, ist reformistische Krisenverwaltung. Mtv und Ntv sind die ganztägigen Manifestationen dieser Ideologie; für jedes Problem gibt es a) ein Expertengespräch, b) einen Song. Was diese Ideologie kennzeichnet: Gespräch und Song sind die Antworten auf die jeweiligen Probleme. Pop ist nicht mehr der Weckruf, das Kampflied etc., sondern die Lösung, die Entspannung.

Solange auch die kritische Theorie der Popkultur keine materielle Gewalt ist, bleibt sie die Spurensuche, der Streifzug durch die Gärten wie Brachen einer noch immer vom Bürgertum gepflegten Landschaft. Anekdoten, Fundstücke werden zu

einer Topografie der Tanzfläche; Hip Hop und NuJazz als Horizont, nicht als die Illusion eines Zentrums emanzipatorischer Popmusik. Ein Sampler beginnt mit dem Trompetensignal, mit dem Mahler seine Fünfte Sinfonie im Totenmarsch voranschreiten lässt: Die Verhältnisse zur Tanzfläche ausbauen: DJ Vadim mischt Popmusik zur Wertkritik; das Recht auf Faulheit verwandeln schließlich 4Hero und Gill Scott zum Manifest gegen die Arbeit: „I don't wanna to go to work today / I'd rather stay home / and play / video games / I'd rather chill for real / I don't know how you feel / but sometimes I feel / like / I'm working for nothing / trying to get something ...“ (DJ Vadim, ‚Stereo Pictures Vol. 03‘; www.djvadim.com)

Unmittelbarkeit ist die Chimäre des Pop. Als florierender akademischer Forschungsbereich hat die Poptheorie, die in erster Linie wohl froh ist, sich als Soziologie verkaufen zu können, ohne vom Sozialen handeln zu müssen, nunmehr alle Varianten einmal durchgespielt, ausgerechnet die durchschaubare Ideologie der Unmittelbarkeit als widerständig vorzuführen. Da dieser Widerstand sich gegen nichts richtet und für nichts streitet, bleibt er so harmlos wie der aufs unmittelbare Erlebnis eingeschliffene Popkonsument und kann folglich alle paar Jahre mit neuen modischen Phrasen noch eine Banalisierungsstufe weitergetrieben werden. Die elektronische Musik der neunziger Jahre lebte von dieser Ideologie; sie wurde erfolgreich von so genannter Poptheorie adaptiert, die ein oberflächlich verstandenes Sampling als Realmetapher für subversive Mischkultur missverstanden, die angeblich im Schatten der bösen Kulturindustrie den Aufstand probte. Aber es gab auch die Anarchisten, die ästhetisch wie politisch mit der nötigen Gewalt strategischer Ironie diese Version einer Discorévolution links liegen gelassen haben. Im Rahmen der Documenta 1997 gründeten Marc Weiser (Audio), Lillevän (Video) und Christian Conrad (Audio) Rechenzentrum. Mit ‚Director's Cut‘ bieten Rechenzentrum – plus Gastkünstler wie etwa dem Trompeter Franz Hautzinger –

auf CD und DVD eine Werkschau von Musik und Bildvertonungen, die sich dem originären Werkbegriff freilich entzieht. Das Zitieren wird dadaistisch übertrieben, unter und zwischen den elektronischen Klangschnipseln ist Iannis Xenakis genauso wie Yoko Ono und Iggy Pop durchzuhören. Die Filme illustrieren nicht die Musik, sondern bilden mit dem Ton eine Einheit, werden zur Notation von Kompositionen, die sich der Schrift entzieht und auf die abstrakte Allegorie des Bildes angewiesen ist. Falsch wäre es das Material kontemplativ genießen zu wollen. Man muss ‚Director’s Cut‘ schon wie einen Blockbuster sehen, möglichst laut hören und mit entsprechenden Rauschmitteln versorgt (eine Bildersprache, die es eigentlich nahe legt, auch mit entsprechender Lautstärke betrachtet zu werden). So wird die Unmittelbarkeit durchbrochen, die einst als Technokultur propagiert wurde; im barbarischen Zugriff auf Audio und Video gewinnt indes sogar ein Begriff von Unterhaltung Konturen, der mit den ästhetischen Kategorien von Genuss und Geschmack nicht mehr zu fassen ist. Rechenzentrum sind die Melancholiker des falschen Optimismus, der die technische Möglichkeit als soziale Wirklichkeit missdeutet; dagegen beherrscht das kleine Musikkollektiv die Allegorese in technischen Klangbildern: Allegorien technologischer Rationalität, die vom Sound und Image buchstäblich zerrissen wird. Eine Melancholie der elektronischen Medien. (Rechenzentrum, ‚Director’s Cut‘, CD + DVD / 2LP, Mille Plateaux)

Wenn es bei Rechenzentrum um Melancholie geht, dann auch in Hinblick auf das, was die existenzialistische Theorie das Absurde nennt. Sartres Roman ‚Der Ekel‘ sollte ursprünglich nach dem berühmten Stich von Dürer ‚Melancholia‘ heißen. – Wo indes das Surreale, das Absurde etc. zur kalkulierten Form gerinnt, droht Melancholie in linke Melancholie umzuschlagen, in politische Resignation und ästhetizistischen Defätismus. Musikalische Selbstreflexion, der Bezug auf das immer gleiche eigene Referenzsystem ‚Pop‘ läuft Gefahr, zum selbstmitleidigen L’art pour l’art zu werden. Gefahr erkannt, Gefahr gebannt. Knarf Rellöm, das multiple Bandsujet, hat dafür auf ‚Fehler is King‘ (WSFA 1999) die treffende Formel gefunden: „Verzweigung ja, Selbstmitleid nein!“

Solche Verzweiflung hieß bei der Band HUAH! 1992 bündig: ‚Schieß Kapitalismus‘; nach Auflösung der Band hat Knarf Rellöm weitergemacht: eine Solo-

karriere, die beides nicht war – nicht solo, nicht erfolgsorientiert. Kaum jemand hat in den letzten zehn Jahren die Idee von Bandkollektiv nicht nur als ästhetisches, sondern vor allem als politisches Konzept in dieser radikalen Weise vertreten wie eben Knarf Rellöm in seinen verschiedenen Arbeitszusammenhängen. Die Musik ist über die Jahre elektronischer geworden, dafür sorgen auch Viktor Marek und DJ Patex. Konzeptuell bleibt der Umgang mit dem musikalischen Material aber dem Punk verpflichtet. Das heißt auch Montage, Collage, neue Versionen, Fragmentierungen und Selbstzitat. Das wunderschöne Klavier von Randy Newmans ‚Baltimore‘ auf Ladies Love Knarf Rellöms ‚Bitte vor R.E.M. einordnen‘ (1997); und ‚Mr. Blue‘, das in einer Elektroversion auf Knarf Rellöm ISMs ‚Fehler is King‘ (1999) wieder dabei ist. Auf KNARF RELLÖM with the ShiShaShellöm: ‚Einbildung ist auch ne Bildung‘ ist von dem Song die Basslinie geblieben: ‚Movin‘; die Widmungen gehen an Robert Wyatt, an Kante und an Bernadette la Hengst. Ein Reisebericht. Die Musik ist tanzbar, aber keine Tanzmusik (so wie die befreundeten Techno-Punx Saalschutz sagen, sie wollen untanzbare Tanzmusik machen); sie bleibt Agitation und Reflexion, ohne zur Kontemplation zu zwingen. Zerstreuung und Experiment sind die beiden Pole, zwischen die Knarf Rellöm kleine musikalische Erzählungen setzt. Auf einer Diskussionsveranstaltung soll er linken Kulturpessimisten, denen RTL und Mtv bloß Schund ist, entgegnet haben: „Ich liebe diesen Schund! Er ist mein Arbeitsmaterial!“ Nicht in den Archiven bewegt sich Knarf Rellöm, sondern er sucht im Gerümpel, das der Kulturindustrie zu wertlos zu sein scheint, als dass sie es aufbewahren müsste. Er ist Lumpensammler. Sich textlich wie musikalisch im Widerspruch zu bewegen erscheint nachgerade als Notwendigkeit. Die Popkultur verleugnet und kaschiert diese Widersprüche und mit geradezu schelmischer Freude spielt Knarf Rellöm with the ShiShaShellöm den Verhältnissen ihre eigene Melodie vor: „Nur schlechte Bands heißen Echt und Pur... Auf der Bühne zu stehen und Musik zu machen ist wirklich das Größte auf der Welt. Man ist sein eigener Chef und zugleich angestellt. Mein neues

Album ist das beste, das ich je gemacht habe. Für Scheißfresser ist es eine Gabe. Ich werde nicht aufhören ich selbst zu sein. Millionen sind Mitglied in diesem Verein.“ – ‚Change is gonna come‘, Widmung: Albert Ayler und Goldene Zitronen. (KNARF RELLÖM with the ShiShaShellöm: ‚Einbildung ist auch ne Bildung‘, ZickZack / WSFA 2004)

Zwar gilt nach Siegfried Kracauer die Losung: „Wenn der Unterbau in Ordnung wäre, dürfte man ruhig im Überbau leben“, doch gilt zugleich das kritische Gebot, den Überbau soweit zum Leben herzurichten, dass er den Menschen hilft, diese Gesellschaft in Ordnung zu bringen. Dafür zählt das unbedingte Recht auf Unterhaltung. ‚The Many Moods of Brigade Nouveau‘ heißt eine bei 9:PM erschienene Kompilation mit annehmlicher, hübscher Sommermusik, die heute unter den Etiketten NuJazz, NuBrazil, House, Downbeat angeboten wird. Es ist mithin eine geschmackvoll aufbereitete Sammlung von Bossa Nova (wobei: die beste Zusammenstellung von Bossa Nova ist immer noch ‚Blue Brazil. Blue Note in a Latin Groove‘, erschienen bei EMI / Blue Note; und man kann zudem dazusagen, dass man mit den Veröffentlichungen der derzeitigen Brasilienmode kaum etwas falsch machen kann. Auch von den Klassikern, etwa Astrud Gilberto, Elis Regina, Tom Jobim oder Jorge Ben finden sich derzeit gute Angebote in den Regalen). – Nicht umsonst ist Bossa Nova als Muzak schnell vermarktet worden; die brasilianische Avantgarde läuft Gefahr, kleinbürgerlicher Behaglichkeit anheim zu fallen: schnell wird die Musik als Soundtrack einer Angestelltenkultur falsch gehört; tatsächlich drückt sich in ihr allerdings ein Unbehagen aus. Auch wenn davon zwischen den ‚Many Moods of Brigade Nouveau‘ nicht mehr viel zu hören ist: Dafür ist es Latin (Papa Shango, Panaman), Discofunk (Rude Rock Hunter vs. Stephanie Pop), Bar-Jazz (Linda Paris) oder fast Big-Beat (Earl Harbour & The Lagoon Racing Team). – Bleibt Pop insgesamt die Ideologie der Unmittelbarkeit, so ist jedem Intervall doch die Spannung eingeschrieben, die einmal den Schleier dieser Ideologie zerreißen wird. (Various Artists, ‚The Many Moods of Brigade Nouveau‘, 9:PM / Indigo, 2003)

www.streifzuege.org

Nachhaltiger Kapitalismus?

3. TEIL: DIE ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

von Andreas Exner & Ernst Schriefl

Es gibt sie, die Zauberformel, die beinahe alles schafft: Mehr Steuer auf Energie, weniger Steuer auf Arbeit, so heißt sie. Diese ökologisch bzw. öko-sozial genannte Steuerreform ist ein Schlüsselement der „ökologischen Marktwirtschaft“. Was ist davon zu halten? Kann die ökologische Steuerreform die Hoffnungen, die in sie gesetzt werden, erfüllen?

Nach der ideologischen Verortung des Nachhaltigkeitsdiskurses, die wir in Teil 2 unserer Artikelserie¹ geleistet haben, wollen wir nun die in seinem Rahmen verhandelten Vorschläge zur Lösung der Umweltproblematik erörtern. Dabei gehen wir nur kurz auf den Ansatz individueller Verhaltensänderung im Sinne „ethischen Konsums“ ein, wie er nicht nur in der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie recht breit getreten wird, sondern weite Teile der Debatte charakterisiert. In ideologiekritischer Hinsicht sei nur soviel bemerkt, dass die Betonung des Individuums Ergebnis einer selektiven Aufnahme von Themen der Neuen Sozialen Bewegungen (Selbstbestimmung, Kreativität, Individualität) im Zuge der neoliberalen Restrukturierungsversuche der Kapitalverwertung ist. Im Endergebnis wird dabei das individuelle Handeln auf Kaufentscheidungen reduziert, die Sphäre der Produktion wie auch die gesellschaftlichen Strukturen bleiben ausgeblendet, die Verantwortung wird tendenziell von der Politik auf die „vereinzelt Einzelnen“ abgeschoben. Das positive ökologische Potenzial dieses Ansatzes ist jedenfalls begrenzt. *Erstens* ist es für die Einzelnen nicht marktrational, sich umweltethisch zu verhalten, es sei denn bei deutlicher Änderung der preislichen Rahmenbedingungen. Das aber spielt den Ball wiederum vom Einzelnen zur Politik. *Zweitens* ist umweltethisches Verhalten aus wirtschaftlichen (Einkommen, Transportwege) bzw. sozialen Gründen (Stress, Belastung) oft schwierig oder nicht möglich. Auch hier bedarf die Erleichterung umweltethischen Verhaltens sozialer Anstrengungen, die über das Individuum hinausgehen, z.B. im

Sinn der Organisation von Einkaufsgemeinschaften. *Drittens* haben die KonsumentInnen nur sehr geringen und lediglich indirekten Einfluss auf das Warenangebot und die Art der Warenproduktion, vor allem nicht auf den Investitionsgütersektor. Kampagnen, die an KonsumentInnen gerichtet sind, wirken daher nur punktuell und können auch nur punktuelle Erfolge zeitigen (z.B. „Kauft keine Früchte aus Südafrika“ oder „Boycottiert Pelze“ etc.).

Zwar reichen individuelle Verhaltensänderungen für eine Ökologisierung nicht aus, dennoch liegt es allerdings auf der Hand, dass zahlreiche individuelle Konsummuster, die sich im Rahmen des fordistischen Kapitalismus durchgesetzt haben, einer grundlegenden Umgestaltung bedürfen.

Ökosteuer: Die Idee

Wir konzentrieren uns im Folgenden auf die ökonomischen Instrumente einer marktkonformen ökologischen Modernisierung. Wie anhand der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie zu sehen war, ist es auch im Mainstream kaum umstritten, dass „im stofflichen und energetischen Grundumsatz der Industriegesellschaft selbst das zentrale ökologische Problem liegt, dem man sich heute stellen muss, wenn die Gesellschaft zukunftsfähig bleiben soll“.² Zur Lösung wird in erster Linie auf technologische Innovation gesetzt. Diese soll die Ressourceneffizienz erhöhen und dabei vom postulierten Wandel zur „immateriellen Dienstleistungsgesellschaft“ unterstützt werden.³ Die Einschränkung des individuellen, betrieblichen und staatlichen Konsums bzw. dessen Verlagerung auf „ökoeffiziente Dienstleistungen“ und Waren mit kleinem „ökologischen Rucksack“ soll den Trend verstärken. Für den eingeklagten „Wertewandel“ und die ökologische Technologieoffensive ist das Instrument der ökologischen Steuerreform der Dreh- und Angelpunkt.

„Ökologisch orientierte Steuern und Abgaben bezwecken eine indirekte Verhaltenslenkung aller ökonomischen Ak-

teure durch eine steuerliche Anhebung der (relativen) Preise für ökologisch bedenkliche Produkte, Faktoren, Verfahren usw.“⁴ Die Ökosteuer soll einen Anreiz zu sparsamem Ressourceneinsatz bieten. Als marktconformes Instrument und im Unterschied zu ordnungsrechtlichen Maßnahmen soll sie zudem von der „Effizienz“ der Marktkräfte profitieren: Sie wirkt als ständiger Anreiz und ökoeffizienzsteigernde Investitionen werden dort getätigt, wo sie am kostengünstigsten sind; was allerdings nicht unbedingt bedeutet, dass sie dort auch in stofflich-energetischer Hinsicht am günstigsten platziert sind, denn die Sphäre des abstrakten ökonomischen Werts, wie er in Preisen, Profiten und in der Konkurrenz darum zum Ausdruck kommt, steht mit einem ökologischen, an konkreten Stoff- und Energieeffizienzen ausgerichteten Handeln in einem allenfalls indirekten Zusammenhang.

Die meistdiskutierte Konkretisierung dieses Ansatzes ist die öko-soziale Steuerreform. Sie soll eine aufkommensneutrale Verteuerung natürlicher Ressourcen, insbesondere durch eine Steuer auf Primärenergie (Kohle, Erdgas, Öl) bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit erreichen. „Mit dieser Verschiebung der relativen Preise zwischen Kapital, Arbeit und Umwelt soll gleichzeitig die Umweltqualität verbessert und ein Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit geleistet werden. (...) Hierdurch würden vermehrt Investitionen in die Steigerung der Ressourcenproduktivität gerichtet statt wie bisher vorrangig in die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Durch die Aufkommensneutralität werde es zwar zu Verschiebungen zwischen den Branchen, nicht aber zu einer Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt kommen.“⁵ Die theoretische Begründung der Ökosteuern besteht zum einen in der Korrektur einer behaupteten „Externalisierung von ökologischen Kosten“ (Ansatz nach Pigou). Belastung und Schädigung natürlicher Ressourcen gingen nicht in die Marktpreise ein und bedürften daher einer steuerlichen Korrektur. Natur koste bis dato

nichts und sei deshalb auch „nichts wert“. Zum anderen wird argumentiert, dass sich in den Marktpreisen für „erschöpfliche Ressourcen“ (Rohstoff- und Energiequellen, Abfallsenken usw.) zwar kurzfristige, nicht aber langfristige Knappheiten abbildeten, die im Falle ihrer „Internalisierung“ zu höheren Preisen als den gegenwärtigen führen müssten (Ansatz nach Hotelling). Könnten kommende Generationen auf unseren Rohstoffmärkten mitbieten, würden sie z.B. die Ölpreise nach oben treiben, da sie sich ebenfalls einen Anteil an den Ölvorkommen sichern wollten.

Die Vorstellung, dass bestimmte Ressourcen, Tätigkeiten und Güter monetär anders als am realen Markt zu bewerten seien, kehrt in der Nachhaltigkeitsdiskussion auch als Teilaspekt der Forderung nach einer „Ökologisierung des Bruttosozialprodukts“ immer wieder. „Der Erfolg einer Wirtschaft wird derzeit am Bruttosozialprodukt gemessen, als der Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen [sic! Anm.: der Autor meint natürlich die Summe abstrakten Werts]. Unberücksichtigt dabei bleiben die Qualität von Leben und Umwelt, gerechte Verteilung usw.“⁶ „Das Bruttosozialprodukt muss vor allem auch um diejenigen Leistungen korrigiert werden, die nur der Kompensation und der Vermeidung von Umweltschäden dienen. Gleichzeitig sind diejenigen Leistungen zu erfassen, die nicht über den Markt gehen. Bei der Beurteilung der gesellschaftlichen Wohlfahrt sind sie in die Betrachtung miteinzubeziehen.“⁷ Die Wirksamkeit von alternativen Indikatoren wirtschaftlicher Leistung bzw. der Wohlfahrt wird jedoch überschätzt, da der Zweck der Produktion für den Markt in jedem Fall im betriebswirtschaftlichen Gewinn und nicht in der Maximierung gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt besteht. Immerhin erleichtern solche „ökologisierten“ und erweiterten Indikatoren die Diskussion der tatsächlichen Wohlfahrtswirkungen von Wirtschaftswachstum.

Anstatt in der Produktion von Waren, die als konkrete Gebrauchswerte bloß als stoffliche Trägermedien abstrakten Werts gelten und dessen auf die Staatsangehörigen (BSP) bzw. auf ein nationales Territorium (BIP) bezogene Jahressumme eben die warenwirtschaftliche Leistung darstellt, das eigentliche Problem zu sehen, meint man, lediglich die Warenform und ihre Erscheinungen (Preise, BSP, BIP) anders gestalten zu müssen. Das Konzept

einer Internalisierung von – betriebswirtschaftlich gesehen – externen sozialen und ökologischen „Kosten“ läuft sogar auf eine zunehmende Ausdehnung der Warenform hinaus, was zusätzliches Problempotenzial schafft: „Mit einer Evaluierung bzw. einer Bepreisung von Natur wäre ihre kostenlose Nutzung zwar nicht mehr gegeben; durch diese Regulation durch Geld bekäme sie aber Kapitalcharakter und wäre in die ökonomische Struktur einer zunehmenden Inwertsetzung eingebunden, den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie und nicht ihren eigenen unterworfen. Offen bleibt hierbei zudem, wie diese quantitative Bepreisung qualitativer Natur überhaupt möglich sein soll.“⁸ Die im Ökodiskurs und insbesondere in den Ecological Economics⁹ verbreitete Rede vom „Naturkapital“ bringt diesen Sachverhalt ungewollt affirmativ zum Ausdruck, wenn damit auch nicht notwendigerweise die Vorstellung der Bepreisung von Natur verbunden ist. Der Begriff des „Naturkapitals“ liegt theoretisch jedenfalls in einem überhistorischen, das Soziale verdinglichenden Verständnis von Kapital begründet. Dazu passt auch die Sicht auf Arbeitskraft als einer „erneuerbaren Ressource“ (z.B. in der Grundsatzklärung von Attac-Österreich¹⁰) – das neoliberale „Humankapital“ lässt grüßen...

Der problematische Zusammenhang zwischen ökologischer Krisenverwaltung und Ausdehnung der Warenform zeigt sich in der Biodiversitätspolitik¹¹, im Handel mit Verschmutzungslizenzen¹² oder etwa in der Abfallwirtschaft.¹³

Der Zielkonflikt

Gehen wir nun von der allgemein-theoretischen Fragestellung zur konkreten Diskussion der Ökosteuer über. Ein seit langem problematisierter Widerspruch, der schon in der grundlegenden Konzeption der Steuer angelegt ist, besteht zwischen ihrer Lenkungs- und ihrer Finanzierungsfunktion. Primär ist das Ziel der Ökosteuer ja eine Einschränkung des Ressourcenverbrauchs. Wird damit aber der Anspruch verbunden, Einnahmen für marode Staatshaushalte, ökoefiziente Technologieentwicklung oder die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit zu gewinnen, besteht ein Zielkonflikt. Er würde zwar gemildert, wenn die Verbrauchs- und Emissionsreduktion auch ausgabenreduzierend wirkt, etwa im Gesundheitswesen¹⁴ oder – sollte sie tatsächlich die Beschäftigung fördern – am Ar-

beitsmarkt.¹⁵ Der Konflikt ist aber nicht grundsätzlich auflösbar, insbesondere wenn aufkommensstarke Steuern wie die Lohn- und Umsatzsteuer durch eine Belastung des Ressourcenverbrauchs ersetzt werden sollen, was für die mit der Ökosteuer meist verbundene Aufkommensneutralität vonnöten wäre. Denn die „Politik ist zur Deckung des Finanzbedarfs an möglichst unmerklichen und permanenten Zugriffen auf Tatbestände interessiert, die Ausdruck wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sind (...)“.¹⁶

Prinzipiell ist anzunehmen, dass die bereits eingetretenen Umweltschäden und krisenhaften Entwicklungen den Finanzbedarf in Summe ansteigen lassen denn reduzieren. Der Staat könnte daher schwerlich auf Einnahmen verzichten, er würde sie vielmehr erhöhen müssen. Die Schlussfolgerung liegt mithin auf der Hand: „Kurzfristig mag ein fiskalischer Erfolg von Lenkungsabgaben plausibel und mit Reaktions- und Anpassungsproblemen erklärbar sein; langfristig würde er indessen das Verfehlen des Lenkungsziels signalisieren.“¹⁷ Gern wird argumentiert, dass der Ressourcenverbrauch ja ohnehin nur in gewissen Grenzen reduziert werden könnte, die Besteuerungsgrundlage also in jedem Fall erhalten bliebe. Allerdings wäre bei der angestrebten Entkoppelung von Ressourcenverbrauchswachstum und Wirtschaftswachstum das Aufkommen bzw. Aufkommenswachstum durch Ökosteuern geringer als im Szenario ohne Ökosteuer, da das Aufkommen der Lohn- oder Mehrwertsteuer weitgehend direkt an das Wirtschaftswachstum gekoppelt ist. Zudem mindern Energiesteuern (sofern sie – wie anzunehmen ist¹⁸ – die Gewinne senken) die Bemessungsgrundlage der gewinnabhängigen Steuern. „Sie führen insoweit zur ‚Aushöhlung‘ der gewinnabhängigen Steuern, also insbesondere der Einkommen- und Körperschaftsteuer.“¹⁹ Dessen ungeachtet fordert etwa Attac-Österreich in seiner Grundsatzklärung sowohl höhere Besteuerung von Gewinn und Kapitaleinkommen als auch Energieabgaben, bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit.²⁰

Einige VertreterInnen der Ökosteuer führen gegen den Zielkonflikt ins Treffen, selbige ganz einfach mit jedem Einsparungserfolg zu erhöhen. Indem so die „Kostensteuern“ ausgedehnt werden, würde jedoch die Aushöhlung der gewinnabhängigen Steuern beschleunigt. Die Ökosteuer wäre auf diese Weise eine – verfassungsrechtlich unzulässige – „Er-drosselungssteuer“.²¹

Profitabilität und Konkurrenzfähigkeit leiden tendenziell unter der Ökosteuer, jedenfalls was die energieintensiven Unternehmen und Branchen angeht. Im Grunde wiederholt sich hier das Dilemma der Einkommensbesteuerung: Wenn Profitabilität und Wirtschaftswachstum nachlassen, schrumpfen auch die Staatseinnahmen, die aber gerade in einer Rezession besonders nötig wären.

Wie Mohssen Massarrat herausstellt, wären nach Berechnungen für Deutschland hohe Preissteigerungen von 14,6 Prozent jährlich vonnöten, um den Energiegesamtverbrauch um bloße 2,9 Prozent jährlich bzw. 25 Prozent in 10 Jahren zu reduzieren (das damalige Ziel der deutschen Bundesregierung)!²² Nicht allein die Industrie, sondern auch die privaten Haushalte werden eine solche „Erdrosselungssteuer“ schwerlich akzeptieren; noch dazu in Zeiten, die wirtschaftlich immer schwieriger werden.

Das Potenzial

Die Hoffnung, dass die Ökosteuer zu Anpassungsleistungen in Richtung Ressourcenersparnis führen würde, beruht auf einigen hinterfragbaren Annahmen. Diese betreffen zum einen die Wirkung auf die einzelnen Betriebe, zum anderen die volkswirtschaftliche Ebene, also die Wirkung auf die Nachfragestruktur. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Steuer in Form erhöhter Warenpreise auf die KonsumentInnen übergewälzt würde. Ein derartiger Preisanstieg für ressourcenintensive Waren mag zwar im Sinne einer „ökologischen Kostenwahrheit“ erwünscht sein, bedeutet aber einzelbetrieblich eine Abschwächung des Lenkungsziels.

Dabei ist noch nicht einmal ausgemacht, dass einer Verteuerung von Energie überhaupt durch vermehrten Einsatz von steuerlich entlasteter Arbeitskraft begegnet werden kann, wie das viele BefürworterInnen der Ökosteuer annehmen. *Erstens* sind Natur, Sachkapital und Arbeit nicht in beliebigen Relationen kombinierbar. *Zweitens* ist viel eher von einer Ersetzbarkeit zwischen Naturressourcen und Technologie und weniger zwischen Rohstoffinput und Arbeit auszugehen.²³ Voraussagbar ist lediglich, dass für die Unternehmen die Ressourcenersparnis neuer Maschinerie nun wichtiger als vor Einführung der Steuer wird. *Drittens* sind technologische Entwicklungsprozesse und laufende Investitionen auf hoher Stufenleiter bereits auf Arbeitskräfteeinsparung

ausgerichtet. Eine vorrangig durch Marktkräfte zu bewirkende Schubumkehr würde also zumindest beträchtliche Zeit benötigen, während ein fiktiver staatlicher Entwicklungsdirigismus immerhin einen gewissen Handlungsspielraum gegenüber den Marktgesetzen und insofern die zumindest theoretische Chance auf schnellere Erfolge hätte. *Viertens* würde es nicht genügen, bloß die Lohnnebenkosten zu senken, um den Ersatz von Maschinen durch Arbeitskraft rentabel zu machen, wie im Zusammenhang mit der Ökosteuer vielfach behauptet wird.²⁴ Das liegt zum einen daran, dass Arbeitskraft für Unternehmen nicht nur direkter, sondern in Form von menschlichen Ansprüchen und „Störpotenzialen“ (Streiks, Fehler) auch indirekter Kostenfaktor ist. Zum anderen sind schon allein die Lohnkosten in den Industrieländern so hoch, dass Arbeitskraft wenn möglich eingespart wird. Gerade die hohe Arbeitsproduktivität, die mit hohem Energieverbrauch einhergeht, hält die Lohnstückkosten in den Industriestaaten so niedrig, dass trotz hohen Lohnniveaus die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Produktion sicher gestellt ist. Eine Zurücknahme der Arbeitsproduktivität würde damit die Wettbewerbsfähigkeit bedrohen. Zwar wird argumentiert, dass eine Verteuerung der Transporte durch die Ökosteuer auch den Standortwettbewerb entschärfen würde²⁵, das scheint aber fraglich: Im Vergleich mit der Länge globaler Transportwege fällt eine Transportverteuerung auf nationalem Territorium wohl nur wenig ins Gewicht. Wäre sie tatsächlich von Bedeutung, so erlitt die nationale Produktion jedenfalls einen Wettbewerbsnachteil.

Was die einzelnen Betriebe anlangt, ist das Ausmaß der ökologischen Anpassungsleistung, die eine Ökosteuer induzieren kann, somit als eher gering einzuschätzen. Wenn die ökologische Anpassungsleistung einem Betrieb zu kostenintensiv ist, bleibt diesem zudem die Möglichkeit abzuwandern.

Anders stellt sich das Potenzial der ökologischen Anpassungsleistung auf der Ebene der Volkswirtschaft dar. Hier würden die Nachfragenden ihre Warenkörbe wegen der verteuerten ressourcenintensiven Waren tendenziell verändern und damit wahrscheinlich die Produktionsstruktur beeinflussen. Allerdings nur innerhalb bestimmter Grenzen. *Erstens* sind langfristige Gewöhnungseffekte an Preisanstiege bekannt²⁶, *zweitens* sind nicht alle ressourcenintensiven Waren und Produktionsprozesse beliebig durch res-

sourcenextensive bzw. arbeitsintensive Waren und Produktionsprozesse ersetzbar.

Zudem ist anzunehmen, dass der im 1. Teil unserer Serie²⁷ angesprochene „Rebound-Effekt“, wonach die im Zuge der Verbrauchsreduktion anfallenden Geldersparnisse für Investitionen in eine Ausdehnung der Produktion eingesetzt werden, positive ökologische Lenkungswirkungen abschwächt oder gar überkompensiert.²⁸ Eine solche Abschwächung ist auch dann anzunehmen, wenn von der ökologisch-sozialen Steuerreform positive Beschäftigungseffekte infolge einer Stärkung der Massenkaufkraft erwartet werden.²⁹

Grundsätzlich garantiert die Ökosteuer unter der Annahme fortlaufenden Wirtschaftswachstums keine absolute Verbrauchsabnahme. Das ist schon aus rein technischen Gründen kaum realistisch (siehe Teil 1 der Serie). Das oft im Namen der Ökosteuer genannte Beispiel der beiden Ölkrisen 1973 und 1978 zeigte, dass trotz drastischen Energiepreisanstiegs der absolute Verbrauch nur kurzfristig sank und mittelfristig lediglich das Verbrauchswachstum zurückging. Ökoeffizienzsteigerung wurde durch Wirtschaftswachstum überkompensiert.

Durchsetzung und Umsetzung

Nicht zu vergessen ist schließlich die soziale Komponente der ökologischen Steuerreform. Primär würde die Ökosteuer als Massenverbrauchssteuer wirken. Die unteren Einkommenschichten wären davon besonders betroffen, weil sie einen viel größeren Teil ihres Einkommens für Energie, Transport und Warenkonsum ausgeben als Besserverdienende. Verstärkt wird dieser Effekt noch durch die energietechnisch gewöhnlich schlechtere Ausrüstung einkommenschwächerer Haushalte, die sich zugleich Energiesparmaßnahmen schlechter leisten können. Abfederungsmaßnahmen wie beispielsweise gezielte Steuerentlastungen einkommenschwacher Schichten würden im Gegenzug den Einsparungseffekt durch die Ökosteuer dämpfen.

Im Ganzen scheint eine ökonomisch schmerzhaft, ökologisch wirksame Ökosteuer schwer bis nicht kalkulierbare soziale Wirkungen zu haben. So stellen zwei erklärte BefürworterInnen der Ökosteuer fest: „Die Verringerung der Produktion umweltschädlicher Güter, auch wenn sie von einer Umstellung auf neue, weniger umweltbelastende Produkte und Dienstleistungen begleitet ist, kann zwar durch-

aus mit gleichbleibenden (oder gar steigenden), aber auch abnehmenden Beschäftigtenzahlen einhergehen. Es besteht deshalb die Gefahr, dass sich bestehende soziale Fragen, wie weltweite Rezession und Arbeitslosigkeit sowie die öffentliche Finanzkrise in vielen Industrieländern, bei der erforderlichen ökologischen Umorientierung eher verschärfen.³⁰ Die von Ökosteuer-ProponentInnen immer wieder zitierten Ölkrisen der siebziger Jahre bestätigen zwar die Verbrauchswirksamkeit von massiven Energiepreisanstiegen, allerdings auch deren ökonomisch und sozial einschneidende Wirkung.

Das Urteil von Massarrat, wonach eine „Energiesteuer (...) entweder ökologisch nicht wirksam oder politisch nicht durchsetzbar“ ist³¹, mag hart klingen, scheint aber nach allem gut begründet. Die Einführung von Energiesteuern, die eine wirkliche Ökologisierung ermöglichen, ist unter realen marktwirtschaftlichen Bedingungen tatsächlich schwer vorstellbar. Die wenigen Erfahrungsbeispiele zeigen das auch: Im Vorzeigeland Dänemark etwa wurden alle privaten Firmen von der Energiesteuer befreit.³² Der bekannte Ökosteuerproponent Ernst Ulrich von Weizsäcker wollte schon 1996 die für die industrielle Produktion benötigte Energie von der Besteuerung ausnehmen.³³ Sieht man sich die durch Energieabgaben erreichte Wirkung auf den Energieverbrauch in jenen EU-Staaten mit Ökosteuern an (Dänemark, Niederlande, Norwegen, Schweden, Großbritannien), so ist das Ergebnis jedenfalls ernüchternd: der Gesamtverbrauch fossiler Energien ist in diesen Ländern nach der Steuerreform nicht gesunken, teilweise sogar drastisch gestiegen.³⁴

Vom Best Case zum Realistic Case

Selbst im Best-Case-Szenario vermag eine Energieabgabe nicht mehr als einen gewissen Beitrag zur Staatsfinanzierung, eher als Ergänzung, jedenfalls nicht in weitgehender Ersetzung der bisherigen Steuern auf Arbeit und Warenumsatz, zu leisten. Allenfalls wird noch das Wachstum des Energieverbrauchs gehemmt. Diese Einschätzung teilen auch die ÖkosteuerproponentInnen Nutzinger und Zahrt.³⁵ Es mag zwar ein Anreiz zur Verbesserung der Ökoeffizienz ausgehen³⁶, eine grundlegende Trendumkehr hin zur notwendigen absoluten Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist nicht zu erwarten. „Die ökologische Steuerreform und die Preise mögen zwar die

ökologische Effizienz erhöhen, können jedoch eine Steigerung von Energieverbrauch und Schadstoffemissionen in absoluten Mengen nicht verhindern.“³⁷

Es ist aber gar nicht einmal ausgemacht, dass in Anbetracht der Bedingungen kapitalistischer Produktion das Best-Case-Szenario überhaupt eine Chance auf Realisierung hat. Eine derart tiefgreifende Umgestaltung der Produktions- und Nachfragestruktur, der Waren- und Arbeitsmärkte, wie sie eine ernsthafte Ökosteuer im Visier hat, entfaltet aller Wahrscheinlichkeit nach eine destabilisierende, krisenverschärfende Wirkung. Die Verteuerung ressourcenintensiver Produktionen würde im Ernstfall zum Bankrott der entsprechenden Unternehmen, im besten Fall aber zu Wettbewerbsnachteilen am Weltmarkt führen, mit den entsprechenden Arbeitsplatzverlusten und Nachfrageeinbrüchen.

Neben dem erwünschten, ökonomisch positiven Effekt einer Förderung arbeitsintensiver und gleichzeitig ressourcenextensiver Branchen und Unternehmen wären auch negative ökonomische Effekte zu erwarten. Ökologisch besonders relevant sind ja die ressourcenintensiven Produktionsparten. Sie trifft eine ökonomisch schmerzhaft, also ökologisch wirksame Energiesteuer am härtesten. Der gestiegene Kostendruck erhöht zwar den Anreiz zur Ressourcenersparnis, schränkt im gleichen Zug allerdings die nötigen Investitionsmittel ein. Zudem gibt es branchenspezifisch unterschiedliche Grenzen der technisch möglichen Ressourcenersparnis. Realistisch ist jedenfalls die Annahme, dass ressourcenintensive Industrien, etwa im Bereich der Stahl- und Grundchemikalienproduktion, ins Ausland abwandern, wie eine Studie des RWI

1996 feststellte.³⁸ Der Arbeitsplatzverlust wäre demnach bedeutend und nicht kompensierbar. In dieser Studie wurde allerdings lediglich die Einführung einer Energiesteuer angenommen, tatsächlich wäre aus Sicht des ökologischen Steuerreform-Ansatzes jedoch eine Besteuerung aller Ressourcen, zumindest der nicht erneuerbaren, vonnöten. Die resultierenden Wettbewerbsnachteile durch Importzölle für ressourcenintensive Waren zu kompensieren – wie verschiedentlich vorgeschlagen – scheidet nicht allein an der WTO, sondern auch an der Unmöglichkeit, die aufgewendeten Energie- und Materialmengen zu bestimmen. Selbst wenn dies politisch möglich sein sollte, was nicht ernsthaft anzunehmen ist, wäre der bürokratische Aufwand jedenfalls enorm.³⁹

Die negativen Beschäftigungswirkungen eines Rückgangs ressourcenintensiver Produktionen sehen ÖkosteuroptimistInnen durch die Begünstigung von arbeitsintensiven Produktionszweigen kompensiert, in denen Arbeitsplätze geschaffen würden.⁴⁰ Einiges spricht gegen eine solche Hoffnung. *Erstens* ist das Investitionsniveau, eine zentrale Einflussgröße auf den Beschäftigungsgrad, primär von den Gewinnaussichten abhängig. Die sind in der „Realwirtschaft“ aber schon seit längerem unzureichend, weshalb sich die investive Tätigkeit zunehmend auf die Finanzwirtschaft verlagert hat. *Zweitens* könnte eine Schrumpfung der energieintensiven Sektoren negative Rückkopplungseffekte auf den Rest der Wirtschaft haben. Aufgrund der Arbeitsplatzverluste könnte die Nachfrage weitere Einbußen erleiden, wodurch der Effekt kumulativen Charakter annähme. *Drittens* stellt sich die Frage nach Umfang und Wachstumspotenzialen jener Wirtschaftssektoren, die

Mängelexemplar

Viele meiner Klassiker in Taschenbuchformat von Cechov und Hrabal über André Kaminski und Viktorija Tokarjewa bis Rosa Montero und B. Traven sind am oberen und unteren Beschnitt mit einem dicken schwarzen Filzstiftstrich oder einem Stempel „Preisreduziertes Mängelexemplar“ verunstaltet. – Bücher wie Briefmarken, wie Fahrkarten abgestempelt und entwertet? Warum beschädigt man diese tadellosen Exemplare mutwillig, wenn sie nicht mehr zum regulären Preis verwertet werden? Was weniger

2000 Zeichen
abwärts

kostet, hat weniger Wert zu sein? Auch wenn diese Abqualifizierungsattacke erst recht Zeit und Geld kostet? Warum werden ausgerechnet Bücher schlecht gemacht? Werden Klamotten ausverkauft, geht man ja auch nicht mit einem dicken wasserfesten Filzstift die Kleiderstangen entlang und verunziert Jacken und Hosen, Blusen und Röcke mit fetten schwarzen Strichen oder löchert sie wie eine Fahrkarte vor fünfzig Jahren.

PS: Ach so, die Buchpreisbindung muss da „übertüncht“ werden, oder was?

M.W.

wenig Energie und viel Arbeit brauchen, also eine Kompensation ermöglichen könnten. Nach Payer sind das Forschung und Entwicklung sowie biologische Landwirtschaft – beides Bereiche von relativ geringer potenzieller Beschäftigungswirkung – und „vor allem jene Dienstleistungsbranchen, welche die erforderlichen Leistungen für einen effizienten Energieeinsatz in Haushalten und Unternehmen anbieten.“⁴¹

Ein 2001 publizierter Vergleich verschiedener quantitativer Studien zur Beschäftigungswirkung einer Ökosteuer ergibt kein einheitliches Bild:⁴² Beschäftigungsrückgänge werden ebenso wie Beschäftigungszunahmen prognostiziert. Die Vergleichsstudie stellt aufgrund theoretischer Überlegungen allerdings sowohl den erhofften Rückgang der Umweltbelastung als auch die Verbesserung der Beschäftigungssituation in Frage.⁴³ Vermehrte Anstrengungen zum Klimaschutz durch Emissionsreduktion von Treibhausgasen führen bei Annahme von konstanten Energiepreisen, das heißt ohne Einführung einer Ökosteuer, nach der genannten Vergleichsstudie zwar zu positiven Beschäftigungswirkungen, jedoch wird festgehalten: „Für deutliche Verbesserungen am Arbeitsmarkt bedarf es gezielter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen oder auch Instrumente, die sowohl die Umwelt schonen, als auch die Beschäftigung fördern.“⁴⁴ Worin diese Maßnahmen und Instrumente bestehen sollen, darüber breitet die Studie einen Mantel des Schweigens.

Letzlich ist es eine Frage des (allzu) guten Glaubens, einen positiven Netto-Beschäftigungseffekt der Ökosteuer anzunehmen. Dass gerade in einer wirtschaftlich kritischen Lage, wie sie mit der Globalisierung epidemisch wird, das Hazardspiel einer ökonomisch schmerzhaften Ökosteuer eine echte Chance auf politische Durchsetzung hat, ist unwahrscheinlich. Nicht zuletzt im Angesicht einer Bevölkerungsmehrheit, deren Leben – ungeachtet der persönlichen Haltung zur ökologischen Problematik – unmittelbar von Arbeit und Geldeinkommen abhängt.

Abschied von der Inselperspektive

Was die Weltmarktpreise der besteuerten Energieträger, allen voran des Erdöls, betrifft, so haben wir bei der Diskussion der ökologischen Steuerreform bis jetzt eine „Inselperspektive“ eingenommen. In der öffentlichen Debatte wird diese Perspektive üblicherweise auch nicht in Frage gestellt. Die stillschweigende Annahme lau-

tet, dass eine Energieabgabe ohne Wirkung auf die Energieanbieter bleibt. Das ist allerdings nicht nur unrealistisch, sondern verschleiert eine wesentliche Problematik des Ökosteuer-Konzepts, wie Mohssen Massarrat gezeigt hat.⁴⁵

Die Weltmarktpreise für Rohöl weisen seit Jahrzehnten eine fallende Tendenz auf. Lediglich kurzfristig waren Preissteigerungen zu verzeichnen, so etwa in den siebziger Jahren.⁴⁶ Die wichtigsten erdöl-exportierenden Staaten sind wenig industrialisiert und stark vom Erdölexport abhängig. Bei einer Verschlechterung der Rohölpreise sind sie daher gezwungen, die Exportmenge zu erhöhen, was den Preis aufgrund des resultierenden Überangebots am Weltmarkt noch weiter nach unten treibt. Dieser Tendenz möchte zwar das Erdölkartell OPEC entgegen wirken, war dazu aber mit Ausnahme der siebziger Jahre kaum in der Lage.

Bei Einführung einer Primärenergiesteuer auf Rohöl würde der Preis, den die Konsumenten zahlen, erhöht, und der Preis, den die Produzenten erhalten, gesenkt. Die Differenz fiele dem Staat zu. Würde die Ölnachfrage aufgrund der Steuer sinken, so bliebe den Produzenten aufgrund ihrer wirtschaftlichen Zwangslage – wie auch jetzt schon – nichts anderes übrig, als mit einer Erhöhung der Fördermengen zu reagieren. Innerhalb des Wirtschaftsraums, in dem die Ökosteuer zu entrichten ist, bestünde kein Anreiz, den Energieverbrauch einzuschränken, und im Vergleich zur gegenwärtigen Lage gäbe es einen „Einkommenstransfer“ von Süd nach Nord. Es käme aber sogar noch schlimmer: Senkte sich das Preisniveau am Weltmarkt, stiege der Ölverbrauch in der übrigen Welt an.

Wie gezeigt, löst die öko-soziale Steuerreform aller Voraussicht nach weder das Problem der Arbeitslosigkeit noch schafft sie eine ökologische Trendumkehr, ermöglicht aber, ihrem erklärten Ziel entsprechend, eine weitere Senkung der Lohnnebenkosten. Wäre sie ökologisch auch ein Schlag ins Wasser, gelänge es durch ein „quersubventioniertes“ Lohn-dumping „immerhin“, einen Vorteil im globalen Standortwettbewerb heraus zu holen.

Anmerkungen

- 1 Andreas Exner, Ernst Schriefl (2004): *Nachhaltiger Kapitalismus? 2. Teil: Die gängigen Leitbilder der Nachhaltigkeit und ihre Schwächen*. Streifzüge 30.
- 2 Hans G. Nutzinger, Angelika Zahrnt

(1994): *Ökologisch-soziale Marktwirtschaft und nachhaltiges Wirtschaften*, S. 12, in: Rudi Kurz, Angelika Zahrnt (Hrsg.): *Marktwirtschaft und Umwelt*.

- 3 Kritisch dazu: Christian Girschner (2003): *Die Dienstleistungsgesellschaft. Zur Kritik einer fixen Idee. Eine „Ökologisierung des Kapitalismus durch Dienstleistungen“ ist in keinem Fall zu erwarten – auch wenn man den kaum haltbaren Begriff der „Dienstleistung“ in der üblichen Unschärfe zur Anwendung bringt und einen „sektoralen Wandel zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft“ behauptet; siehe dazu Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf (1999): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, S. 325 ff. Erstens geht die Informationsverarbeitung mit hohem Ressourcenverbrauch einher, sowohl was die Produktion als auch den Betrieb der Informations- und Kommunikations-Technologie betrifft. Zweitens dient die Ausdehnung von Informationsverarbeitung und „Dienstleistung“ in erster Linie einer wachsenden, ressourcenintensiven „Materialökonomie“ (nicht zuletzt sind die industriell erzeugten Produktionsmittel für den Informationssektor der am stärksten wachsende Warenstrom). Drittens beschleunigen viele „Dienstleistungen“ die Zirkulation von Kapital und damit des Warenumsatzes mit entsprechenden ökologischen Belastungen. Und viertens können informationstechnische Dienste und Infrastrukturen nicht den physischen Transport mit seinem Ressourcenverbrauch ersetzen. Die verschiedentlich in die Diskussion gebrachte naive Utopie einer endlos und ökologisch unbedenklich wachsenden Wirtschaft auf Basis „personenbezogener Dienstleistungen“ (Massage, Therapie, etc.) muss allein schon am großen und letztlich durch die Tageslänge begrenzten Zeitaufwand für Produktion und Konsum der entsprechenden Waren scheitern. Klarerweise fehlt auch das nötige Mas-seneinkommen für ihren Konsum.*

- 4 Hans G. Nutzinger, Angelika Zahrnt (1994): a. a. O., S. 18.
- 5 A. a. O., S. 20.
- 6 Anselm Kratochwil (1996): *Die Umweltkrise aus ökologischer Sicht. Historische Entwicklung und aktuelle Bilanz*, S. 133, in: Evangelische Akademie Baden (Hrsg.): *Zukunft für die Erde. Nachhaltige Entwicklung als Überlebensprogramm. Band 2: Dimensionen der ökologischen Krise*.
- 7 Hans G. Nutzinger, Angelika Zahrnt (1994): a. a. O., S. 13.
- 8 Athanasios Karathanassis (2003): *Naturzerstörung und kapitalistisches Wachstum. Ökosysteme im Kontext ökonomischer Entwicklungen*, S. 142.

- 9 Vgl. z.B. Herman Daly (1999): *Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung*.
- 10 <http://www.attac-austria.org>
- 11 Ulrich Brand (2000): *Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise. Konturen kritischer NRO-Forschung. Das Beispiel der biologischen Vielfalt*. Christoph Görg, Ulrich Brand (Hrsg., 2002): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“*. Christoph Görg (2003): *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*.
- 12 Saral Sarkar (1999): *Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen*. Achim Brunnengräber (2002): *Umwelt- oder Gesellschaftskrise? Zur politischen Ökonomie des Klimas*, in: Christoph Görg, Ulrich Brand (Hrsg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“*.
- 13 Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf (1999): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, S. 470.
- 14 Klaus Gretschmann, Helmut Voelzkow (1990): *Die Quadratur des Kreises: Energieabgabe und Rentenversicherung*, in: Hans G. Nutzinger, Angelika Zahrnt (Hrsg.): *Für eine ökologische Steuerreform. Energiesteuern als Instrumente der Umweltpolitik*.
- 15 Dieter Ewringmann (1990): *Finanzpolitische Probleme*, S. 68, in: a.a.O.
- 16 A.a.O., S. 63.
- 17 A.a.O., S. 64.
- 18 Vgl. z.B. Prognos (2001, Hrsg.): *Klimaschutz und Arbeitsplätze. Sind klimaschützende Maßnahmen ein sinnvoller Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik?*, S. 19, sowie: *Forum für Energiemodelle und Energiewirtschaftliche Systemanalysen in Deutschland* (1999, Hrsg.): *Energiemodelle zum Klimaschutz in Deutschland. Strukturelle und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen aus nationaler Perspektive*. Gelingt es den Herstellern von in der Regel sehr energie- (und rohstoff-)intensiv hergestellten Investitionsgütern, die erhöhten Energiekosten überzuwälzen, so verschlechtert sich jedenfalls der Gewinn der Unternehmen, die mit diesen Investitionsgütern produzieren – womit negative Wachstumsimpulse und Beschäftigungsrückgänge wahrscheinlich werden (vgl. Prognos 2001, a.a.O.). Der Rückgang der Gewinne könnte zwar durch eine Senkung der Lohnnebenkosten kompensiert werden, damit erodieren allerdings die Einnahmen aus der Besteuerung von Arbeit; eine positive Beschäftigungswirkung durch Lohnsenkung scheint zumindest fraglich (siehe Text).
- 19 Dieter Ewringmann (1990): a.a.O., S. 65, in: a.a.O.
- 20 Forderung Nr. 10, siehe unter <http://www.attac-austria.org>
- 21 Dieter Ewringmann (1990), a.a.O., S. 67.
- 22 Mohssen Massarrat (1998): *Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für eine nachhaltige Klimaschutzpolitik durch Mengenregulierung*.
- 23 Klaus Gretschmann, Helmut Voelzkow (1990): a.a.O., S. 83.
- 24 Vgl. dazu kritisch Saral Sarkar (1999): a.a.O., S. 253 f.
- 25 Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf (1999): a.a.O., S. 530 f.
- 26 Klaus Gretschmann, Helmut Voelzkow (1990): a.a.O., S. 84.
- 27 Ernst Schriefl, Andreas Exner (2003): *Nachhaltiger Kapitalismus? 1. Teil: Über den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit*, in: *Streifzüge* 3/2003.
- 28 Der Reboundeffekt wäre allerdings geringer, weil eben die Energie- bzw. Rohstoff-Kosten höher wären und deshalb die monetäre Einsparung im Vergleich zum Fall ohne Ökosteuer erst dann tragend wird, wenn die Effizienzverbesserung die Kostensteigerung überkompensiert.
- 29 Wie in Harald Payer (1990): *Wen trifft die Energiesteuer? Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher am Beispiel Österreichs*, in: Hans G. Nutzinger, Angelika Zahrnt (Hrsg.): *Für eine ökologische Steuerreform. Energiesteuern als Instrumente der Umweltpolitik*.
- 30 Hans G. Nutzinger, Angelika Zahrnt (1994): *Ökologisch-soziale Marktwirtschaft und nachhaltiges Wirtschaften*, S. 8, in: Rudi Kurz, Angelika Zahrnt (Hrsg.): *Marktwirtschaft und Umwelt*.
- 31 Mohssen Massarrat (1998): a.a.O., S. 167.
- 32 Sabine Spelthahn (1990): *Energiesteuern in der Praxis. Am Beispiel Dänemarks*, in: Hans G. Nutzinger, Angelika Zahrnt (Hrsg.): *Für eine ökologische Steuerreform. Energiesteuern als Instrumente der Umweltpolitik*.
- 33 Zit. nach Saral Sarkar (1999): a.a.O., S. 256. Franz Josef Radermacher, ein führender Proponent der ökosozialen Marktwirtschaft, argumentiert wie folgt: „Bei der Ökosteuer hofft man durch eine gleichzeitige Senkung der Lohnnebenkosten auf einen doppelten Gewinn. Leider bringt dieser Ansatz die Gefahr mit sich, dass die Produktion in bestimmten Branchen aus Deutschland oder in weiterer Folge aus der Europäischen Union in andere Regionen abwandert, wo sie dann unter ökologisch belastenderen Standards als bisher bei uns weitergeführt wird. Das erfordert eine sehr durchdachte Dimensionierung solcher Ökosteuern. Ein weiteres Problem bei einer primär europäischen Umsetzung ist die relativ niedrige Grenzeffizienz von zusätzlichen Umweltschutzmaßnahmen innerhalb von Europa, da hier bereits ein hoher Standard der Öko-Technik und -Effizienz erreicht worden ist.“. Zitiert aus: Franz Josef Radermacher (2002): *Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung*, S. 62. Nebenbei bemerkt, hält Radermacher damit fest, dass in Europa – entgegen dem in der Debatte vorherrschenden und an anderen Stellen von ihm auch selbst vertretenen Technikoptimismus – die technischen Einsparungspotenziale hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs bereits weitgehend ausgeschöpft sind.
- 34 Mohssen Massarrat (1998): *Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für eine nachhaltige Klimaschutzpolitik durch Mengenregulierung*.
- 35 Hans G. Nutzinger, Angelika Zahrnt (1994): a.a.O.
- 36 Vgl. z.B. Mohssen Massarrat (1998): a.a.O., S. 172.
- 37 Mohssen Massarrat (1998): a.a.O., S. 173.
- 38 Saral Sarkar (1999): a.a.O., S. 255.
- 39 Saral Sarkar (1999): a.a.O., S. 271 f.
- 40 Harald Payer (1990): a.a.O.
- 41 A.a.O., S. 172 f.
- 42 Prognos (2001, Hrsg.): *Klimaschutz und Arbeitsplätze. Sind klimaschützende Maßnahmen ein sinnvoller Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik?*, S. 31 ff. Für die teils beträchtlichen und kausal nicht immer nachvollziehbaren Abweichungen in den Ergebnissen sind Unterschiede in den Annahmen und der Art der Modelle verantwortlich. Ob die in den Studien verwendeten Input-Output- bzw. Gleichgewichtsmodelle überhaupt in der Lage sind, valide Prognosen über die Beschäftigungswirkung von Ökosteuern abzugeben, sei dahingestellt; zur Kritik von Gleichgewichtsmodellen siehe z.B. Michael Heinrich (1999): *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*, S. 68 ff.
- 43 A.a.O., S. 18 f.
- 44 A.a.O., S. 200. vgl. auch a.a.O., S. 56.
- 45 Mohssen Massarrat (1998): *Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für eine nachhaltige Klimaschutzpolitik durch Mengenregulierung*.
- 46 Mohssen Massarrat (1998): a.a.O., sowie: Athanasios Karathanassis (2003): a.a.O., S. 132 ff.

Streifzüge 2002–2004

1/2002

Lorenz Glatz, Afghanistan: „Kein Krieg um Öl“
 Gerold Wallner, Schmähohne! Zum Antisemitismus
 Robert Kurz, Geld und Antisemitismus
 Thomas Schmidinger, Islamischer Antisemitismus?
 Bernhard Schmid, Schlagt den Moslem, wo ihr ihn trefft?
 Ernst Lohoff, Von Auschwitz nach Bagdad (1991)
 Ilse Bindseil, Auschwitz und Wahnwitz
 Ilse Bindseil, Anmerkungen zu Scheit „Kosovo und Auschwitz“
 Franz Schandl, Auf dem Minenfeld
 Heinz Blaha, „Leben im Sterben“
 Anselm Jappe, Wegbereiter der Wertkritik: Roman Rosdolsky
 Christoph Hesse, Neue Medien, alte Scheiße
 Sabine Nuss/Michael Heinrich, Freie Software und Kapitalismus

2/2002

Lothar Galow-Bergemann, Selbst-Bewegung statt Auto-Mobilismus
 Franz Schandl, Wie wir auf das Auto gekommen sind
 Franz Schandl, Kind und Straße
 Franz Schandl, Fahrrad und Marktwirtschaft
 Robert Kurz, Amok und Moralität
 Gerold Wallner, Aber sag's nicht weiter
 Paolo Lago, Die Bedeutung von „labor“
 Lorenz Glatz, „Jüdischer Staat“ und „Befreiung Palästinas“
 Robert Kurz, Die Jubelperser der Weltpolizei. Zu Bahamas/ISF
 Gerold Wallner, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht
 Franz Schandl, Der Melderreiter: Über Günther Anders

3/2002

Martin Dornis, Anti-Politik ist eine Möglichkeit
 Franz Schandl, Kommunismus und Klassenkampf
 Franz Schandl, Desinteresse und Deklassierung
 Gerold Wallner, Schlaf gut
 Robert Kurz, Politische Ökonomie der Menschenrechte
 Franz Schandl, Der unterschätzte Schwiegersonn. Zu Paul Lafargue
 Roger Behrens, Eine kleine Bemerkung zur Liebe
 Franz Schandl, To catch with the eyes. Zum Netz
 Franz Schandl, Appetitio in prospectu. Kant und Hegel vor dem Sexshop
 Ernst Lohoff, Die Ware im Zeitalter ihrer arbeitslosen Reproduzierbarkeit
 Andreas Wally, Frische Blumen am Grab
 Robert Kurz, Gegenrealismus
 Franz Schandl, Versprochenes wie Gebrochenes. Zum Wahlversprechen

1/2003

Lorenz Glatz, Warum läuft Herr B. Amok?
 Gerold Wallner, Nachgereichtes und Vorausgesetztes –
 Zu Kurz
 Robert Kurz, Die Illusion vom neuen Marshall-Plan
 Lorenz Glatz, Denn für diese Welt ist der Mensch
 nicht schlau genug
 Franz Schandl, Transnational statt internationalistisch!
 Andreas Exner, Schiefe Ebenen – Gedanken zur Globalisierungskritik
 Ernst Lohoff, Der Triumph des Irrealis –
 Arbeitswahn und linke Identität
 Maria Wöflingseder, Einfach umwerfend! Über Arbeitslosigkeit
 Gerold Wallner, L'État c'est quoi...
 Franz Schandl, Jenseits der Gerechtigkeit –
 Attacke gegen den Wertekanon
 Stefan Meretz, Zur Theorie des Informationskapitalismus, 1. Teil
 Norbert Trenkle, Informalisiertes Elend – Informeller Sektor und
 Warenproduktion

2/2003

Lorenz Glatz: Ratlos unzufrieden – Warum es eine gute Zukunft nur jenseits
 von Markt und Staat geben kann
 Robert Kurz: Jenseits des Klassenkampfes
 Franz Schandl: Sozialkritik in Zeiten der Konterreform
 Martin Dornis: Männer, zum Lichte, zur Arbeit! Der Arbeitswahn der kapitalistischen
 Moderne und sein Ende
 Erich Ribolits: Wieso sollte eigentlich gerade Bildung
 nicht zur Ware werden?
 Paolo Lago: Verweigerung des Alltags und der Arbeit – Ein Wiedersehen mit
 „Stroszek“
 Maria Wöflingseder: Wie moderne Prediger
 Gerold Wallner: Kein Blut für Demokratie
 Ernst Lohoff: „Die Furie des Zerstörens“ – Gewalt und Krieg in der neuen
 Weltunordnung
 Erich Ribolits: Mythos Intelligenz
 Stefan Meretz: Zur Theorie des Informationskapitalismus, 2. Teil
 Extra: Das große Adorare: Erklärung der Bahamas Redaktion

3/2003

Helmuth Kraus: Von der Tradition zur Realität?
 Brief an den Vorstand und die Mitglieder der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft
 Andreas Exner: Von Schräubchen und von Mythen –
 Zu Christian Felber und der Pensionsdebatte
 Ernst Schriefel & Andreas Exner: Nachhaltiger Kapitalismus? Teil 1: Über
 den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit
 Franz Schandl: Sustainability?
 Verwürfe zum ökologischen Dauerlutscher der Nachhaltigkeit
 Franz Schandl: Lob der Politikverdrossenheit
 Anselm Jappe: Stalin kommt im Zug zurück
 Robert Kurz: Die Tücken des Finanzkapitals – 1. Teil: Innere Grenzen der
 Akkumulation, verkürzte Kapitalismuskritik und antisemitisches Syndrom
 Bernhard Schmid: Von vermeintlichen Linken und ihren Vorbildern
 Ernst Lohoff & Norbert Trenkle: Demokratiegespenster
 Robert Kurz: Wolpertinger im Jurassic Park –
 Die unaufhaltsame Regression der deutschen linksradikalen Szene
 Franz Schandl: Horizontale Andacht – 3000 Anschläge gegen die Dumm-
 dreistigkeiten des Oliver Marchat

1/2004

Christian Höner: Was ist der Wert? Über das Wesen des Kapitalismus – Eine
 Einführung
 Franz Schandl: Mehrwert und Verwertung –
 Ausführungen zum Okkultismus der Ware Arbeitskraft
 Franz Nahrada: Welchen Reichtum?
 Stefan Meretz: What's Copyleft? Kurze politökonomische Betrachtung
 Andreas Exner: Der Ernst des Lebens – Arbeit im Sinkflug
 Achim Bellgardt: Die Simulation der Simulation –
 Ein Augenzeugenbericht von der Privatisierung der Arbeitslosenverwaltung
 Lothar Galow-Bergemann: Der Nächste bitte... Bemerkungen zur aktuellen
 Durchkapitalisierung des Lebens am Beispiel der Krankenhäuser
 Maria Wöflingseder: „Je mehr Magenschmerzen, desto süßer lächeln sie“
 Positives Denken – vom Esoterik-Ideologem zum klassischen Gleitmittel
 Akzeptanz und Widerstand – Mailwechsel zu Franz Schandl „Sozialkritik
 in Zeiten der Konterreform“ (Streifzüge 2/2003)
 Karl-Heinz Wedel: Zwischen den Zähnen – Kant und der Kannibale:
 „Kritik der praktischen Vernunft“ als Praxis
 Lorenz Glatz: Das Kampfhundsyndrom – Kurzer Versuch über eine verheerende
 alltägliche Unauffälligkeit im kritischen Betrieb
 Andreas Exner & Ernst Schriefel: Nachhaltiger Kapitalismus?
 2. Teil: Die gängigen Leitbilder der Nachhaltigkeit und ihre Schwächen
 Erhard Meueler: „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ – Rückblick in
 ideologiekritischer Absicht
 Lorenz Glatz: Von der Herrenbildung zur Begabungswirtschaft – Vier
 Betrachtungen über Menschsein und Bildung zum Zwecke der Skandalisierung
 diverser Fortschritte
 Wertkritische Kommunisten Leipzig: Kommunismus ist machbar!
 Zehn Thesen zur emanzipatorischen Transformation nebst Erläuterungen

Nachbestellungen alter Exemplare (inklusive Porto): 3 Euro pro
 Einzelstück, ab 3/2001 4 Euro, 8–10 Euro pro alter Jahrgang bzw.
 4 Stück, 12 Euro für 5 Stück, 20 Euro für 10 Stück, gesammelte
 lieferbare Werke ab 35 Euro. Überweisungen bitten an: Kritischer
 Kreis, PSK, Kontonummer 93 038 948 (Bankleitzahl 60 000). Für
 Deutschland: Franz Schandl, Postbank Nürnberg, Kontonummer
 405 952 854 (Bankleitzahl 760 100 85)

Sie schlafen nicht im Zombie-Zirkus

EIN BEMERKENSWERTES BUCH VON KATHRIN RÖGGLA ÜBER DIE PROTAGONISTINNEN DER NEW ECONOMY

von Maria Wöflingseder

Bücher, die in den Bestsellerlisten rangieren, gehören in der Mehrzahl nicht zu denen, die mein besonderes Interesse wecken. Eine Ausnahme sei hier vorgestellt.

Der senior associate: müsse er zugeben: ein wenig geistesgestört seien die arbeitszeiten schon, das sei ihm klar, wenn einem die arbeit nicht über alles gehe, dann könne man das auch nicht machen, das verstünde sich von selbst. man mache ja locker 14 stunden, wenn nicht gar 16 oder mehr. und das sei natürlich ein riesenunterschied. gerade diese zwei stunden mehr, die einem von der freien Zeit noch abgeknappst würden, die könnten sie einem irgendwann nicht mehr bezahlen. diese letzte stunde freizeit, die sie einem wegnähmen, die sei einfach die teuerste. müsse er zugeben: die wenigsten könnten so was auf dauer durchhalten. (...)

anfangs sei er da ja mehr rangegangen mit der haltung – ‚sozusagen‘: das sei ja nicht er, der den job mache. er spiele vielmehr eine rolle, er spiele vielmehr mit und schaue sich das sozusagen an. oder eine art experiment, das er mit sich durchführe, unter dem motto: mal sehen, wie sich diese welt so anfühlt. das sei eine haltung, die man so nicht durchziehen könne. er würde sagen, nicht länger als zwei wochen durchhalten könne, weil das eben ein job sei, der einen 100 % fordere. man könne nicht 16 stunden am tag arbeiten und dem team gegenüber eine emotionale schranke haben, das ginge nicht. zumindest bei ihm nicht. möglicherweise könnten das andere, aber er sei nicht der typ, der 24 stunden eine rolle spiele, nein, das sei er nicht.“

Dieser Duktus, dieser Jargon, diese Kunstsprache ist der Ton dieses Buches. Dramaturgisch geschickt in indirekte Rede gesetzt, in dritter Person über sich selbst sprechend, häufige Wiederholungen, viel Konjunktiv, außerdem konsequente Kleinschreibung. Kathrin Röggl hat für ihren neuen Roman „wir schlafen nicht“ an die dreißig mehrstündige Gespräche mit VertreterInnen der New Economy geführt, mit Unternehmensberatern, Online-Redakteurinnen, Consultants, Key Account Managerinnen, Coa-

ches, Programmierern und Praktikantinnen. Verarbeitet hat sie all das Recherierte zu einem Buch, das die Aufmerksamkeit, die es erregt, verdient; zu einem Buch, das Rögglas sprachliches Potenzial, welches ihr in der Vergangenheit auch jene bescheinigt haben, die – so wie ich – mit ihren bisherigen Büchern nicht viel anfangen konnten, voll zur Geltung bringt. Die 1971 geborene Salzburgerin, die seit über zehn Jahren in Berlin lebt, debütierte im Jahr 1995 mit „Niemand lacht rückwärts“. Es folgten „Abrauschen“, „Irres Wetter“ und „really ground zero“. Sie bekam unter anderem den Sacher-Masoch-Preis und den Italo-Svevo-Preis.

Über harte bwl, koma und gespenster

In „wir schlafen nicht“ gibt es keine Handlung im herkömmlichen Sinn, es wird nur geredet, quasi ein Orginaltonhörspiel zum Lesen. Die sechs ProtagonistInnen – die Charaktere, auf die Röggl ihr „Forschungsmaterial“ gekonnt verdichtet hat – erzählen einer imaginären Interviewerin, die nie direkt in Erscheinung tritt, in 33 Kapiteln unter anderem über life-style, den mckinsey-king, harte bwl, privatleben, schmerzvermeidung, wir schlafen nicht, koma, gespenster, schock, gedächtnis, runterkommen und exit-szenarien: die key account managerin, 37; die praktikantin, 24; die online-redakteurin, 42; der it-supporter, 34; der senior associate, 32; und der partner, 48.

Der Ort des (Reflexions-)Geschehens ist auf einer Messe angesiedelt und in der Branche der Unternehmensberater. Die Messe, ein Ort der verschärften Bedingungen. Röggl erklärt gegenüber Irene Binal von Ö1, die Messe sei ein Ort, wo drei Dinge gleichzeitig geschehen. Es wird normal gearbeitet, es werden Verträge geschlossen und Vereinbarungen getroffen. Es geht aber auch um Selbstdarstellung, man verkauft sich selbst über die Stände, über die Rhetoriken. Und das Ganze findet überdies auf einer medialen Ebene statt.

Messen waren es auch oftmals, auf denen Röggl ihre InterviewpartnerInnen aufstöberte. Messen, auf denen „es mit

der kulinarischen versorgung überhaupt nicht klappt“. „unglaublich, da steht ein freßstand an dem anderen, und keiner hat was vernünftiges!“

Killerschlaf am Bürotisch

Der Schlafentzug taucht im Buch immer wieder auf: „nee, schlafen sei nicht schick, ‚das komme nicht so gut‘. wer schlafe, sei auch schlecht beraten, so als berater.“

Unbedarften fällt unweigerlich die Frage ein: Gehört Schlafentzug nicht zum Repertoire moderner Foltermethode?

„der it-supporter und die key account managerin:

noch einmal sage er: man könne nicht vorschlafen, das sei seine meinung. also, wenn man ihn fragen würde, dann müsse er sagen, praktisch ein ding der unmöglichkeit. der körper speichere schlaf nicht, er speichere alles mögliche, aber schlaf das schafft er nicht. man müsse sich eben nach anderen möglichkeiten umsehen –

– vielleicht ein nickerchen zwischendurch?

– oder der minutenschlaf!

– am bürotisch!

– oder schlafen in geparkten autos, auch schon gemacht: in tiefgaragen, in parkhäusern.

manche sagen ja, sie schliefen im stehen, doch das hat er noch nie gesehen –

– also sie hat sich angewöhnt, sich beim fliegen ein stunde killerschlaf zu holen. und wenn die tage superheftig waren, hat sie sich manchmal in irgendein Büro zurückgezogen und kurz zehn, fünfzehn minuten die augen zugemacht.

– jeder kennt das doch. man sagt dann: ich geh mal frische luft schnappen. in wirklichkeit geht man nur drei räume weiter, setzt sich auf einen leeren bürostuhl und knackt dann einfach mal zehn minuten weg.

– klar, wir sind alle nur menschen!

– aber sag das mal jemandem auf den kopf zu! (...)

er könne es nur wiederholen: nein, man könne nicht vorschlafen, das ginge nicht. auch wenn sie es nicht wahrhaben wolle, das funktioniere einfach nicht. genetischer defekt von anfang an sozusagen – keine

ahnung! aber man müsse sich mal vorstellen, was da los wäre, wenn man es könnte, wenn man das entwickeln könnte, die Fähigkeit schlaf zu speichern. da wären die meisten nicht mehr zu halten. ganze kindheiten würden da investiert, nur um genügend schlaf für später zusammenzukratzen. oder wenn man schlaf übertragen könnte: so von einem menschen zum anderen, das wäre es doch, ganze schlafbanken würden da angelegt-

- so ein umgekehrtes koks!
- aber eigentlich ist er sich sicher, daß man das entwickeln wird -
- sie ist sich sicher, daß sie schon in irgendwelchen labors daran arbeiten.“

Immer mehr in Mode – zahlen, um arbeiten zu dürfen!

Das New Economy High Life ist zwar kläglich abgesoffen, aber die masochistische „Lust“ an der Ausbeutung ist weitgehend geblieben. Mit dem vielzitierten Spaß bei der Arbeit ist es allerdings nicht so weit her. Insbesondere für Junge, die versuchen, einen Job zu ergattern sieht es mehr als gruselig aus. Die Praktikantin hat noch „keine firmenvergangenheit zur hand“ und auch „keine steuerberater-, keine wirtschaftsprüfer- und unternehmensberatereltern. oder gar zahnarzteltern. kleinbürgerseltern, das ja, das könne man schon sagen, also praktisch nicht existierende, zumindest, was ihre berufliche existenz betreffe.“ Keiner will ihr glauben, dass es heute ohne Eltern nicht geht, genauso wenig, wie ihr jemand glaube, das sie keine Krankenversicherung habe. „das würde sie selbst ja nicht einmal glauben, daß sie derart unterversichert“ sei. Heute müsse man sich einen Arbeitsplatz schon kaufen! Ja, es greife immer mehr um sich: „ja, zahlen, dass man arbeiten darf“. „das komme nicht aus japan, wie anzunehmen sei, sondern von überall her, wo man heute einen arbeitsmarkt vermuten könne. (...) das würde sich sozusagen global erwärmen, denn das gehe durch alle kontinente, zumindest, was attraktive arbeitsplätze betreffe – ‚ist ja auch logisch!‘ könne man nur sagen, denn das liege doch auf der hand, daß auch ein attraktiver arbeitsplatz einen marktwert habe, und an den meistbietenden verkauft werden könne. das sei eine logik, die im prinzip eingängig sei, nur von manchen nicht verstanden würde.“

„nein sie wisse nicht, zu was sie bereit wäre, um einen job zu kriegen, das wisse sie nicht, sie vermute mal zu einigem.“

Aber schließlich ist das alles nicht mehr

auszuhalten, sie will raus aus „diesem ewigen assessment-rausch, diesem testmodus, in dem alle gefangen seien. sie habe keine lust auf diese schein-situationen, diese bewerbungsspielchen.“ Fähigkeiten seien ja gar nicht gefragt, „es geht um ein commitment für das system (SIC!!!, M.W.), das man nicht so einfach erwerben kann, das sitzt tiefer in einem drin.“ Entweder müsse sie nun wieder zurück auf Start, wieder in den Ausbildungsmarkt, aber wie solle sie das finanzieren, oder sie jobbe einfach mal so, als Putzfrau oder im Supermarkt.

Ein beklemmender Abglanz dessen, was jungen Menschen in Zukunft noch viel häufiger und noch viel massiver widerfahren wird?

Nur Sprachkunst oder auch Kritik?

Kathrin Röggla hat in ihrem neuen Buch die Form perfekt mit dem Inhalt zur Deckung gebracht: eine beeindruckende sprachliche Leistung dieser entpersonalisierte, oft hysterische BWL-Sprech, dieser Business-Talk mit all den US-amerikanischen Arbeitsmoral heischenden Anglizismen. Angesichts dieser Sprachkunst ist es kein Wunder, dass das Buch durchwegs positiv aufgenommen wurde. Manche bemängeln jedoch eine fehlende explizite Stellungnahme der Autorin sowie einen Erkenntnisgewinn; von den beschriebenen Zuständen, von der körperlichen und seelischen Ramponiertheit der New Economy-Adepten hätte man ohnehin schon länger gewusst.

Mir scheint aber, manche wollen es doch nicht so genau wissen. Wie wäre es mit der Erkenntnis, dass nicht nur die einzelnen Menschen der New Economy „gestört“ sind, sondern, dass es die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, die solch hervorbringen, die die Einzelnen veranlassen, sich derart selbstzerstörerisch zu verhalten? Diese Tatsache wird in „wir schlafen nicht“ durchaus mittransportiert. Röggla schafft es, das Recherchematerial ihrer Originalinterviews in ihrem Roman so zu verdichten, den Text so sehr durch sich selbst sprechen zu lassen, dass er sich auf hervorragende Weise selbst konterkariert. Als Kritik an den durchgeknallten Verhältnissen kann dies ohne weiteres bezeichnet werden, – auch wenn der Autorin postwendend zwei Jobs in der Branche angeboten wurden.

Apropos Kritik: Gänzlich tot sind die im Buch zu Wort kommenden Dead Men Working noch nicht. Sie sind alles andere als völlig geschlossene Monaden, die ihre

Situation nicht reflektieren würden. Sicher hat die Autorin die (Selbst)Kritik herausdestilliert; daraus ein allgemeines hohes Reflexionsniveau bzw. einen hohen Reflexionswillen abzuleiten, wäre wahrscheinlich nicht zulässig. Vielleicht macht auch das den Erfolg des Buches aus: dieses stellvertretende Artikulieren, zu dem man selbst nicht kommt, vor lauter rund um die Uhr arbeiten. Das „kleine Alkoholproblem“, die Tablettensucht, die regelmäßigen Autounfälle, das Durchdrehen, die Arbeitssucht, die Panikattacken, die Halluzinationen, die Vergesslichkeit, der Verlust der Stimme, die zeitweilige Unzurechnungsfähigkeit, die sexuelle Deprivation kommen unverblümt aufs Tapet. So deutlich und sprachlich gekonnt wie Kathrin Röggla hat die makabren Absurditäten der ganz normalen Arbeitswelt jedenfalls noch kaum jemand zum Ausdruck gebracht.

„der senior associate: nein, meist gingen die leute dann weniger aus moralischen gründen, sondern weil der life-style sie total ankotzte: all das short-sleeping, quick-eating und diese ganzen nummern. und das hotelgeschlafe, das business-class-gefliege, das first-class-gewohne. irgendwann könne man das alles nicht mehr sehen.

man könne die minibar nicht mehr sehen.

man könne die minibar nicht mehr sehen und die immergleichen gesichter an der rezeption.

auch die kästchen auf dem teppich, die habe man schon durchgezählt.

und fliegen wie busfahren, das könne man auch nicht mehr haben.

aber auch diese ewige wachstumslogik, die man irgendwann gegen sich selbst anwende.“

Kathrin Röggla hat auch eine Hörspiel- und eine Bühnenfassung dieses Buches geschrieben – was sich regelrecht aufdrängt. Erstere hat der Bayerischen Rundfunk produziert und zweitere hatte im April am Düsseldorfer Schauspielhaus Premiere. In Düsseldorf – einer der bedeutendsten deutschen Messestädte – auf einer Bühne, die eine Mischung aus einem archaischen Affenfelsen und einem eiförmigen, einer Raumkaspel ähnelnden Messestand ist.

Eine Fortsetzung von „wir schlafen nicht“ hat sie schon in Arbeit. Das Thema des neuen Buches „junk space“ sind Angststörungen. Auf ein Wiederlesen!

Kathrin Röggla: wir schlafen nicht, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2004, 220 Seiten, 19.50 Euro

Die im Schatten sieht man nicht

Dead Men **Working**

SCHWARZARBEIT UND PREKARISIERUNG

von Ernst Lohoff

Das Finanzministerium lässt der Nation ins Gewissen reden. „Schwarzarbeit koste Milliarden, ein Minijob oft nur ein paar Euro“, mahnt eine streng dreinblickende Lehrerin namens Marlene H. im Auftrag des Fiskus von den Plakawänden der Bundesrepublik. Aber nicht nur die Regierung bläst derzeit zur moralischen und fahndungstechnischen Offensive gegen „illegale Beschäftigung“; auch die IG-Bau und die Handwerkskammern zeigen sich in dieser Frage ausgesprochen engagiert. Das „Bündnis für Arbeit“ ist längst in sich zusammengebrochen; das Bündnis gegen Schwarzarbeit dagegen steht wie eine Eins.

Durch die Brille der herrschenden neoliberalen Deregulierungs- und Entstaatlichungsdoktrin gesehen scheint ein konzertiertes Vorgehen gegen Schwarzarbeit strenggenommen eigentlich als etwas Aberwitziges. Seit Jahr und Tag jammert man hierzulande über die chronische Wachstumsschwäche des hiesigen Arbeitsmarktes. Warum dann ausgerechnet dem einzig boomenden Beschäftigungssegment, das mittlerweile nach Expertenschätzungen 17 Prozent des Bruttosozialprodukts generiert, den Kampf ansagen? Auf Schritt und Tritt beweist Schwarzarbeit in der Marktkonkurrenz ihre hohe Überlegenheit gegenüber regulären Beschäftigungsformen. Demonstriert die deutsche Abteilung der Arbeitsgesellschaft mit der Kampagne gegen die erfolgreichste Beschäftigungsform wieder einmal ihre oft beschworene „Zukunftsunfähigkeit“?

Nein! Das marktideologische Protestgeschrei bleibt aus gutem Grund aus. Schon die wichtigste Waffe im Kampf gegen „illegale Beschäftigung“ versöhnt jeden Marktradikalen. Die Abstrafung der Käufer von Schwarzarbeit spielt im Konzept der rot-grünen Regierung nur eine untergeordnete Rolle. Sie versucht vielmehr der illegalen Beschäftigung mit einem für die Käufer der Ware Arbeitskraft höchst erfreulichen Mittel das Wasser abzugraben. Die Vorteile, die Schwarzarbeit ihren potentiellen Anwendern bietet, sollen auf neue legale Arbeitssektoren übertragen werden. Schwarzarbeit, so das zugrunde liegende Kalkül, verliert ihre Attraktivität, sobald auch legale Arbeitskraft, was Kosten und Flexibilität angeht, zu vergleichbaren

Konditionen zur Verfügung steht und Minijobs und ähnliche prekäre offizielle Beschäftigungsverhältnisse in Wettbewerb mit der illegalisierten Arbeit treten.

Schwarzarbeit ist so alt wie der Sozialstaat und die Gewohnheit des Fiskus auf Arbeitsleistungen Steuern zu erheben. Schwarzarbeit war und ist für Auftraggeber wie Auftragnehmer gleichermaßen attraktiv, weil sie die ungeliebte Teilhabe des Staates an den Früchten der wirtschaftlichen Aktivität unterläuft. Bei der Schwarzarbeit fallen aber nicht nur für beide beteiligten Seiten brutto und netto zusammen, diese Arbeitsform erlaubt zugleich den Beziehern von Sozialleistungen einem abzugslosen Nebenerwerb nachzugehen. Die Einführung mit der Schwarzarbeit konkurrierender legaler Beschäftigungsformen soll dieses auf die Kosten von Sozialkassen und Fiskus gehende Gentlemen's Agreement zwischen Arbeitskraftnachfragern und -anbietern sprengen. Der Kampf gegen die Schwarzarbeit ist Teil des Versuchs auch hierzulande den Working Poor wieder erstehen zu lassen.

Schwarzarbeit ist seit jeher ein branchenspezifisches Phänomen. Sie betraf traditionell vornehmlich arbeitsintensive und kundennahe Bereiche wie das Handwerk. In den letzten Jahren hat illegale Beschäftigung nicht nur absolut an Gewicht gewonnen. Ihre Ausdehnung hat sich mit dem Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozess verschränkt. Natürlich verzichten noch immer heimische Handwerker und ihre Kunden gerne mal auf eine Rechnung und damit auf die Entrichtung diverser Steuern. In erster Linie leisten aber heute Migranten Schwarzarbeit, Menschen ohne Aufenthaltsstatus oder mit einem, der ihnen die Arbeitsaufnahme offiziell verbietet. Ökonomisch lässt sich diese Entwicklung als die Entsprechung zum vielbeschriebenen Outsourcing-Prozess interpretieren. In sämtlichen Branchen mit *transportablen* Arbeitsgegenständen findet eine systematische Auslagerung arbeitsintensiver Fertigungsschritte in Billiglohnländer statt. In Bereichen mit *immobilen* Arbeitsgegenständen (Bau- und Landwirtschaft) bleibt dagegen genauso wie bei Dienstleistungen, die nur vor Ort zu erbringen sind (Reini-

gungsgewerbe, Gastronomie, Haushalt), allein die umgekehrte Bewegung. Die Transnationalisierung der Produktion und die Nutzung der Lohngefälle vollzieht sich hier nur als Insourcing. Statt dem konstanten Kapital geht das variable auf Reisen und die offizielle Illegalisierung dieser Bewegung garantiert, dass es das erbärmliche Lohnniveau der Herkunftsländer mitbringt.

Der Kampf für die Schaffung prekärer Beschäftigung für Inländer bleibt nicht ohne Wirkung – auch was den Rückgang einiger Schwarzarbeitssegmente angeht. Noch 2002 arbeiteten 98 Prozent aller Haushaltshilfen schwarz; innerhalb eines Jahres hat sich die offizielle Zahl der Minijobs in diesem Bereich auf 70.000 verdreifacht – Tendenz nach wie vor steigend. Von dieser Entwicklung unberührt bleibt freilich die illegale Beschäftigung von Elendsmigranten aus dem Nicht-EU-Raum.

Einen Dumping-Wettbewerb zwischen der völlig rechtlosen Arbeit der Sans Papiers und Arbeitslosen, die wenigstens qua Staatsbürgerschaft einen gewissen Mindestschutz genießen, würde selbst bei vervielfachtem Fahndungsdruck und noch weiter beschleunigtem Sozialabbau erstere allemal „gewinnen“.

Die forcierte Etablierung legaler Formen prekärer Arbeit und das in erster Linie auf der Arbeit Illegaler beruhende Insourcing sorgen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt für einen dramatischen Segmentierungsprozess. Noch nie klafften die Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft und damit die Lebensverhältnisse der in der Bundesrepublik lebenden Menschen dermaßen weit auseinander wie heute. Die hiesigen Gewerkschaften scheinen sich nur eine Methode vorstellen zu können, um dieser Ausdifferenzierung gegenzusteuern: Sie fordern die entschiedene Bekämpfung der Illegalen. Die von Schwarzarbeit am meisten betroffene IG-Bau drängt gerade im Zuge der pünktlich zum 1. Mai anstehenden EU-Osterweiterung auf stärkere Kontrollen und hartes Durchgreifen. Ein solches Vorgehen ist aber nicht nur wenig aussichtsreich, es hat auch wenig mit internationaler Solidarität und viel mit dem Willen zu tun, Schmutzkonkurrenz auszuschalten.

KRISIS

Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft

Die Ausgaben seit 1990 sind noch erhältlich (außer Nummer 18). Die meisten Artikel vergriffener Ausgaben finden sich auf der Homepage:
www.krisis.org

Bestelladressen:
 In Österreich: bei den Streifzügen (siehe Impressum).
 In Deutschland: siehe KRISIS-Inserat

KRISIS 27 (2003)

Ernst Lohoff: Gewaltordnung und Vernichtungslogik • Karl-Heinz Wedel: Rechtsform und „nacktes Leben“ – Anmerkungen zu Giorgio Agambens „Homo Sacer“ • Robert Kurz: Tabula Rasa – Wie weit muss oder darf die Kritik der Aufklärung gehen? • Franz Schandl: Staat und Schlepper – Scheinbar jenseits des obligaten Rassismus hat sich (nicht nur) in Österreich ein breiter Konsens in puncto ordentliche Einwanderungspolitik etabliert • Franz Schandl: Kontinuität und Singularität – Auschwitz als authentisches Produkt der westlichen Zivilisation (Rezension Enzo Traverso) • Jaime Semprun (Paris): Bemerkungen zum Manifest gegen die Arbeit • Charles Reeve (Paris): Wenn der Berg kreißt und eine Maus gebiert (Kritik des Manifestes gegen die Arbeit) • Luca Santini (Rom): Anmerkungen zum Manifest gegen die Arbeit • Nachwort zur franko-kanadischen Ausgabe des Manifestes gegen die Arbeit

KRISIS 26 (2002)

Robert Kurz: Negative Ontologie. Die Dunkelmänner der Aufklärung und die Geschichtsmetaphysik der Moderne • Karl-Heinz Wedel: Die Höllenfahrt des Selbst. Von Kants Todesform des sinnlosen Willens • Roger Behrens: Emanzipatorische Praxis und kritische Theorie des Glücks • Birgit Niemann: Die Renaissance des biologischen Menschens. Anmerkungen zur

Internationale • Rezensionen | Kommentare | Glossen

KRISIS 24 (2001)

Franz Schandl: Der postmoderne Kreuzzug. Schlaglichter und Zusätze einer möglichen Kritik • Peter Klein: Das Wesen des Rechts. Ein Versuch zur Rehabilitierung der Rechtsphilosophie und ihrer Kritik • Anselm Jappe: Gene, Werte, Bauernaufstände • Rezensionen | Kommentare | Glossen

Ernst Lohoff: Zur Dialektik von Mangel und Überfluß • Roswitha Scholz: Die Verwilderung des Patriarchats in der Postmoderne • Moishe Postone: Dekonstruktion als Gesellschaftskritik. Derrida über Marx und die Neue Weltordnung • Robert Bösch: Über eine Theorie des Mangels. Zur Psychoanalyse von Jacques Lacan (Teil 1) • Rezensionen | Kommentare | Glossen

KRISIS 20 (1998)

Ingolf Ahlers: Der Westen in Not: planetarische Politik und globale Kulturkämpfe im Zeitalter des Neoliberalismus • Robert Kurz: Weinkenner aller Länder, vereinigt Euch! Postmodernismus, Lifestyle-Linke und die Ästhetisierung der Krise • Roger Behrens: Die Politik der zweiten Haut. Versuche über den Körper. • Anselm Jappe: Politik des Spektakels – Spektakel der Politik. Zur Aktualität der Theorie von Guy Debord • Clemens Nachtmann: Wenn der Weltgeist dreimal klingelt. Zur Geschichtsmetaphysik der *Krisis*-Gruppe • Ernst Lohoff: Hello Mr. Postman. Kritik als Affirmation. Eine Replik auf die *Krisis*-Kritik von Clemens Nachtmann

KRISIS 19 (1997)

Ernst Lohoff: Der Tod des sterblichen Gottes. Skizze über Aufstieg und Fall des Nationalstaats • Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des „Marxismus“ • Volker Hildebrandt: Der Dritte Sektor. Wege aus der Arbeitsgesellschaft • Gaston Valdivia: „Zeit“ ist Geld und Geld ist „Zeit“. Von der Produktion der „Zeit“ zu ihrer marktwirtschaftlichen Dekonstruktion.

beiträge zur kritik der warengesellschaft	Franz Schandl:	Fan und Führer. Anregungen zu einer Typologie des affirmativen Unwesens
	Ernst Lohoff:	Ohne festen Punkt. Befreiung jenseits des Subjekts
	Christian Höner:	Metaphysik des Fortschritts. Vorläufige Aspekte einer Kritik des historischen und dialektischen Materialismus
	Karl-Heinz Wedel:	Von Menschen und Schafen. Zur Kritik der Menschenrechte in Zeiten staatlichen Zerfalls
	Norbert Trenkle:	Soziale Kämpfe und gesellschaftliche Aneignung. Eine Replik auf die Kritiken am „Manifest gegen die Arbeit“
10,- Euro, 160 Seiten		www.krisis.org
Bestellung bis Nr. 27 bei KRISIS: Postfach 21 11, 91011 Erlangen, Tel: +49-911-705628, Fax -7809542		
Bestellung ab Nr. 28 und Abo bei UNRAST VERLAG: info@unrast-verlag.de , Postfach 8020, 48043 Münster.		

Gentechnologie • Anselm Jappe: Waren die Situationisten die letzte Avantgarde? • Rezensionen | Kommentare | Glossen

KRISIS 25 (2002)

Claus Peter Ortlieb: Die Aufklärung und ihre Kehrseite. Zur Rettung einer „banalen Einsicht“ • Norbert Trenkle: Gebrochene Negativität. Anmerkungen zu Adornos und Horkheimers Aufklärungskritik • Robert Kurz: Blutige Vernunft. 20 Thesen gegen die sogenannte Aufklärung und die westlichen Werte • Ernst Lohoff: Antikapitalistisches Frühlingserwachen? Die Globalisierungskritik zwischen Krisenverwaltung und Emanzipation • Anselm Jappe: Des Proletariats neue Kleider: Vom Empire zurück zur Zweiten

KRISIS 23 (2000)

Franz Schandl: Das Phänomen Haider. Prototyp einer neuen Rechten in Europa? • Gerhard Scheit: Demokratischer Rassismus, Outsourcing des Staates. Thesen zum Verhältnis zwischen Nation und Bande • Ernst Lohoff: Einer muß den Bluthund machen. Anmerkungen zur neuen Sozialdemokratie und ihrer historischen Mission • Robert Bösch: Zwischen Allmacht und Ohnmacht. Zur Psychotherapie des bürgerlichen (d.h. männlichen) Subjekts • Rezensionen | Kommentare | Glossen

KRISIS 21/22 (1998)

Claus Peter Ortlieb: Bewußtlose Objektivität. Aspekte einer Kritik der mathematischen Naturwissenschaft •

Autoren

Roger Behrens, geb. 1967, lebt in Hamburg, Weimar und Belo Horizonte. Studium der Philosophie und Sozialwissenschaften. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bauhaus-Universität Weimar, Lehrbeauftragter an der Universität Lüneburg und Universität Hamburg. Mitherausgeber des Magazins *testcard. beiträge zur popgeschichte* und Redakteur der *Zeitschrift für kritische Theorie*. Autor zahlreicher Bücher über kritische Theorie und Massenkultur; zuletzt: „Verstummen. Über Adorno“, Hannover/Laatzten 2004.

Ernst Lohoff, geb. 1960, lebt in Nürnberg. Er gehörte zu den Gründervätern der Theoriezeitschrift *Krisis* und reprodu-

ziert sich derzeit als (vogel)freier Publizist. Er ist der Autor von „Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg. Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung“, Bad Honnef 1996. Ko-Autor des „Manifest gegen die Arbeit“, hg. von der *Krisis* 1999. Mitherausgeber von „Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit“, Hamburg 1999. Er hat einen erwachsenen Sohn.

Alfred J. Noll, geb. 1960, lebt in Wien als Rechtsanwalt. Vater zweier Kinder im Alter von 23 Jahren.

Die anderen AutorInnen siehe letztes Heft (Nr. 30, April 2004)

Soeben erschienen

Das neue Buch zur Arbeitskritik DEAD MEN WORKING Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs

**Ernst Lohoff, Norbert Trenkle,
Karl-Heinz Lewed, Maria Wölflingseder (Hg.)**

Unrast Verlag, Münster, 300 Seiten, ca. 18 Euro
ISBN 3-89771-427-2, Juli 2004.

Mit Beiträgen von Norbert Trenkle (Nürnberg), Ernst Lohoff (Nürnberg),
Karl-Heinz Lewed (Nürnberg), Lothar Galow-Bergemann (Stuttgart),
Maria Wölflingseder (Wien), Gaston Valdivia (Hamburg), Andreas Exner (Wien),
Martin Dornis (Leipzig), Marco Fernandes (Argentinien), Holger Schatz
(Freiburg), Erich Ribolits (Wien), Christian Höner (Haina/Thüringen),
Franz Schandl (Wien), Achim Bellgart (Bremen) und Frank Rentschler (Marburg)

Buchpräsentationen

5. Oktober 2004, 19 Uhr

Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien

7. Oktober 2004, 19 Uhr

Alter Schlachthof, im Beisl, Dragonerstraße 22, 4600 Wels

Termine in Deutschland siehe demnächst auf der Homepage
www.krisis.org
oder über das Krisisinfo, leeres E-Mail an:
krisisinfo-subscribe@yahoogroups.de

UNRAST

Her mit den Trafos!

Lassen wir die letzten Monate revue passieren, dann ist die erste Stufe des Um- und Ausbaus der *Streifzüge* zweifellos gelungen. Im April und Mai gab es folgewirksam mehr Neubestellungen als je zuvor. Mit 1. Juni liegen wir bei 252 Abos, das sind um 50 mehr als zum Vergleichsdatum des Vorjahrs. Auch die Mitgliedszahl im Transformationsclub der *Streifzüge* hat zugelegt, so um die 25 sind es jetzt. Das alles ist sehr erfreulich.

Vielleicht sollte man mal sagen, warum es einen Club mit der seltsamen Bezeichnung „Transformationsclub“ überhaupt gibt. Als wir in Wien im seligen Jahr 1995 die Satzung des „Kritischen Kreises“ bei der zuständigen Vereinsbehörde einreichten, teilte man uns amtlicherseits mit, dass der Titel zu wenig aussage, und forderte uns auf, in einem Untertitel den Zweck des Vereines doch genauer zu umschreiben. Das sei unumgänglich. Umgängliche Staats- und Schildbürger wie wir nun einmal sind, kamen wir diesem Wunsch prompt nach und taufte uns hochoffiziell „Kritischer Kreis – Verein für gesellschaftliche Transformationskunde“. So sind wir im Vereinsregister eingetragen und somit im Besitz eines gültigen Rechtstitels.

Nun war die Obrigkeit vollauf zufrieden mit uns und wusste über etwas Bescheid, von dem wir selbst nicht so genau Bescheid wussten. Seitdem wird Kritik eben als gesellschaftliche Transformationskunde betrieben. So sind wir, die Kritiker, halt Künder und Kundschafter der Transformation. Uns soll's recht sein. Nur das Publikum wollen wir nicht unbedingt als Kunden haben, sondern als Kundegeber. Aber selbstverständlich probieren wir uns in der Elektrifizierung und versuchen ganze Sektoren unter Strom zu setzen. Was aber mit unserem kleinen

Kraftwerk bisher nur in bescheidenem Ausmaße gelungen ist.

Als wir im Sommer 2000 darangingen, ein *Streifzüge*-Förderabo einzurichten, sollte dieses nicht einen faden Titel tragen. Was lag also näher, als einen Transformationsclub der *Streifzüge* zu begründen? Der funktioniert seitdem ganz gut. Dessen Mitglieder überweisen jährlich 100 bis 120 Euro (oder auch mehr) an den Kritischen Kreis, fördern so die Zeitschrift, ermöglichen uns einige kleinere Zuwendungen und helfen mit, den Preis des normalen Abos sehr niedrig zu halten. Dafür gebührt den Trafomenschen großer Dank.

Wir wollen nun aber, dass der Transformationsclub nicht nur gedeiht, sondern dass er prächtig floriere und wir mit ihm. Also fragen wir ganz dezent nach, ob nicht noch mehr AbonnentInnen in den illustren Club aufgenommen werden wollen. Vor allem für die finanzkräftigeren unter ihnen sollte die Aufbringung der genannten Summe doch ein Leichtes sein. Wir bitten also jene, die in solch komfortabler Lage sind, ihre Hochschätzung durch eine höhere monetäre Transformation zu unterstreichen. Schließlich wollen wir kein Pimperlverein bleiben.

Trafomitglied zu sein hat auch beträchtliche Vorteile. Die Mitgliedschaft umfasst:

- Gratisbezug der *Streifzüge*
- Gratisbestellung von bis zu 5 Exemplaren der jeweiligen aktuellen Nummer
- Gratisnachbestellung alter Ausgaben (soweit vorhanden)
- Gratiszustellung aller Bücher und Broschüren, wo unsereins mitbeteiligt ist; das ist der Anfang Sommer erschienene und von Lohoff/Trenkle/Lewed/Wölfingseder herausgegebene Sammelband „Dead Men Working. Gebrauchsanwei-

sungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs“ und die im Oktober erscheinende *Krisis* 28.

- Sondervereinbarungen sind jederzeit möglich.

Als Einstiegsgeschenk bieten wir 3 Exemplare alter *Krisis*-Nummern (soweit vorhanden).

Der fällige Betrag ist auf eins der Konten (siehe Impressum) zu überweisen und im Jänner fällig. Für die Jahre 2004/2005 bieten wir aktuell die Trafomitgliedschaft um 150 Euro an. Wer nicht auf einmal zahlen kann oder will, den oder die bitten wir um die Einrichtung eines monatlichen oder vierteljährlichen Dauerauftrags.

Die Trafo-Mitgliedschaft ist nicht an ein Bekenntnis, gar an die Übernahme oder unbedingte Unterstützung bestimmter Inhalte gebunden. Wichtig ist vor allem, dass jene es für sinnvoll erachten, dass es dieses Magazin in dieser Form gibt. Die Mitgliedschaft erfolgt implizit durch Einzahlung des Betrags mit entsprechendem Vermerk und sie erlischt ebenso implizit durch die Nichtzahlung. Das heißt, niemand braucht sich erklären oder was unterzeichnen, noch Mahnbriefe fürchten. Niemand ist an irgendeiner Abmeldefristen gebunden. Wir bitten also zum Beitritt. Her mit den Trafos! Willkommen!

Selbstverständlich gibt es im Kritischen Kreis gleichfalls eine normale Mitgliedschaft. Auch die kann eins erwerben. Kostet ein bißl mehr und steht unter dem moralischen Druck der Aktivität, schließt aber auch ein Stimmrecht mit ein. Mindestens einmal im Jahr laden wir Mitglieder und Trafomitglieder zum Trafomeetingen, um sich gemeinsam der Transformation hinzugeben. Versprochen.

Streifzüge web

www.streifzuege.org